ANTIFASCHISTISCHE NRW Zeitung

Nr. 8 Mai - Juli '95 3,- DM



8. MAI 1945

Tag der Befreiung

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

der Leitartikel unserer Mai-Ausgabe 1995 hat (natürlich) die Diskussion um den 50sten Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus zum Thema.In dieser Auseinandersetzung kristallisieren sich die verschiedenen gesellschaftlichen Kräfte und ihre momentanen Ziele heraus wie in kaum einer anderen. Es ist unseres Erachtens von großer Bedeutung, ob es den rückwärts gewandten Kräften gelingt, diesen Jahrestag nach ihren Vorstellungen zu gestalten und seine historische Bewertung umzudefinieren.

Zum Abschluß noch ein organisatorischer Hinweis. Die Deutsche Bundespost hat uns darauf aufmerksam gemacht, daß ein Versand zu den günstigen Konditionen als Büchersendung nur ohne Veröffentlichung von kommerziellen Anzeigen möglich ist. In der Vergangenheit haben wir unendgeltlich einige Anzeigen abgedruckt, soweit Platz dafür da war. Um die Kosten nicht in die Höhe zu treiben werden wir daher Anzeigen in bisheriger Form nicht mehr veröffentlichen. Wir werden uns allerdings bemühen, dieses durch Buch- und Zeitsschriftenbesprechungen und ähnliches auszugleichen. Wir sind also nach wie vor an Ankündigungen, Projekten, usw. interessiert.

Eure Antifa-NRW-Zeitungsredaktion

IMPRESSUM

ViSdP: P. Schulze
Kontakt:
ANTIFASCHISTISCHE NRW ZEITUNG
c\o Infoladen
Brunnenstraße 41
42105 Wuppertal

Bankverbindung:
Geschichtswerkstatt Dortmund, Stichwort NRW
Konto-Nr.: 301 0375 603
BLZ: 441 600 14
Dortmunder Volksbank

Auflage: 1500
Erscheinungsweise: vierteljährlich

Abobedingungen:
Wegen der hohen Portokosten kostet ein Jahresabo 18.-DM, also 4,50 DM pro Ausgabe.
Bei Bestellungen von mehr als 10 Einzelexemplaren pro Ausgabe gibt es Rabatt.
Bestellungen bitte an die oben angegebene Kontaktadresse. Zahlungen mit Absenderadresse bitte auf das oben genannte Konto überweisen oder in Bargeld, Scheck oder Briefmarken an unsere Kontaktadresse.

Eigentumsvorbehalt:
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. „Zur Habnahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitung der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitung nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

INHALT

Dieses Jahr ist anläßlich des 8. Mai 1945 Jubiläum und Gedenken angesagt. Während jedoch in vielen Ländern der von den Nazis begangenen Greueltaten und Massenmorde gedacht wird, wird hier der eigentliche Anlaß - die Befreiung - in einem wahren Feuerwerk des Gedenkens zugedeckt. Was früher totgeschwiegen wurde, wird dieses Jahr totgeredet. Ein Gedenktermin jagt den nächsten: die Bombardierung Dresdens und anderer Städte, die Befreiung Auschwitz' durch die sowjetische Armee, die Kapitulation der deutschen Wehrmacht, die Vertreibung der Deutschen aus den eroberten Gebieten. Alle werden zu Opfern - deutsche Täter tauchen nur noch in Nebensätzen auf.

Gedenkspektakel

Befreiung ...

Der von den Nationalsozialisten im September 1939 begonnene 2. Welktkrieg endete am 8. Mai 1945 mit der militärischen Zerschlagung des Naziregimes und dem Sieg der „Anti-Hitler"-Koalition. Mehr als 20 Millionen Tote allein in der Sowjetunion, 6 millionenfacher Massenmord an Juden und Jüdinnen, Euthanasie-Programme gegen sogenannte ethnische Randgruppen und Minderheiten (Roma, Homosexuelle, geistig und körperlich Behinderte, ...) als auch die Zerschlagung des antifaschistischen Widerstandes in Deutschland und in den von den faschistischen Militärs besetzten Ländern verdeutlichen die verheerenden Auswirkungen von nur 12 Jahren nationalsozialistischen Diktatur.

Ermöglicht wurde die faschistische Diktatur einerseits durch eine großzügige Unterstützung und Finanzierung der NSDAP seitens des deutschen Kapitals bereits vor 1933, andererseits dadurch, daß eine auf sozialdarwinistischen Prinzipien basierende Ideologie des Herrenmenschentums von den Nazis ausgeweitet und verfeinert wurde und schließlich in großen Teilen der durch kapitalistische Krisen verunsicherten Bevölkerung bereitwillige Zustimmung fand.

Dieses Jahr wird mit dem 8. Mai von den Repräsentanten „unseres" Staates ein Tag gefeiert, der bisher möglichst stillschweigend übergangen wurde. Lange war es die verhaßte außerparlamentarische linke Opposition, die den 8. Mai als Tag der Befreiung vor einer Tabuisierung (vor dem Vergessen) bewahrte. Die Kapitulation der deutschen Wehrmacht bedeutete Befreiung

· für die Bevölkerung West- und Osteuropas, die vom faschistischen Deutschland überfallen und ausgeplündert worden war;

· für die Millionen von Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter in den deutschen Lagern;

· für die wenigen Jüdinnen und Juden, die dem Holocaust entkommen konnten;

· für die Menschen, die aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu sogenannten „Randgruppen" der Verfolgung und Ermordung entkommen konnten;

· für die Menschen, die von den Alliierten aus den Vernichtungslagern und KZ's befreit wurden;

· für die wenigen AntifaschistInnen, die versucht hatten, der nationalsozialistischen Diktatur Widerstand entgegenzusetzen.

... und Verdrängung

Für die Mehrheit der Deutschen bedeutete der 8. Mai 1945 allerdings nicht Befreiung von einem verhaßten Regime, sondern wurde als Niederlage und Zusammenbruch verstanden. Für sie war nach 1945 Verdrängung angesagt. Das Verschwinden der jüdischen MitbürgerInnen, millionfacher Mord durch SS und Wehrmacht in den besetzten Gebieten, Massentransporte in die Vernichtungslager durchgeführt durch die deutsche Reichsbahn - die „schweigende Mehrheit" wußte oder ahnte zumindest, wozu sie schwieg, zumal die NSDAP seit 1933 niemanden im Unklaren über ihre Ziele gelassen hatte. Statt die Schuld der vergangenen Jahre aufzuarbeiten, verabschiedete sich allerdings nach 1945 die Mehrheit von der Politik und widmete sich dem Wiederaufbau und dem bald einsetzenden Wirtschaftswunder.

Schon bald nach Kriegsende begriffen die Nachkriegsdeutschen, was der einsetzende Kalte Krieg für sie bedeutete: Zwar trugen sie den Makel des Faschismus und der in den letzten Jahren begangenen Greueltaten, dafür konnten sie vorzeigen, daß sie schon immer gegen den bösen Kommunismus gewesen sind und sogar im Zeichen des Antikommunismus einen Krieg geführt hatten. Mit dem Übergang zur antikommunistischen Tagesordnung - unterstützt im wesentlichen durch die USA - war die Rückkehr der bürgerlichen Schichten, die das Kaiserreich getragen, die Weima-



Symbol der Befreiung: Treffen sowjetischer und amerikanischer Soldaten



Vernichtete Insassen eines Konzentrationslagers

rer Republik zerstört, die Nazis begrüßt und unterstützt hatten, gesichert. Anstatt daß die Nazis nach dem Krieg aus ihren Positionen entfernt wurden, konnten viele der Belasteten mit Hilfe der Entnazifizierung ihre Biographie säubern. So strömten die Herren aus Wirtschaft, Verwaltung, Justiz zurück an ihre alten Plätze - nun aber als Musterschüler im demokratischen Sonntagsanzug.

Revision der Geschichtsschreibung

Aus dieser Nichtverarbeitung der Geschichte resultiert, daß der 8. Mai in der BRD nicht als Tag der Befreiung begriffen wurde. „Die Niederlage im Zweiten Weltkrieg, die Vertreibung der Ostdeutschen und die Sowjetisierung Mitteldeutschlands waren kein Akt der Befreiung." formulierte der CDU-Rechtsaußen **Alfred Dregger** Anfang dieses Jahres und trifft damit sicherlich die Meinung weiter Bevölkerungskreise. Die rechte Politszene hat sich nun zu einem Aufruf „8. Mai 1945 - gegen das Vergessen" zusammengefunden, in dem an den „Vertreibungsterror und neuer Unterdrückung im Osten und der Teilung unseres Landes" erinnert werden soll. Mit dabei bei diesem Aufruf sind u.a.

Alfred Dregger, **Carl-Dieter Spranger** (CSU, Entwicklungshilfeminister), **Manfred Brunner** (Bund freier Bürger), die FDP-Rechten **Rainer Zitelmann** und **Alexander von Stahl** (zu den Berliner FDP-Rechtsaußen siehe auch Antifaschistisches Infoblatt, März/April 1995), der „Friedensforscher" **Alfred Mechtersheimer**, der frühere Verteidigungsminister **Hans Apel** (SPD; er hat seine Unterschrift mittlerweile zurückgezogen). Sie befinden sich Seite an Seite mit Rechtsextremisten wie den Vize-Vorsitzenden der REP **Ingeborg Seifert** und **Otmar Wallner** oder dem Chefredakteur der rechtsextremen Zeitschrift „Junge Freiheit" **Dieter Stein**.

Dieser Aufruf ist bisheriger Höhepunkt eines längeren Prozesses der Annäherung von Faschisten und bürgerlichen Nationalisten mit dem gleichen Ziel: Geschichte neu zu definieren, denn „... in geschichtslosem Lande werde die Zukunft gewinnen, wer die Erinnerung füllt, die Begriffe prägt und die Vergangenheit deutet." (**Michael Stürmer**, Historiker und Redenschreiber unseres Kanzlers). Es geht um den Aufbau und die Verankerung eines neuen deutschen Nationalbewußtseins als Voraussetzung für die angestrebte Führungsrolle des wiedervereinigten Deutschlands in Europa und „friedensstiftende" Aktionen der Bundeswehr weltweit.

Voraussetzung für eine breite Unterstützung in der Öffentlichkeit ist eine Umdeutung der deutschen Vergangenheit, an der rechte bürgerliche Historiker wie die Professoren **Ernst Nolte**, Michael Stürmer, **Klaus Hildebrand** und Rainer Zitelmann wesentlich mitwirkten. Dieser Geschichtsrevisionismus hat grob gesprochen 4 Ecksäulen.

1. Die Relativierung des Nationalsozialismus und seiner Verbrechen

Die Thesen des 'Urhebers' des Historikerstreits, Ernst Nolte, gipfeln darin, daß der Faschismus in erster Linie Antimarxismus sei. Nach Nolte ist der Faschismus nur eine übersteigerte Angstreaktion auf stalinistische Verbrechen gewesen. „Gleichwohl muß die folgende Frage als zulässig, ja unvermeidbar erscheinen: Vollbrachten die Nationalsozialisten, vollbrachte Hitler eine „asiatische" Tat vielleicht nur deshalb, weil sie sich und ihresgleichen als potentielle Opfer einer „asiatischen" Tat betrachteten? War nicht der „Archipel GULag" ursprünglicher als Auschwitz? War nicht der „Klassenmord" der Bolschewiki das logische und faktische Primus des „Rassenmords" der Nationalsozialisten?"

Derartige Thesen, immer wiederholt in Blättern wie der FAZ und Welt, trugen dazu bei, daß konservative und neurechte Vordenker heute über den Nationalsozialismus als historische Epoche reden können, die zwar ihre 'Greuel' aufweist, aber letzendlich nur ein blutiges Drama in der Geschichte war wie viele andere auch.

Dank dieser Geschichtsschreibung bleibt dann der 'eigentliche' Kern des Nationalsozialismus: Faschismus beraubt um seine Schrecken. Über diesen Nationalsozialismus kann man dann wieder reden und diskutieren und seine Rolle bei der 'Modernisierung' der Gesellschaft begrüßen.

Dieser Natioanlsozialismus bietet viele Anregungen für heutige Vordenker im rechten und erzkonservativen Lager: Rassismus - Law und Order Politik - Frauenbild - Betonung der Nation und Vorrang nationaler vor individuellen Rechten usw.

2. Die Schuld Deutschlands am Zweiten Weltkrieg

Auch der Zweite Weltkrieg und die Rolle Deutschlands wird relativiert: Nolte stellt die Frage, ob „... man diesen Angriffskrieg nicht auch als einen Entscheidungskampf betrachten muß, der unvermeidlich war. ... „ Der Zweite Weltkrieg also als Notwehr vor den kommunistischen Verbrechen. Immer wieder wird auch der „Abwehrkampf der heldenhaften deutschen Soldaten" betont, die die Heimat vor Plünderungen und Racheakten schützten. Dabei wird bewußt verschwiegen,

- daß der „Abwehrkampf" in der Sowjetunion, in Polen usw. geführt wurde, also in besetzten Gebieten, in denen dank der Präsenz der deutschen Wehrmacht über Jahre hinweg täglich Verbrechen und Greueltaten an der Bevölkerung begangen wurden,

- daß durch den „heldenhaften Kampf"



Vorreiter der "Revisionisten": Dregger ...



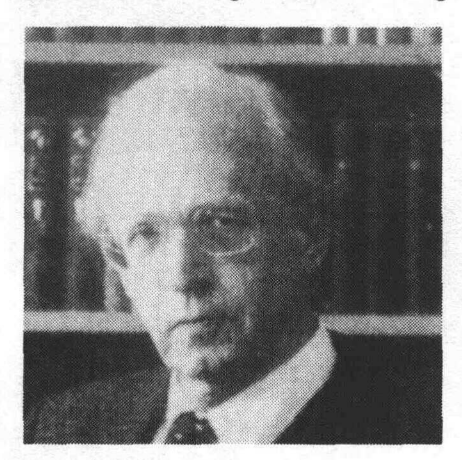
Massenbasis des Nationalsozialismus in Deutschland

der Krieg verlängert wurde und damit die Gelegenheit gegeben wurde, die Massenvernichtung weiterzuführen und Millionen Menschen umzubringen.

3. Die Deutschen als Opfer

Nicht die Verbrechen des nationalsozialistischen Deutschlands 1933 - 1945, sondern die deutschen Toten des alliierten Luftkrieges und die deutschen Vertreibungsopfer nach Kriegsende werden zum Thema. Ein konkretes Beispiel für neudeutsches Denken: Die Neue Wache in Berlin.

Mit der Umwidmung des ehemaligen „Mahnmals für die Opfer des Faschismus und Militarismus" in Berlin in die „Zentrale Gedenkstätte" des neuen Großdeutschlands wurde das verwirklicht, was in Bitburg begonnen wurde: die Einordnung des Nationalsozialismus in die Normalität von „Krieg und Gewaltherrschaft". Herausgehoben wird nicht die Judenvernichtung, sondern die „Gefallenen der Weltkriege" und die „Unschuldigen, die durch Krieg und die Folgen des Krieges in der Heimat, die in der Gefangenschaft und bei der Vertreibung ums Leben gekommen sind".



... und Nolte

Während der Nationalsozialismus unter der Leerformel „Gewaltherrschaft" versteckt bleibt, wird die DDR als „totalitäre Diktatur" gewertet. Endlich hat die deutsche Seele Ruhe und kann ihr eigenes Opferdasein betrauern.

4. Die Diskreditierung des antifaschistischen Widerstandes

Eins vorweg: Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Deutschland blieb trotz aller individuellen Leistungen und Opferbereitschaft Einzelner eine Randerscheinung. Aus welchen Gründen auch immer, er erreichte nie die Qualität und Quantität wie in anderen Ländern.

Der in der Bundesrepublik hervorgehobene Widerstand mit Denkmälern und Gedenkfeiern war und ist der 'Widerstand des 20. Juli' - reaktionär, bürgerlich und aristokratisch. Bei seiner Propagierung war die FAZ nicht unwesentlich über die Jahre beteiligt. So schrieb dort am 16.7.82 der Publizist **Johannes Gross**: „Die Linken legen heutzutage größten Wert darauf, daß es nicht nur konservativen, rechten Widerstand gegen Hitler gegeben habe. Mit Recht. Es hat linken Widerstand gegen Hitler gegeben, aber vornehmlich als Abwehr der Verfolgung, im Interesse einer Partei und unter dem Gesichtspunkt, daß die falsche Diktatur sich etablieren könnte, die von der Geschichtsphilosophie nicht vorgesehen war. Der moralisch begründete Widerstand gegen Hitler war in der Tat konservativen, aristokratischen Ursprungs: ein Aufstand für Freiheit und Anstand, das Recht des Privaten gegen die Volksgemeinschaft und ihre Brüderlichkeit."

Daß die Attentäter des 20. Juli selbst zum größten Teil autoritäre Antidemokraten und Nazis waren, die nach ihrer NS-Karriere nur die totale Niederlage verhindern wollten - wen kümmert's.

1945 - 1995

Am 8. Mai 1945 war Nazideutschland endlich am Ende.

Was 1995 gefeiert wird dient dazu, diesen Tag zu instrumentalisieren, indem zwar die „Schuld des deutschen Volkes" betont wird, gleichzeitig aber auch das „Elend der deutschen Bevölkerung im und nach dem Zweiten Weltkrieg" in den Vordergrund gerückt wird. Die Verbrechen des Nationalsozialismus werden relativiert, die Grenzen zwischen Tätern und Opfern verschwimmen. Es soll endgültig ein Schlußstrich gezogen und zur Normalität zurückgekehrt werden.

Dieses Land darf keinen Frieden mit seiner Geschichte finden. Daher ist der 8. Mai für uns ein Tag des Widerstandes: des Widerstandes gegen eine Politik, die das Kapitel Nationalsozialismus schon immer zu den Akten legen wollte und gerade dadurch eine weitere Rechtsentwicklung in der Gesellschaft ermöglichte und ermöglicht.

Vom 20.1. bis zum 6. April fand am Dortmunder Landgericht der Prozeß gegen die Anti-Antifa-Gruppe Volkswille statt. Den Vorsitz über diesen Prozeß führte der schon aus dem NO-Prozeß bekannte Richter Reichelt. Die Gruppe Volkswille war der Bildung einer kriminellen Vereinigung (§129) angeklagt.

Prozeß gegen die Anti-Antifa-Gruppe Volkswille

Den elf Angeklagten aus Essen, Bochum und Wattenscheid wurden zudem 27 verschiedene Delikte vorgeworfen, angefangen von Sachbeschädigung, Verwendung von verfassungsfeindlichen Kennzeichen und Symbolen, Denkmalschändung über Bedrohung, Beleidigung, Nötigung, tätlicher Angriff bis hin zum Mitführen von Sprengkörpern, Verstoß gegen das Sprengstoffgesetz und Anstiftung zum Mord.

Volkswille

Bei der Gruppe Volkswille handelte es sich um eine eng an die **Nationalistische Front** angelehnte Kaderorganisation. Ihre Aufgabe sah die Gruppe, die sich als SA und Schutztruppe der Partei verstand, im gezielten Terror und Einschüchtern von politischen Gegnern ihrer nationalsozialistischen Gesinnung. Die Gruppe betrieb explizit Anti-Antifa Arbeit. Sie existierte in Essen, Bochum und Wattenscheid und war streng hierarchisch organisiert (Kameradschaftsführer des Kreisverbands, Kameradschaftsführer des Ortsverbands, Stadtteilbereitschaftsführer). Es gab Führer-, Unterführer- und Kameradschaftstreffen, sogenannte "Stammtische". Innerhalb der Gruppe gab es die Funktionen des Vordenkers, des Sprengmeisters und des Materialbeschaffers.

Maßgeblich verantwortlich für die Gründung von Volkswille ist der "Kameradschaftsführer des KVs" **Marc Meier zu Hartum**. Dieser gab an, über die REP-Stammtische im Jahr 1990 einen **Ulrich Euken** kennengelernt zu haben, der ihn auf die Idee gebracht hätte, überparteiliche Stammtische für Rechte zu initiieren. In der darauf folgenden Zeit muß Hartum dann den Stammtisch in der Kneipe **La Garde** zusammen mit anderen gegründet haben. Im Lauf der Zeit stießen immer mehr Leute zu dem Stammtisch zum Teil neue Leute, teilweise aber auch Leute, die bereits in der NF, der **FAP** oder im **FFD** organisiert waren. In einem Interview mit der niederländischen Zeitung "vrij nederland" behauptet der ehemalige "Führer" **Marcus Scholz** 1993, daß Ende 1992 ca. fünfzig Personen zu Volkswille gehört haben. Ein anderer "Führer" gab allein den Wattenscheider Stammtisch mit über zwanzig Personen an.

Wann es dann zur eigentlichen Gründung von Volkswille kam, ist unklar. Neben Hartum aus Wattenscheid sollen **Markus Kahlenborn** aus Essen und **Holger Cirkel** aus Wattenscheid zu den Gründern der Organisation gehören.

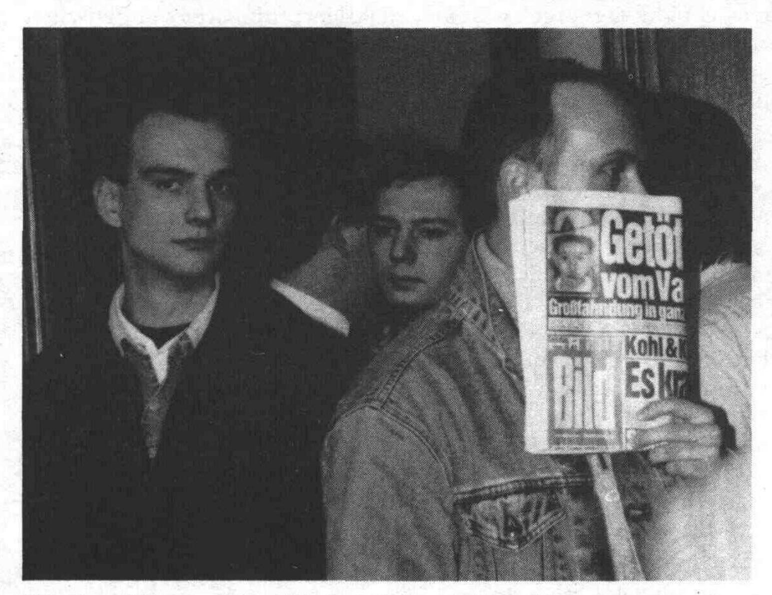
Chef war der Sport- und Wirtschaftsstudent Marc Meier zu Hartum. Er organisierte aus dem Hintergrund, knüpfte Kontakte, organisierte Fahrten und Touren, gab Kommandos, beschaffte Geld für die Materialien, schrieb Bekennerschreiben und baute neben Volkswille eine Parallelorganisation auf, deren Mitglieder in "Wölfe" und "Wölfchen" untergliedert werden sollten. Im Gerichtssaal brüstete er sich, daß auch die Namensgebung der Gruppe auf seinem Mist gewachsen sei. Die Idee zu diesem Namen hätte er von einem NF-Aufkleber.

Ihm untergeordnet war sein Zögling und Kameradschaftsführer von Essen, Markus Kallenborn. Der Maschinenbaustudent und Sprengstoffexperte hatte in seiner Schulzeit extra die Schule gewechselt, um in den Genuß adäquater Leistungskurse für seine politische Tätigkeit zu kommen.

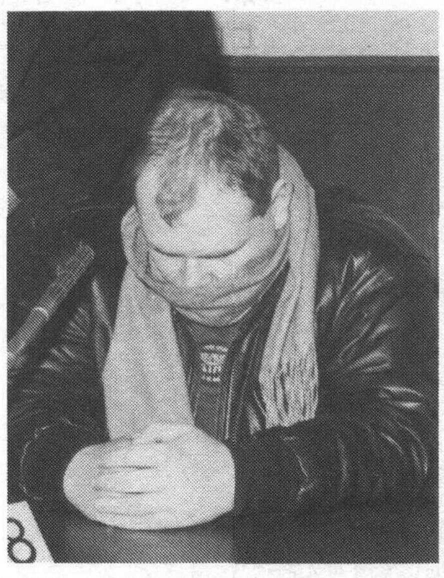
Des weiteren waren es die ausgebildeten Köche Holger Cirkel und **Lutz Mocker**, die zusammen mit dem Wattenscheider Kameradschaftsführer Marcus Scholz für viele Aktionen verantwortlich waren. Marcus Scholz war es auch, der auf Anweisung von Hartum für die Gruppe eine Dienstordnung verfaßte, die er übrigens dem DRK anlehnte.

Der Bochumer **Michael Schlinter** war - neben seiner Funktion als Materialbeschaffer - ein weiterer Kopf der Gruppe. Und der Bochumer Student **Volker Rehbronn**, der Geschichte und Deutsch auf Lehramt studiert und öfters bei den REPs anzutreffen war, fungierte als Bochums Kameradschaftsführer.

Die Angeklagten **Michael Brzezinski, Dirk Lüders, Frank Piekorz** und **Martin Wenzel** waren dagegen einfache Mitglieder der Gruppe. Wobei Wenzel der einzige zu sein scheint, der keinen



Die Angeklagten: Lutz Mocker, Holger Cirkel, Marc Meier zu Hartum (v. links)



Michael Schlinter



Cirkel, Frank Piekorz, Michael Brzezinski (von links)



und Markus Kahlenborn

Überblick über sein Tun hatte und über eine bedauernswerte Biographie verfügt.

Das "Wirkungsfeld" von Volkswille

Zu den Betätigungen der Gruppe gehörte, neben dem Verkleben von NF-, FFD- und WJ-Aufklebern, das Verteilen des "9-Punkte-Plans zur Ausländerrückführung" der NF (Autor desselben: Nazianwalt **Jürgen Rieger**) und das regelmäßige Verteilen des NS - Blättchens **Freiheit Wattenscheid**. Dieses nach Aussagen aus der Naziszene von der NSDAP/AO-Struktur um **Thies Christophersen** und **Zündel** finanzierte Blatt wird von dem mittlerweile im ostwestfälischen Oechtrup wohnenden **Michael Frank** unter Mithilfe seiner Schwester hergestellt und vertrieben. Für das örtliche Verteilen waren die Gruppe Volkswille und Leute des Freundeskreis Freiheit für Deutschland (FFD) zuständig. Das Ganze geschah an den Freitagabenden des sogenannten "Stammtischs" im La Garde, dessen Wirt mit seinen Gästen sympathisierte.

Diese Kameradschaftstreffen im La Garde, von den Nazis als "Stammtische" bezeichnet, wurden mit kleinen politischen Ansprachen eingeläutet bevor allgemein politisch debattiert wurde, wobei alle rege Kenntnis von dem hatten, was ihnen später im Prozeß an Straftaten vorgeworfen wurde. Der Bochumer "Stammtisch" fand, wohl unter ähnlichen Umständen, in einer Kneipe in Oberdahlhausen statt, vermutlich in der Kneipe **Leichtfuß**. Auf den Führertreffen im Privaten wurden dann noch andere Dinge besprochen. So wurde beispielsweise auf einem "Unterführertreffen" geplant, Einladungen zu einem fiktiven Fest beim Bürgermeister an Flüchtlinge zu verschicken oder Linken Scheiben einzuwerfen. Auf diesen Führertreffen wurden aber auch Videos zur Schulung und Diskussion angesehen, wie z.B. "Hitlerjunge Quacks" oder "Triumph des Willens". Das ein oder andere Mal ging es dann auch in das Essener NF-Schulungszentrum, das sich in einem ehemaligen NPD-Gebäude in einem Hinterhof befinden soll. Daß die NF in Essen seit Ende 1990 Schulungen durchführen könne, verkündete damals **Dietmar Breyl**, NFler aus Essen. Unter seiner Regie und unter der Leitung des NFlers **Thomas Preuß** aus Gelsenkirchen wurden die Schulungen abgehalten, wobei auch die ein oder andere Prominenz anderer Organisationen sich dort die Ehre gab.

Zum Aktionsrepertoire der Gruppe gehörte auch die Teilnahme an Treffen und Fahrten Die Gruppenmitglieder nahmen am NF-Zeltlager auf den Ruhrwiesen in Bochum-Dahlhausen teil oder sie besuchten **Peter Markert**, den mittlerweile ehemaligen Parteivorsitzenden der NPD/NRW. Sie organisierten eine Fahrt durch die BRD, Dänemark, Niederlande und Belgien. Laut "Vrij nederland" besuchten sie in der BRD **Dieter Folmer** und in Dänemark **Thies Christophersen**. In Belgien waren sie in Diksmuide auf der alljährlichen Ijzerbedevaartfeier, auf der 1992 der Startschuß zur Anti-Antifa-Kampagne fiel. Michael Frank, Herausgeber der Freiheit Wattenscheid und Dietmar Breyl, NF-Leiter aus Essen, waren hier ebenfalls anwesend.

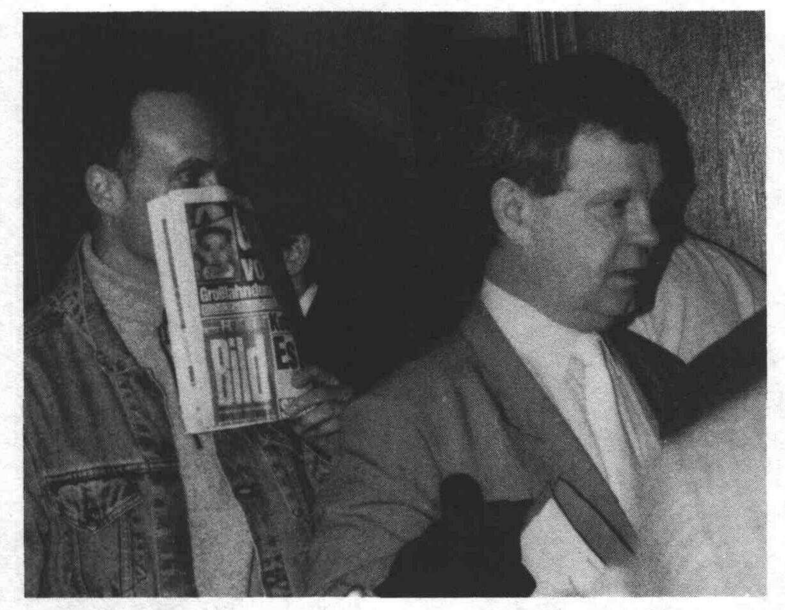
Auf dem Rudolf Hess-Marsch 1992 durften sie natürlich auch nicht fehlen. Zusammen mit Dorstener Nazis, so z.B. dem örtlichen Naziführer **Volker Grander**, fuhren sie auf Einladung der Wiking-Jugend nach Rudolstadt und blieben dann noch ein paar Tage in der Nähe von Dresden. Den Transporter für die Fahrt besorgte Michael Brzezinski über den KFZ-Sachverständigenbetrieb seiner Eltern, der an der B1-Auffahrt liegt und wo er im Büro arbeitet. Zu siebt oder acht, bekleidet mit schwarzer Hose und weißem Hemd und versehen mit Gaspistolen und einen selbstgebauten Sprengsatz, marschierten sie dann durch Rudolstadt.

Volkswille und Anti-Antifa

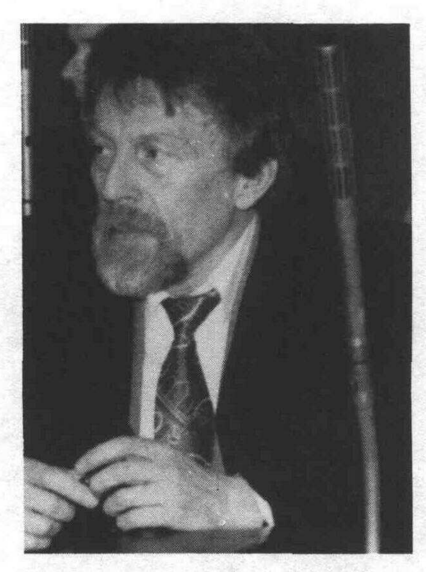
Davon, daß Kahlenborn einen Sprengsatz mitführte, der für antifaschistische GegendemonstrantInnen gedacht war, hatten alle Kenntnis. Das fanden sie alle gut und auch im Prozeß wurde dies von ihnen nicht in Frage gestellt. Der Sprengsatz bestand aus einer mit Sprengstoff gefüllten Syphonpatrone für Sahnespender, versehen mit einer Wunderkerze als Zündschnur. Daß dieser eine enorme Sprengkraft mit Splitterwirkung hatte, wußten die Nazis nicht erst seit dem Gutachten des Sprengexperten im Prozeß. Cirkel und Kahlenborn hatten auf einem Acker Probesprengungen gemacht und hatten sich dort von der Wirkung ihrer Waffe überzeugt.

Gewalt und Terror waren für die ganze Gruppe kein Diskussionsthema. Dies war ihre Aufgabe. Dies der vorrangige Sinn und Zweck ihrer Gruppe.

Sie bedienten sich dabei auch des Psychoterrors. Sie pickten sich ihnen bekannte AntifaschistInnen heraus, überzogen sie wochenlang mit täglichen und nächtlichen telefonischen Morddrohungen. Von den Bedrohten fertigte Volkswille Plakate an, worin die AntifaschistInnen diffamiert und zur Fahndung ausgeschrieben wurden. In der Stadt und an den Häusern der AntifaschistInnen wurden Aufforderungen zur Ermordung dieser gesprüht. Dort stand dann "Tötet Olli S.", "B. Du bist tot" oder "Antifa weg - Wir kriegen Euch !" mit "Rotfront verrecke". Das ganze verziert wahlweise mit Odalsrune, Hakenkreuz, SS-Runen u.ä.. Den Betrof-



Volkswille-Chef Meier zu Hartum mit Rechtsanwalt Steller



Rechtsanwalt Lucke

fenen wurden haufenweise Versandhausgegenstände zugeschickt, darunter auch Beate Uhse Produkte. Einer Person wurde ein Leichenwagen bestellt. Das andere mal versuchte Volkswille, nachts jemanden mit einem fingierten Anruf aus der Wohnung zu lokken.

Bedroht wurden auch AktivistInnen aus Flüchtlingsgruppen, sowie Initiativen von Homosexuellen.

Anläßlich der "Multikulturellen Tage" in Bochum weitete Volkswille ihren Terror aus. Telefonisch und schriftlich wurde ein noch größerer Personenkreis bedroht. Es wurde gedroht, die Multikulturellen Tage "aufzumischen". Am 15.9. ging bei der Bochumer Sparkasse von einem **Kommando Werwolf** eine Bombendrohung ein. Anlaß war die Ausstellung eines ausländischen Künstlers zu den Multikulturellen Tagen. Ein Flugblatt "Verhindert die Multikulturellen - Tage 1992" wurde verteilt, auf dem wieder Namen und Adressen von AntifaschistInnen veröffentlicht wurden. Dieses wie auch andere Flugblätter der Gruppe Volkswille hatte **Günther Demolsky** aus Herne, einer der Gründer des FFDs, gedruckt. Exemplarisch für Anti-Antifa Arbeit fand sich diese Flugblatt dann drei Monate später im **Einblick** wieder, natürlich auch die Namen und Adressen derjenigen, die Volkswille die ganze Zeit bedrohte.

Aber nicht nur die Stadtsparkasse mußte nach Bomben durchsucht werden. Auch im Büro der Grünen ging ein paar Wochen später eine Bombendrohung ein.

Hatte die Gruppe Volkswille ihren Aktionsradius schon auf Kreditinstitute und bürgerliche Parteien ausgeweitet, so begann sie auch die Tageszeitung WAZ zu attackieren.

Ihre Forderung: "Unterlassen Sie jede Berichterstattung über die "Multikulturellen Tage 1992" und Ausländer im Allgemeinen ...". Ihr Hinweis: "Die brennenden Zeitungen in der Nacht vom 18. zum 19.9.1992 waren nur eine Warnung für Sie!". Ihre Drohung: "Sollten Sie wider Erwarten Ihre Berichterstattung nicht ändern, werden wir geschulte Gruppen ihre Zeitungsausträger überfallen lassen".

Sorgten Scholz, Kahlenborn, Piekorz und Brzezinski für die Verbrennung der zum Abholen bereitgestellten WAZ-Stapel in Wattenscheid, verfaßten Hartum und Kahlenborn diesen mit "Kommando Werwolf" unterzeichneten Drohbrief. Kahlenborn unterstrich sein Ansinnen noch mit einer Sprayaktion am WAZ-Gebäude. Dabei verwendete er Sprayschablonen. Darunter eine mit "SA-Wattenscheid".

Bei der Zerstörung der Wattenscheider "Gedenktafel zum demokratische Neuanfang 1946" Ende Oktober 1992 war Kahlenborn ebenfalls dabei. Diesmal zusammen mit Lutz Mocker. Das Bekennerschreiben wurde wieder zusammen mit seinem Chef Hartum aufgesetzt, wieder als "Kommando Werwolf".

Neben weiteren Drohungen wiesen sie in dem Bekennerschreiben auf "folgende Einsätze gegen ähnliche "Stätten""hin. Volker Rehbronn und **Oliver Krägeloh** verwüsteten in der Nacht vor der Gedenkfeier zum Volkstrauertag die aufgestellten Kranzgebinde vor der Grabstätte für die sowjetischen Opfer der NS-Diktatur und die deutschen WiderstandskämpferInnen und beklebten sie mit Naziparolen.

Bei Psychoterror, Bedrohung und Sachbeschädigung blieb es nicht. Mehrmals zogen Kahlenborn und Hartum oder Kahlenborn und Mocker an historischen oder auch anderen Tagen bewaffnet zu dem Flüchtlingswohnheim In der Hönnebecke, um dort die Scheiben einzuschießen.

Scholz gab in der holländischen Zeitung zu, daß sie das Fahrzeug eines Antifas manipuliert hatten und hofften, er würde damit verunglücken. ("Ze draaiden ook de wielen van de auto van Bienert los, in de hoop dat hij zou verongelukken.", Vrij nederland nr.42/ 1993, Seite 38)

Und als die Polizei die Gruppe Anfang Dezember 1992 aushob und bei ihnen Uniformteile, Stahlhelme, Sturmgepäck, verfassungsfeindliches Material, Waffen und bei Kahlenborn Unmengen an Chemikalien, Zündern und Elektrobauteile zu Bombenfernzündung fand, erwischte es einige der Gruppe so kalt, daß sie den Großteil ihres Wissen den Ermittlungsbehörden preisgaben. So kam auch zutage, daß Marc Meier zu Hartum die Gangart in der Anti - Antifa Arbeit nicht hart genug war und er fand, es sei Zeit, einen Roten umzubringen. Dadurch sollte der Rest der Szene eingeschüchtert werden. Das Opfer für seine Pläne hatte er auch schon ausgesucht.

Kurze Vorgeschichte des Prozesses

Zwei Jahre brauchte es, bis der Prozeß gegen Volkswille eröffnet wurde. Trotz des Verdachts auf Bildung einer kriminellen Vereinigung, der Waffen- und Sprengstoffunde und der Aussagen zu ihrem gezielten Terror, saßen die sechs Inhaftierten gerade erst einen Monat, als sie schon wieder entlassen wurden. Nur Marcus Scholz, der durch seine Faxe im Namen der HNG über einen angeblich ermordeten Kameraden die Verhaftung auslöste, saß noch etwas länger im Knast und in der Psychiatrie. (Die Faxe gingen

an Christophersen in Dänemark, Zündel in Toronto, den Journalisten Winter in Wattenscheid, in die Schweiz und nach Spanien).

In der Psychiatrie wurde festgestellt, daß er für seine Taten voll schuldfähig ist. Nach seiner Entlassung fand Scholz dann sein politisches Unterkommen als Pressesprecher der CDU-Wattenscheid. Diese Zusammenarbeit hielt nicht allzulange, outeten ihn doch einige Bochumer Antifas. (siehe dazu NRW - Zeitung, Nr. 4).

Verlief, abgesehen von der kurzzeitigen Inhaftierung der sechs Leute, der Werdegang der Nazis recht ungestört von Seiten der Behörden, hatten die bedrohten Antifas nur Schwierigkeiten von staatlicher Seite. Polizeibeamte weigerten sich, Anzeigen aufzunehmen. Fangschaltungen wurden nicht bewilligt und mußten selbst bezahlt werden. Und bei der Zulassung der Nebenklage stellte sich das Gericht quer. Es wurde auf den §395 der Strafprozeßordnung verwiesen, der Nebenklagen nur unter ganz bestimmten Bedingungen zuläßt, und darunter fallen halt nicht Morddrohungen und Psychoterror. Dafür muß mensch erst beleidigt werden. Also mußte ein Betroffener gefunden werden, der beleidigt worden ist und bei dem die Polizei dies auch in die Anzeige aufgenommen hatte. Erst dann konnte die Nebenklage durchgesetzt werden, aber nur bezogen auf diesen Betroffenen. Straftaten gegen andere Berdrohte durfte der Anwalt der Nebenklage nicht ansprechen.

So viel und gut sich der Anwalt der Nebenklage bemühte, den AntifaschistInnen waren prozessual die Hände gebunden. Alles lag in den Händen der 9. Kammer. Wie es dort lag, sah mensch an dem immer dreister und rotziger werdenden Auftreten der Nazis.

Der Prozeß

Für die Strategie der Nazis verlief dieser Prozeß typisch. Sie verzichteten auf eine Prozeßerklärung, in der dem Staat das Recht abgesprochen wurde, über sie zu richten. Sie gaben auch keine Erklärungen zu ihren Beweggründen und Zielen. "Kleine Brötchen backen" war ihre Strategie. Einmal erwischt geht es darum, sich herauszuwinden. Der starke Staat, von ihnen gefordert, darf bei ihnen nicht aktiv werden. Es heißt zurück ins Halbdunkel, weg von prozessualer und anderer Öffentlichkeit. Zurück zur Politik der Einschüchterung und des Terrors.

Und so verlief alles wie in anderen Naziverfahren auch : Die Angeklagten bereuen alles. Es tut ihnen leid. Sie sind älter und reifer geworden und entschuldigen sich tausendmal. Obendrein hätte dies alles unter starkem Alkoholeinfluß stattgefunden. Kameradschaftsabende seien dies nicht gewesen. Lockere Runden, fröhlicher Freizeitspaß. Stammtische halt. Politik hätte eine Nebenrolle gespielt. Es wäre übermäßig gesoffen worden und überhaupt sehr undiszipliniert gewesen. Die Fahrten hätten den Ausflugscharakter gehabt. Hier wäre es auf die Gruppendynamik angekommen. An Ziele und Inhalte der Fahrten könne man sich kaum erinnern. Auch nicht so recht, wer nun was organisiert hätte. Überhaupt, alles sei schon Jahre her. Eine Organisation? Nein, auf keinen Fall. Alles sei chaotisch und ohne Disziplin gewesen. An Führungsgrade kann man sich kaum erinnern. Die Dienstordnung sei auf keinen Fall auf Befehl von Hartum verfaßt worden. Dies sei auf Scholz Mist gewachsen und der sei ja leicht psychotisch. Das sähe man ja an dessen Fax-Aktion. Gewalt wird natürlich abgelehnt. Die Terroraktionen seien lediglich zum Erschrecken gewesen. Ja, ja, man würde sich tausendmal entschuldigen. Hartum will immer mäßigend auf Kahlenborn eingewirkt haben. Der wiederum sieht alles als Spielerei und Silvesterknallerei. Und natürlich hätte Hartum nie die Anweisung zu einem Mord gegeben. Nie und nimmer. Hartum meint dazu, da hätte es höchstens ein Mißverständnis gegeben. Es wäre sicherlich nur um eine Abreibung gegangen.

Und so ging es von Sitzung zur Sitzung. Und da nicht alles abzustreiten ist, wird hier und da mal bei kleineren Strafsachen Verantwortung übernommen. Alles Weitergehende zur Organisierung und härteren Strafsachen wurde abgestritten oder ins Nebulöse verwiesen.

Beraten wurden die Angeklagten dabei durch eine ganze Schar von Anwälten, zumeist Pflichtverteidigern. Diese nahmen aber eher Statistenrollen ein. Maßgeblich waren zwei Anwälte. **Ewald Steller**, um den sich in den Pausen die Angeklagten zwecks Anweisungen scharten und Uwe Lucke. Beide sind keine Unbekannten in der Naziszene. Lucke, der unter anderem Manfred Rouhs von Europa Vorn, den FAP - Kandidaten Stefan Niemann und den HNG-Vorstand Christian Malcoci im Stuttgarter ANS/NA Prozeß vertrat, verteidigte einen der führenden Köpfe der Gruppe Volkswille, Michael Schlinter. Ewald Steller aus Dortmund verteidigte Marc Meier zu Hartum. Steller ist mittlerweile der Haus- und Hofverteidiger der Rechtsextremisten im Ruhrgebiet. Er verteidigte unter anderem Siegfried Borchardt (ehemaliger stellvertretender FAP-Bundesführer/Dortmund), Christian Sennlaub (Ex-FAP-, ex-HNG-, ex-KAH-, ex-NO-Kader/Witten) und Ekkehard Weil (Rechtsterrorist und FFD-Aktivist/Bochum).

Beide mußten herzlich wenig in das Geschehen eingreifen, lief doch alles nach Wunsch. Nur für eine Sache schienen sie ein lebhaftes Interesse aufzubringen. Es fiel auf, daß die Angeklagten oft und vehement bei vielen organisatorischen Dingen auf die Verantwortung des schon genannten Ulrich Euken verwiesen. Dieser Mann soll nicht nur die Stammtische von Volkswille betreut und bei den Bochumer REPs verkehrt haben, er soll im Raum Münsterland, Dorsten und Sauerland "überparteiliche Stammtische", sowie im Raum Norddeutschland ca 230. Leute in "Freundeskreisen" organisieren. Er sei Organisator beim FFD und hätte die Flugblätter bei Günther Demolsky abgeholt. Sein Wagen sei immer voll Material gewesen. Euken hätte die Kontakte für die Hess-Märsche in Wunsiedel und Rudolstadt gehabt und wäre in seinem Auto mit einem Funktelefon voraus gefahren. Euken hätte das Zeltlager der NF, die Fahrt zu Thies Christophersen und nach Diksmuide organisiert, wo er recht bekannt gewesen sei. Darüber hätte Euken Kontakt zu Thomas Fink gehabt, einem Führer der Sauerländer Aktionsfront (SAF). Die Staatsanwaltschaft wurde schon in den ersten Verhandlungstagen animiert, gegen Euken zu ermitteln. Die tat als wüßte sie von nichts. Als die immer zahlreicheren Verweise der Angeklagten immer noch unerhört blieben., führten die Anwälte Euken als Verführer der Jugend vor und als das nichts half, als Agenten des Verfassungsschutzes, der zu laden sei. Die Staatsanwaltschaft wand sich. Sie hätten keine ladungsfähige Adresse. Doch, wurde ihr vorgehalten, Hornerstr. 5, in Gelsenkirchen-Buer, dies stünde doch in den Akten.

Dennoch wurde Euken nicht geladen und dies ganze Geschehen bleibt nebulös. Sollten hier nur die Angeklagten entlastet werden, durch einen älteren Kameraden oder durch den Verweis auf die Verantwortung eines verführenden Verfassungsschutzagenten, den die Staatsanwaltschaft durch Nichtvorladung schützen wolle? Handelt es sich bei Euken um einen Agenten des VS? Oder sollen gerade die zuschauenden Antifas dieses Bild bekommen? Ein Vorgang im Prozeß, den wir hier auf jedenfalls unseren LeserInnen nicht vorenthalten wollen.

Richter Reichelt nahm auch diese Vorstellung genüßlich hin, konnte er doch hier wieder die beileibe nicht sonderlich star-





Zwei Drittel unseres Volkes sind für

Ausländer raus!

Das Volkes Wille ist unser Auftrag

Wir müssen unsere Forderungen selbst durchsetzen!

Wir müssen und werden ändern!

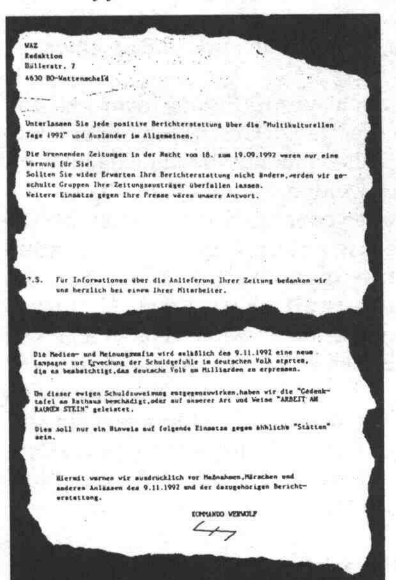
Schimpft nicht länger – handelt!

Mit uns für eine starke, deutsche Kraft – für die Rechte des Volkes!

NUR DER ORGANISIERTE WILLE BEDEUTET MACHT

NATIONALISTISCHE FRONT

NF-Propaganda: Bevorzugtes Material der Gruppe Volkswille



WAZ
Redaktion
Bülleratr. 7
4630 BO-Wattenscheid

Unterlassen Sie jede positive Berichterstattung über die "Multikulturellen Tage 1992" und Ausländer im Allgemeinen.

Die brennenden Zeitungen in der Nacht von 18. zum 19.09.1992 waren nur eine Warnung für Sie!
Sollten Sie wider Erwarten Ihre Berichterstattung nicht ändern, werden wir geschulte Gruppen Ihre Zeitungsausträger überfallen lassen.
Weitere Einsatze gegen Ihre Presse wären unsere Antwort.

P.S. Für Informationen über die Anlieferung Ihrer Zeitung bedanken wir uns herzlich bei einem Ihrer Mitarbeiter.

Die Medien- und Meinungsmafia wird anläßlich des 9.11.1992 eine neue Kampagne zur Erweckung der Schuldgefühle im deutschen Volk starten, die es beabsichtigt, das deutsche Volk um Milliarden zu erpressen.

Um dieser ewigen Schuldzuweisung entgegenzuwirken, haben wir die "Gedenktafel am Rathaus beschädigt, oder auf unserer Art und Weise "ARBEIT AM RAUHEN STEIN" geleistet.

Dies soll nur ein Hinweis auf folgende Einsatze gegen ähnliche "Stätten" sein.

Hiermit warnen wir ausdrücklich vor Maßnahmen, Märschen und anderen Anlässen des 9.11.1992 und der dazugehörigen Berichterstattung.

KOMMANDO WERWOLF

Bekennerschreiben des "Kommando Werwolf"

ke Staatsanwaltschaft abdeckeln. Die Rolle des Schulmeisters spielte er nur allzugern. Die Strategie der Angeklagten und deren Anwälte kam ihm dabei nur recht. Mit Zynismus deckte er die Staatsanwälte ein und wiegelte die Nebenklage ab. Das Interview in der holländischen Zeitung interessierte ihn nicht groß. Zuerst deklarierte er noch, unwissend wie er war, die niederländische Wochenzeitung in der Kategorie "Der Zeit" als Nazipostille. Die Ängste und Sorgen der Betroffenen, deren Familien und Kinder standen für ihn und die Staatsanwaltschaft überhaupt nicht zur Debatte. Der Antrag auf Übernahme der Kosten für die Nebenklage durch die Staatskasse, lehnt er obendrein ab. Dabei war seine oberflächliche und unprofessionelle Befragung angesichts des durchsichtigen Lügengebäude der Nazis nicht nur peinlich, sondern skandalös. Widersprüche ließ er so passieren, Nachfragen stellte er nur bei Bagatellen und die Hintergründe und Vernetzungen der Nazis blendete er völlig aus. Er übte sich derweil in vermeintlicher Richterstrenge und begann von oben herab mit den Nazis über deren Vorstellungen zu diskutieren. Richter Reichelt fand dabei, als sich ein Angeklagter als patriotisch bezeichnete, die Eigenschaft patriotisch nicht schlecht. Und als Scholz erwähnte, Hartum hätte ihn angehalten doch "SPD = PDS = SED" zu sprühen, fand Richter Reichelt, dies sei eine durchaus vertretbare Position. Stieß dem Zuschauer eine solche Fraternisierung schon auf, so wurde es erst recht ekelig, als Reichelt seine unkonzentrierte Verhandlungsführung mit einem Herrenwitz garnierte, nämlich mit der Mutmaßung, daß den Antifaschisten die Zusendung des Pornomaterials vielleicht ganz recht gekommen wäre.

Am Anfang des Prozesses waren die Angeklagten noch verunsichert. Der BGH hatte das Urteil der Dortmunder Staatschutzkammer einkassiert, in dem Richter Reichelt der NO-Kameradschaft attestierte, es würde sich nicht um eine kriminelle Vereinigung handeln.. Das Verfahren muß nun neu aufgerollt an einer anderen Kammer von Dortmund geführt werden.

In dem von Reichelt geschaffenen Prozeßklima hingegen fühlten sich die Nazis aber immer wohler und bekamen Oberwasser. Am letzten Prozeßtag kamen sie geschlossen und vemummt in das Gerichtsgebäude. Dort griffen sie, ungestört vom Wachpersonal, die Presse an, um schließlich singend und pfeifend im Gerichtssaal zu sitzen. Richter Reichelt ließ sie in ihre demonstrative Zurschaustellung von Macht und Sorglosigkeit gewähren und sprach seine Urteile.

Für die Kader:
Marc Meier zu Hartum: 9 Monate
Markus Kahlenborn: 21 Monate
Markus Scholz: 14 Monate
Lutz Mocker: 10 Monate
Thorsten Cirkel: 5 Monate
Michael Schlinter: 1200,-DM
Volker Rehbronn: 750,-DM
Sowie die Mitglieder: Michael Brzezinski 7 Monate, Kriposöhnchen Frank Piekorz 100 Stunden gemeinnützige Arbeit und Martin Wenzel 50 Stunden gemeinnützige Arbeit. Das Verfahren gegen den Friseur Dirk Lüders war wegen Geringfügigkeit eingestellt worden.

Für Richter Reichelt verstand es sich, daß alle Haftstrafen hierbei auf Bewährung ausgesprochen wurden.

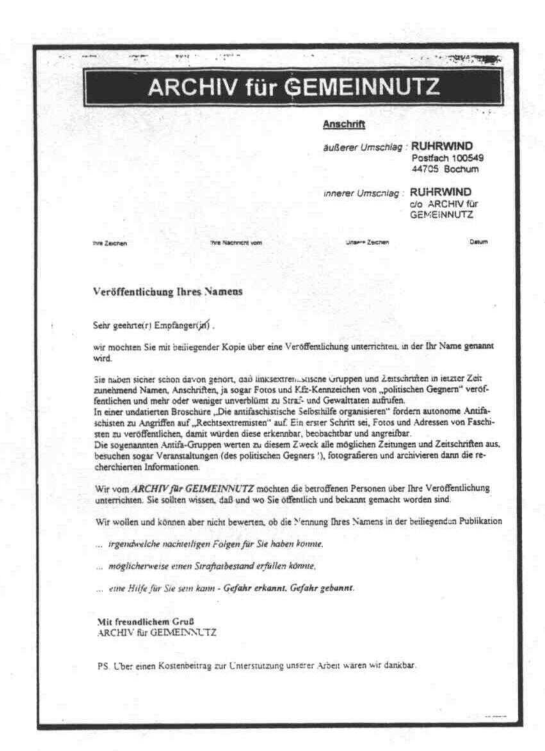
Nach seiner Auffassung sei eine Verurteilung nach §129 StGB mangels entsprechender Beweise nicht möglich gewesen. Vor allem habe es keine Hinweise auf Planung und Absprache von Aktionen gegeben.(!) Denn, so wörtlich: "Vielmehr waren die Angeklagten daran interessiert, in fröhlichem Kameradenkreis zusammenzusitzen." Parolen wie "Rotfront verrecke" wertete Reichelt ausdrücklich als "bloße Verwünschungen".

Dieses Urteil ist ein Urteil mehr, das der wachsenden kriminellen Organisierung der Nazis keinen Einhalt gebietet, sondern dem rechten Terror Vorschub leistet. Dazu braucht keinen Orlet. Das kriegt die traditionsreiche deutsche Justiz sauberer hin. Ohne Skandal.

Wieder einmal wurde sichtbar, daß die Institutionen nicht gewillt sind, Freiheit und Menschenwürde zu verteidigen und bewiesen, daß die Menschen auf sich gestellt sind, wollen sie Rassismus und des Faschismus bekämpfen.



Druckte Volkswille-Flugis: Demolsky



ARCHIV für GEMEINNUTZ

Anschrift

äußerer Umschlag : **RUHRWIND**
Postfach 100549
44705 Bochum

innerer Umschlag : **RUHRWIND**
c/o ARCHIV für
GEMEINNUTZ

Ihre Zeichen | Ihre Nachricht vom | Unsere Zeichen | Datum

Veröffentlichung Ihres Namens

Sehr geehrte(r) Empfänger(in) ,

wir möchten Sie mit beiliegender Kopie über eine Veröffentlichung unterrichten, in der Ihr Name genannt wird.

Sie haben sicher schon davon gehört, daß linksextremistische Gruppen und Zeitschriften in letzter Zeit zunehmend Namen, Anschriften, ja sogar Fotos und Kfz-Kennzeichen von „politischen Gegnern" veröffentlichen und mehr oder weniger unverblümt zu Straf- und Gewalttaten aufrufen.
In einer undatierten Broschüre „Die antifaschistische Selbsthilfe organisieren" fordern autonome Antifaschisten zu Angriffen auf „Rechtsextremisten" auf. Ein erster Schritt sei, Fotos und Adressen von Faschisten zu veröffentlichen, damit würden diese erkennbar, beobachtbar und angreifbar.
Die sogenannten Antifa-Gruppen werten zu diesem Zweck alle möglichen Zeitungen und Zeitschriften aus, besuchen sogar Veranstaltungen (des politischen Gegners !), fotografieren und archivieren dann die recherchierten Informationen.

Wir vom ***ARCHIV für GEIMEINNUTZ*** möchten die betroffenen Personen über Ihre Veröffentlichung unterrichten. Sie sollten wissen, daß und wo Sie öffentlich und bekannt gemacht worden sind.

Wir wollen und können aber nicht bewerten, ob die Nennung Ihres Namens in der beiliegenden Publikation

... *irgendwelche nachteiligen Folgen für Sie haben könnte.*

... *möglicherweise einen Straftatbestand erfüllen könnte.*

... *eine Hilfe für Sie sein kann -* ***Gefahr erkannt. Gefahr gebannt.***

Mit freundlichem Gruß
ARCHIV für GEIMEINNUTZ

PS. Über einen Kostenbeitrag zur Unterstützung unserer Arbeit wären wir dankbar.

Die Anti-Antifa Arbeit geht weiter

Daß die Leute von Volkswille wie eh und je mit ihrer Anti-Antifa-Arbeit weitermachen werden, steht fest. Rings um das Gerichtsgebäude fanden sich "Nation und Europa"- und UN-Aufkleber. Die BesucherInnen des Prozesses wurden wiederholt von Faschisten mit Telekameras fotografiert. Das interessierte das Gericht ebenso wenig wie der Umstand, daß einige Nazisympathisanten im Zuschauerraum mit Handys nach draußen kommunizierten.

Interessant ist auch, daß Lutz Mocker seine Lektüre über das Postfach 100549 in 44705 Bochum bezieht. Über dieses Postfach ist auch RUHRWIND c/o ARCHIV für GEMEINNUTZ zu erreichen. Dieses Archiv versucht, antifaschistische Publikationen auszuwerten, um geoutete und genannte Nazis zu warnen, eine Art rechte Recherche und Anti-Antifagruppe auf dem publizistischen Sektor. Ob es sich hierbei um Schaumschlägerei handelt oder nicht, ist nicht klar.

Klar ist auf jeden Fall, daß einer der Bedrohten, kaum war der Prozeß zu Ende, eine Karte mit einem FFD - Motiv erhielt. Darauf stand: "Wir werden Dich zerstükkeln."

Fragen über Fragen

ergeben sich aus den Sachverhalten dieses Prozesses für interessierte Antifas. Zumeist Sachverhalte, die Herr Reichelt keiner Frage würdigte.

Was ist mit den Angaben des Essener Kripobeamten, der aussagte, "über dienstlichem Wege" sei in Erfahrung gebracht worden, der Zeuge Dirk Hinkelmann hätte nach der Durchsuchung von Kahlenborns Wohnung eine übersehene Adressenkartei und einen Behälter mit Nitroglyzerin aus dem Kühlschrank mitgenommen? Fest steht, daß der Bauingenieurstudent Hinkelmann NF-Sympathisant war und das Nitroglyzerin unter 24 Grad Celsius gelagert werden muß.

Wie kommt das Flugblatt von Volkswille als exemplarisches Anti-Antifa-Flugi in den Einblick?

Welche Rolle spielt Volkswille im Einblick und wie wirkte sich der gute Kontakt zum ehemaligen DA-Chef Hübner in Cottbus und dem Chef der Nationalen Liste in Hamburg, Christian Worch, aus (siehe "Vrij nederland")?

Wie kommen die Namen von zwei der Bedrohten, darunter der Name des von Hartum als Mordopfer Ausersehenen, in die Aufzeichnungen des Solinger DHKKV-Chefs Bernd Schmitt, jenem Verfassungsschutzagenten, der auch die mutmaßlichen Brandmörder der fünf Frauen der Familie Genc ausbildete? Schmitt wurde nach diesem Umstand im Düsseldorfer Prozeß befragt, wußte aber wieder mal von nichts. Auch nichts davon, daß diese Information von Dirk Nahrath kam.

Welches Verhältnis hatte Volkswille zur NF bzw zum geplanten NEK, das Schmitt aufbauen sollte?

Ist Volkswille wirklich auf Hartums Mist gewachsen oder lediglich die Fortführung Michael Kühnens Initiative Volkswille?

Welches Verhältnis hatten die Gruppenmitglieder zur Wiking-Jugend, von der sie eingeladen wurden und für die sie Propaganda machten?

Welchen Bezug gab es zur HNG und dem Wittener NO-Chef Christian Sennlaub, der in Hartums Adreßbuch verzeichnet ist?

Wie kam die Einladung an den KuKluxKlan zustande, mit dem sich Volkswille im Dezember 1992 treffen wollte? Vielleicht über den Klan-Führer Marc Dennis Witt aus Essen? Oder über die Andreas-Zehnsdorf-Connection, über die schon die ostdeutschen Nazis ihre Kontakte zum Klan bekamen? Fest steht, daß die beiden Essener NF-Sympathisanten waren.

Sind Hartums Werwolfgruppen, die Bekennerbriefe a là "Kommando Werwolf", das Bauen von Splitterhandgranaten mit dem Autorenkollektiv Werwolf in Zusammenhang zu bringen, das das "Handbuch für improvisierte Sprengtechnik" aus "Eine Bewegung in Waffen" in der Naziszene auf Diskette in Umlauf brachte?

In welchen Verhältnis stand die Gruppe zum FFD, wenn Demolsky ihre Flugblätter druckte, sie mit FFDlern die NSDAP/AO Postille Freiheit Wattenscheid verteilten, sie für den FFD kleben und vor kurzem bei Hartum eine Hausdurchsuchung wegen Herstellung der UN stattfand, wobei sein PC konfisziert wurde?

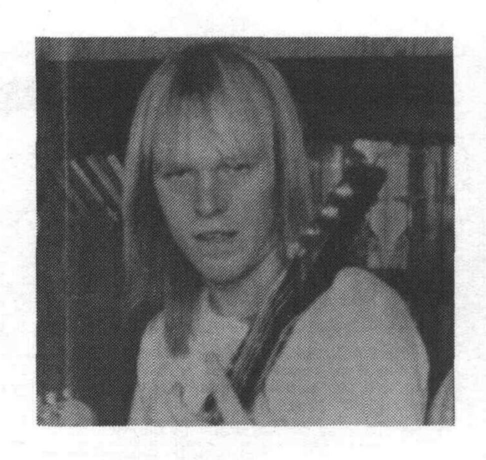
Nach Aussagen des hessischen Verfassungsschutzdirektors Fromm ist die SAF ein Ableger des FFDs gewesen. Der Bekannte des Herrn Euken, Thomas Fink, war einer der Gründer der SAF und betreute wie Herr Euken "Stammtische" in Korbach, Frankenberg, Fulda, Bad Hersfeld, Ulm und Meschede, wo am 18.7.1992 die erste Anti-Antifa Demo mit der Beteiligung von Christian Worch (NL), Michael Petri, Otto Riehs u.a. stattfand. Waren die Stammtische Teil der Struktur des Herrn Euken, des Funktionärs des FFDs, der angab, in Norddeutschland über 230 Leute auf diese Art in "Freundeskreisen" zu organisieren? Sind sie Teil der "Unabhängigen Freundeskreise"? Gehörte auch Volkswille zu dieser Struktur?

Nicht zu vergessen sind die Zeitung des UFK, die Unabhängigen Nachrichten, die Deutsche Rechtsschutzkasse (DRSK) und deren Zeitung Recht und Justiz, für die auch Jürgen Rieger schon verantwortlich im Impressum stand.

Der auf der spanischen Insel Tenneriffa Anfang 1989 gegründete Freundeskreis FFD gab auch einen Aufruf zur Bildung von Anti-Antifa-Gruppen heraus. Dieser war unterzeichnet von Otto Geller aus Bochum. Otto Geller ist Mitglied der Aktion Freies Deutschland. Zu dieser Gruppe gehört auch der ehemalige MAD-Beamte Wolfgang Juchem aus dem hessischen Lichtenau bei Kassel. Wie hängt das wieder zusammen?

Wie gesagt, aus diesem Prozeß ergeben sich Fragen über Fragen.

78 Verhandlungstage blieb der mutmaßliche Brandstifter Markus Gartmann bei seinem Geständnis und belastete sich und seine drei Mitangeklagten. Jetzt behauptet er, unschuldig zu sein. Sein Widerruf wirft Fragen auf, die er nicht beantworten kann.



„So etwas erfindet keiner"

Solingen-Prozeß: Geständnis und Widerruf eines Neonazis

Markus Gartmann, 25jähriger Angeklagter im Solingen-Prozeß, sorgte Ende März für Aufsehen. Ausgerechnet er widerrief sein Geständnis, das bislang die wichtigste Stütze der Anklage darstellte. Zusätzlich zu den umfangreichen Zeugenvernehmungen, die das Gericht durchführen mußte, bekam es mit dem Widerruf auch noch die Aufgabe, den Widerruf selbst auf seine Glaubwürdigkeit zu prüfen. Die Richter jedenfalls stehen Gartmanns neuerlichen Unschuldsbehauptungen skeptisch gegenüber. Alle Angeklagten bleiben weiter in Haft, und dies nicht ohne Grund, wie die Detailtreue von Gartmanns Geständnis und sein Verhalten in den letzten zwei Jahren zeigen.

Den Angehörigen der Opfer hatte Gartmann schon vor Prozeßbeginn in einem Brief mitgeteilt, für den Tod der fünf Frauen und Mädchen am 29. Mai 1993 verantwortlich zu sein. Seinem Vater hatte Gartmann in der Abgeschiedenheit einer Gewahrsamszelle seine Tatbeteiligung gestanden. Den Beamten der Sonderkommission Sole teilte er in seiner ersten Vernehmung als Beschuldigter nach anfänglichem Leugnen sichtlich erleichtert mit, er und die anderen drei Angeklagten seien für das tödliche Feuer verantwortlich. Dem Ermittlungsrichter beim Bundesgerichtshof schilderte er wenige Tage nach der Tat, wie die Brandstiftung ablief. Auf einer Fahrt in die Justizvollzugsanstalt teilte er wenige Monate später den Beamten mit, öfter an die Tat zu denken. Sie alle, wie auch die Prozeßbeteiligten am Oberlandesgericht Düsseldorf, will der einfältig wirkende aber durchschnittlich intelligente Rechtsradikale aus strategischen Gründen über einen Zeitraum von beinahe zwei Jahren an der Nase herum geführt haben.

Gegenüber dem Wuppertaler Gefängnispfarrer Kurt F. machte Gartmann allerdings tatsächlich schon vor Prozeßbeginn gegenteilige Aussagen. In vier von insgesamt vierzehn Gesprächen in der zweiten Hälfte '93 teilte Gartmann dem ausgebildeten Straftherapeuten „völlig emotionslos" mit, ein falsches Geständnis abgelegt zu haben. Vor dem Haftprüfungstermin im Dezember 1993 kam der Gefängnispfarrer schließlich zu der Überzeugung, Gartmann sei unschuldig, ohne jedoch einen Beweis für diese Auffassung zu haben. Kein Wunder, daß der 57jährige nun als Zeuge vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf äußerte: „Ich bin froh, daß ich kein Richter bin".

Das Geständnis des 25jährigen Gartmann kann auch weiterhin die wichtigste Stütze der Anklage im Verfahren gegen die vier mutmaßlichen Brandstifter bleiben. Es belastet auch die zum Teil leugnenden Mitangeklagten, die trotz des Widerrufs in Haft bleiben. Mit dem Widerruf ist es keinesfalls vom Tisch. Im deutschen Strafrecht, so die Rechtsanwälte Reinhard Schön und Eberhard Reinecke aus Köln, bleiben Geständnisse weiter verwertbar, wenn sie nicht mit unzulässigen Mitteln erlangt oder aufrecht erhalten wurden. Schön und Reinecke vertreten einige der Angehörigen der Opfer vor Gericht.

Gartmann behauptet jetzt, aus taktischen Gründen ein falsches Geständnis abgelegt zu haben. Als Beschuldigter sah er angeblich keine Möglichkeit mehr, einer lebenslänglichen Verurteilung zu entgehen. Mit dem Geständnis habe er wenigstens eine Strafmilderung erzielen wollen. Warum er dann aber ausgerechnet seine Freunde Felix K. (17) und Christian B. (22) schwer belastete, konnte er den Prozeßbeteiligten bislang nicht befriedigend erklären. Auch nicht, warum Gartmanns Parteifreund Karsten H. (DVU) dem Trio und zusätzlich dem Bruder von Christian B. in einer ersten Vernehmung ein falsches Alibi gab. Gartmanns Widerruf wirft neben diesen eine ganze Reihe weiterer Fragen auf.

Aber gerade die Fragen der Rechtsanwälte Schön und Reinecke will Gartmann nicht mehr beantworten. Für die Glaubwürdigkeit seines Widerrufs wären überzeugende Antworten aber notwendig. Warum widerrief Gartmann nicht früher? Warum erklärt er auf der Fahrt zum Ermittlungsrichter beim Bundesgerichtshof, er habe kein Bedürfnis, andere zu decken? Warum machte er in einer ersten Vernehmung als Zeuge nachweislich falsche Zeitangaben? Warum berichtet er in seinem Geständnis, unmittelbar nach der Tat habe man überlegt, Karsten H. um ein falsches Alibi zu bitten? Warum wurde der Angeklagte Christian R. (18) als vierter Täter ins Spiel gebracht, der in den Stunden vor der Tat nicht mit den anderen zusammen war? Warum sagte er aus, daß Felix K. zunächst links am Haus der Genc vorbeilief, obwohl das Feuer dann im Windfang an der rechten Seite des Hauses gelegt wurde? Warum soll Gartmann einen Fluchtweg erfunden haben, der im Zickzack verlief? „So etwas erfindet keiner", wenn es nicht tatsächlich so passiert ist, meinen die beiden Rechtsbeistände der Nebenklage.

Schön und Reinecke bewerten Gartmanns Widerruf als Versuch, den Kopf aus der Schlinge zu ziehen. Der Versuch kommt zu einem Zeitpunkt, wo Teile der Verteidigung medienwirksam Zweifel an der Mittäterschaft von drei der vier Angeklagten gestreut hatten. So versuchte der von den Eltern und Verteidigern des Angeklagten Felix K. bestellte Brandgutachter Achilles die Theorie von einem Schwelbrand aufzustellen. Dieser Schwelbrand soll so früh gelegt worden sein, daß Felix K., Christian B. und Markus Gartmann unmöglich am Tatort sein konnten.

Die beiden Rechtsanwälte aus Köln schließen nach den Aussagen der anderen drei Brandgutachter jedoch auf den Einsatz von Benzin. Im Windfang des abgebrannten Hauses habe sich ein entsprechender Brandtrichter ausma-

chen lassen. Das Feuer griff von dort innerhalb von Minuten auf das Treppenhaus über und schnitt einem Teil der Bewohner den Fluchtweg ab. Eines der Mädchen verbrannte unmittelbar hinter der Haustür.

Für Zweifel hatte im Februar allerdings auch ein Kripobeamter der Wuppertaler Mordkommission gesorgt. Er sei wenige Tage nach der Tat in die polizeiliche Vernehmung von Christian R. geplatzt und habe die Namen der anderen Tatverdächtigen genannt sowie Details aus Gartmanns Geständnis ausgeplaudert. Christian R. hatte sich zunächst als Einzeltäter bezeichnet und dann etliche andere Versionen geschildert. Seine dritte Geständnisvariante war für die anderen drei Angeklagten besonders belastend, weil sie Gartmanns Geständnis ergänzte. Vor Gericht behauptet der rechtsgerichtete Hooligan Christian R. jedoch seit Beginn des Verfahrens, die anderen drei seien nicht dabei gewesen. Ansonsten verweigerte er bislang die Aussage, kündigte jedoch an, sie vielleicht noch erweitern zu wollen. Viel Zeit bleibt ihm nicht mehr, die Beweisaufnahme könnte in Kürze abgeschlossen sein.

Gartmann hat seinen Geständniswiderruf jedenfalls zu einem Zeitpunkt plaziert, wo die Zweifel an der Anklage von Teilen der Öffentlichkeit bereitwillig aufgenommen wurden. In Solingen glauben viele an die Unschuld des Trios Markus Gartmann, Felix K. und Christian B., allesamt Mitglieder des rechtsradikalen „Deutschen Hochleistungs Kampfkunstverbandes". Die linke Solinger Stadtzeitung „espada" sah schon das Ende des Rechtsstaats nahen. Sie berichtete von sechs entlastenden Zeugenaussagen, die es tatsächlich nie gegeben hat. Solinger Gruppen, die vorgeblich gegen rechte Gewalt vorgehen wollen, befassen sich mit der angeblichen Unschuld ihrer Bekannten und Freunde, kritisierten Schön und Reinecke. Sie sähen es als Rechtsbeistände von Angehörigen der Familie Genc lieber, wenn diese Gruppen der Frage nachgingen, warum „aus rechtsradikalen Sprüchen bei kleinsten Anlässen Taten werden können".

Hat Gartmann vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf im Beisein der Angehörigen der fünf Ermordeten tatsächlich fälschlich wiederholt erklärt, die Richtigen würden sitzen? Sollte das Gericht zu der Überzeugung kommen, daß sein Geständnis entgegen kursierenden Spekulationen der Wahrheit entspricht, hat er sich die Chance auf ein mildes Urteil mit seinem Widerruf endgültig verbaut.

An dieser Stelle veröffentlichen wir ein uns zugesandtes Diskussionspapier, das sich mit der Situation von in Abschiebehaft befindlichen Flüchtlingen auseinandersetzt. Das Papier thematisiert Aktionsmöglichkeiten gegen die unmenschlichen Haftbedingungen im speziellen und die aktuelle Asylpolik im allgemeinen.

Aktionen gegen den Abschiebeknast in Büren.

Warum dieser Vorschlag?

Die Orte und die Lebensbereiche, in denen Flüchtlinge von staatlicher Kontrolle und staatlichen Zwangsmaßnahmen betroffen sind, sind mehr geworden. Die staatlichen Verfolgungsmaßnahmen gegen Flüchtlinge übertreffen wohl die schlimmsten Befürchtungen zum Zeitpunkt der Einführung der neuen Gesetze. Gleichzeitig zeigt das Kalkül der Ausgrenzung seine Wirkung: Die Flüchtlinge verschwinden in Lagern und Knästen, Politik und große Teile der Öffentlichkeit haben "das Thema" abgehakt. In vielen antirassistischen Gruppen stellten sich angesichts dieser Verhältnisse Resignation und Auflösungserscheinungen ein. Dies alles halten wir für verschiedene Seiten des um die neuen Zwangsmaßnahmen erweiterten rassistischen Konsens in der BRD.

Nachdem antirassistische UnterstüzerInnen-Gruppen in NRW schon mehr als zwei Jahre versuchen, gegen die neuen (Repressions-)Institutionen der Ausländerbürokratie zu arbeiten, und wir diese Zeit auch brauchten, um dieses neue "Asylverfahren" und seine Bedeutung für die Flüchtlinge zu verstehen, meinen wir jetzt, daß es so nicht weitergeht. Die Präsenz an vielen Punkten haben wir zuletzt eher als eine Verzettelung erlebt, zumal die zwei bis fünf Personen, die sich schwerpunktmäßig um das nächstgelegene Lager, Abschiebeknäste bzw. die Situation in der Kommune kümmern, dies zu zweit, dritt oder zu fünft oft nur als BeobachterInnen tun können. Die Begegnungen mit Flüchtlingen unter den Bedingungen von Knast, Lager oder Illegalität sind auf Dauer und ohne eine politische Perspektive einfach nur deprimierend. Schließlich hat sich gegenüber anderen Menschen aus der "Szene" eine Art "ExpertInnentum" herausgebildet, so daß es für Menschen, die sich mit Gesetzen und Ämtern nicht herumschlagen wollen, ziemlich unattraktiv ist, in die gegenwärtige Struktur "einzuklinken".

Deshalb haben wir uns vorgenommen, für einen begrenzten Zeitraum schwerpunktmässig zum Bürener Abschiebeknast zu arbeiten, und wir hoffen, daß auch andere antirassistische oder Antifa Gruppen dies richtig finden und ihre eigenen Aktionen in Büren organisieren werden. Damit wollen wir mindestens den Abschiebeknast zu einem öffentlichen Skandal machen und nach Möglichkeit den inhaftierten Flüchtlingen gegen das Knastregime den Rücken stärken.

Warum Büren?

Der Abschiebeknast in Büren steht für bürokratische Zentralisierung und gesellschaftliche Marginalisierung zugleich. Nach der Eröffnung des dritten "Hafthauses" im Bürener Knast können bis zu 600 Menschen dort eingesperrt werden. Gegebenenfalls will das Land auf dem riesigen, ummauerten Hof weitere "Hafthäuser" errichten. Mit der Eröffnung des dritten Hafthauses in Büren machte der Herner Abschiebeknast dicht, alle Gefangenen wurden nach Büren verschoben. Der Abschiebeknast Leverkusen - Opladen diente bis zu seiner Schließung (März 95) als eine Art Sammelstelle für Abschiebehäftlinge aus dem Rhein-Sieg Kreis; von dort fuhren wöchentlich Gefangenentransporte nach Büren. (Das Land behält sich vor, die "geschlossenen" Abschiebegefängnisse für größere Abschiebewellen - z.B. nach Kroatien - zu reaktivieren.) Längerfristig ist denkbar, daß einige kleineren, und deshalb teureren, Männer-Abschiebeknäste schließen, Abschiebehaft gegen Frauen in Neuss vollzogen wird, kürzere Inhaftierung in Düsseldorf-Gerresheim, in "logistisch" günstiger Flughafennähe, und Abschiebehaft gegen die "Renitenten", nicht Kooperationsbereiten und Langzeitgefangenen in Büren.

Die Zentralisation der Abschiebehaft in Büren ist Folge der auf Landesebene koordinierten Abschiebepolitik. Seit Einführung des Asylschnellverfahrens existieren im NRW-Innenministerium den verschiedenen "Stufen" des Asylverfahrens, d.h. von der "Erstaufnahmeeinrichtung" bis zur "Rückführung", entsprechende Referate. Aufgabe der Referate ist es, die Abschiebemaschinerie möglichst perfekt zu organisieren, auf Störungen und Widerstände zu reagieren und "technische"

Probleme, die einzelne Ausländerämter überfordern würden, zu lösen. Selbst Details staatlicher Gewalt gegen Flüchtlinge werden auf dieser Ebene festgelegt. Etwa die Bekämpfung von sog. "Fremdschläfern" in den Lagern. Oder, wie Flüchtlinge, die sich einmal gegen die Abschiebung zur Wehr setzten, in "normale" JVA's verschoben werden sollen, damit der Widerstand keine NachahmerInnen findet. Auch wenn die Kommunen weiterhin BetreiberInnen der Abschiebepolitik bleiben: Die gegenwärtig in der BRD stattfindenden Massenabschiebungen sind ohne eine solche, zentralisierte Planung kaum vorstellbar.

Der vernetzten Bürokratie sollen möglichst abgeschnittene Flüchtlinge gegenüberstehen. Es ist kein Zufall, daß der größte BRD-Abschiebeknast mitten im Wald steht, ca. 8 km von Büren entfernt. Alle Maßnahmen gegen die Flüchtlinge im Knast geschehen praktisch unter Ausschluß von Öffentlichkeit. Darin und in der Größe des Knasts liegt die besondere Bedeutung von Büren - etwa im Vergleich zu anderen Abschiebeknästen. Zusätzlich ist das Bürener Abschiebegefängnis Modell und Experiment für die Einrichtung weiterer Abschiebeknäste. Wie z.B. im niederländischen Tilburg, wo ebenfalls eine Kaserne zum Knast umgebaut wurde. Auch der Einsatz von "Schwarzen Sheriffs" in Büren könnte "Schule machen". Ein Knastregime, das 600 Menschen ruhighalten muß, ist auf andere "Methoden" angewiesen, als die Knastleitung in einem kleinen Knast. Zum Zweck der Aufstandsbekämpfung im Knast wurde eigens eine Abteilung Bereitschaftspolizei in die Nähe des Knasts verlegt. Rigide Repressionsmaßnahmen gegen alle, die sich dem Knastalltag nicht widerstandslos fügen, aus Wut Fensterscheiben oder Geschirr zerschlagen, oder sich auch nur laut beschweren, sind in Büren an der Tagesordnung. Menschen werden nackt in die sogenannten "Beruhigungszellen" gesperrt. Im Sommer, als "nur" etwa 160 Flüchtlinge in der ehemaligen Kaserne eingesperrt waren, wurden sie z.T. auf die leeren Zellen verteilt und in Isolationshaft gefangengehalten. Selbst "Maßnahmen" wie z.B. Essenentzug oder stundenlange Fesselung von Gefangenen zur sogenannten "Schaukel" wurden von Knastchef **Möller** gegenüber BetreuerInnen sorglos zugegeben. Psychopharmaka "verordnet" der Knastsanitäter; wie BetreuerInnen berichten, werden viele Flüchtlinge auch auf diese Weise "ruhiggestellt".

Die Zentralen Ausländerbehörden, "zuständig" für die Abschiebung der Gefangenen, versuchen Flüchtlinge einzuschüchtern, bis hin zur Mißhandlung im Zuge der zwangsweise ED-Behandlung (ZAB Dortmund). Ein Richter **Berg** am Amtsgericht Paderborn kann es sich erlauben, die Haftverlängerungen gegen die Flüchtlinge ohne die vorgeschriebenen Vorführungen zu beschließen, von der Beteiligung von RechtsanwältInnen am Verfahren ganz zu schweigen.

Was anderenorts immer noch für Aufsehen sorgen würde, geschieht in Büren ganz selbstverständlich. Die Lokalpresse schweigt und das Städtchen mauert.

Abschiebehaft wird immer häufiger verhängt. Während 1988 im Jahresdurchschnitt "nur" 60 Personen sich in NRW in Abschiebehaft befanden, sind es z.Zt. um die 1000. Das bedeutet natürlich auch, daß das rassistische Gewaltverhältnis zwischen "deutschen BeamtInnen" (bzw. "den Deutschen") und Flüchtlingen immer totaler wird.

Mit Aktionen in Büren wollen wir auch Aufmerksamkeit auf den Organisationsgrad der Flüchtlingsvertreibung lenken. Medien und Behörden versuchen weiterhin, alle Flüchtlinge mit ihrem "Einzelschicksal" allein dastehen zu lassen. Spätestens in Büren bricht diese Sichtweise zusammen. Das ist auch ein Grund, weshalb "Büren so weit weg ist"; und ein Grund für uns, diese Rechnung nicht aufgehen zu lassen. Während uns in den Kommunen vielleicht einzelne Ausländeramtscapos besonders aufregen, wird auf Landesebene Gewalt gegen Flüchtlinge von einem Typus SchreibtischtäterIn betrieben, der/die öffentlich nicht so leicht die Contenance verlieren würde. Nach wie vor finden wir es richtig, die OrganisatorInnen in die unerwünschte Öffentlichkeit zu zerren.

Abschiebeknäste stehen für die zur Zeit zugespitzteste Form von staatlicher Repression gegen Flüchtlinge. Für Flüchtlinge bedeutet Abschiebehaft schon deshalb eine existentielle Notlage, weil es kein Schlupfloch mehr gibt, sich zu entziehen und alle Handlungsmöglichkeiten beschnitten sind. Abschiebehaft bedeutet eine Gefahr für fast alle Flüchtlinge: Ob sie in den Kommunen sind, oder es bis dahin gar nicht geschafft haben. Noch mit oder schon ohne Papiere. Die Bedeutung, die Abschiebeknäste für Flüchtlinge haben, sollte sich auch in der Praxis der solidarischen, antirassistischen Gruppen widerspiegeln. Zumal Flüchtlinge in Abschiebeknästen zum Teil entschiedensten Widerstand geleistet haben (wo wir Ansatzpunkte für eine solidarische Praxis sehen, dazu gleich mehr).

Die unmittelbare Gewalt gegen Flüchtlinge im Abschiebeknast ist ein Brennpunkt des deutschen Rassismus: Draußen verstecken die Leute ihren Rassismus. Aber im Gefängnis ist er offen und direkt. (Aus einem Interview mit einem algerischen ehemaligen Abschiebegefangenen, Rundbrief des AK gegen den Abschiebeknast in Herne). "Moderate RassistInnen", die zwar "gegen Gewalt" sind, aber doch für Selektion können anhand der Abschiebeknäste und der von dort aus stattfindenden Deportationen mit dem gewalttätigen Kern ihrer Haltung konfrontiert werden. Auch das halten wir für eine Aufgabe von (überwiegend "deutschen") antirassistischen Initiativen.

Fünfzig Jahre nach Ende der Naziherrschaft in Deutschland "bewältigt" die offizielle Bundesrepublik auf eigene Weise: Nazideutschland wird zum historischen Verhängnis stilisiert, zur "europäischen Tragödie", gegenüber der den Deutschen ebenso ein Opferstatus gebührt, wie z.B. den ermordeten JüdInnen. Mit dieser "Bewältigung" können deutsche Beamte am Tag fünfzig Jahre plus eins dann wieder herangehen, Roma und andere Flüchtlinge in Kriegs- und Krisengebiete abzuschieben; für die Beamten ist das mittlerweile eine ganz normale "Arbeit" geworden. In den offiziellen "Bekenntnissen" wird verschleiert, daß Faschismus als ungeheures Verbrechen auch gestützt wurde von Verwaltung und Gesetzen. Das Handeln Einzelner und des Staates im Faschismus, das nicht unmittelbar aus Greueltaten bestand, sie aber ermöglichte, wird pauschal entschuldigt. Niemand wird das, was heute geschieht, gleichsetzen wollen mit den Verbrechen des Nationalsozialismus. Aber dadurch, daß eine politische Diskussion des NS und der Konsequenzen, die daraus zu ziehen sind, abgelöst wird durch ein historisierendes Bedauern, erreichen Regierung und Bürokratie ihr Ziel: Handlungsfähigkeit ohne die "Fesseln" der faschistischen Vergangenheit, Akzeptanz immer rassistischerer Sondergesetze und Willkürmaßnahmen gegen Nicht-Deutsche, Enttabuisierung deutscher Großmachtpolitik. Für uns sind Widerstand gegen neue Stigmatisierung und neuen Rassismus sowie Militarismus notwendige Konsequenz aus der deutschen Vergangenheit. Wir sehen in Büren einen geeigneten Ort, an die Verbrechen des Nationalsozialismus zu erinnern und der Parole "Nie wieder Faschismus" einen konkreten politischen Ausdruck zu geben.

Wir schlagen nicht vor, sich jetzt ausschließlich auf Büren zu konzentrieren. Reine Antirepressionspolitik steckt voller Fallstricke, in die auch wir nicht gerne hineinstolpern würden. *Uns ist be-

wußt, daß die beschriebene Gewalt auch in "normalen" Knästen zum Alltag gehört. Trotzdem wollen wir nicht "Knast" zum inhaltlichen Schwerpunkt machen. Im Vordergrund stehen für uns weiter der alte/neue europäische Imperialismus, die staatliche Flüchtlingspolitik und die rassistischen Gewaltverhältnisse. Weil Büren mit diesen inhaltlichen Punkten etwas zu tun hat, schlagen wir Aktionen gegen den Abschiebeknast vor und nicht nur deshalb, weil Menschen in Büren auf empörendste Weise schikaniert und angegriffen werden.

* Da wir aus der Entfernung zu den Gefangenen wohl keinen regelmäßigen Kontakt aufbauen können, würde in einer Variante "nur Büren" kein unmittelbares Verhältnis zu Flüchtlingen entstehen. Wenn wir in der bisherigen antirassistischen "Bewegung" eine positive Entwicklung sehen, dann ist das gerade eine konkreter und realistischer werdendes Verhältnis zu Flüchtlingen.

* Eine Auseinandersetzung um die staatliche Repression gegen nicht-deutsche Frauen, Gewalt von Männern gegen Frauen auf der Flucht und frauenspezifische Fluchtgründe wird sich anhand von Aktionen gegen den Abschiebeknast Büren, in dem ausschließlich Männer eingesperrt sind, aller Wahrscheinlichkeit nach nicht ergeben.

* Schließlich wollen wir keine "Hierarchisierung der Opfer", d.h. daß wir uns nur da einklinken, wo Flüchtlinge definitiv "am Schlimmsten" von staatlicher Verfolgung betroffen sind. Obwohl die die Städte nicht mehr der Schauplatz der zugespitztesten Repression sind, verschärft sich die Lage dort laufend. Wir hoffen aber, daß der hier zur Diskussion gestellte Vorschlag auf diese Fallstricke genügend Rücksicht nimmt.

Ansatzpunkte

Im letzten Jahr gab es in der BRD mindestens 3 große Knastaufstände von Abschiebehäftlingen. Am 28.4. und 1.5.94 revoltierten die Gefangenen in Büren gegen ihre Inhaftierung und die Abschiebungen. Die Revolte konnte nur durch massive Polizeieinsätze unterdrückt werden, der Knast wurde erheblich beschädigt. Neben diesen Spektakulären Ereignissen gab es eine große Zahl von Widerstandsaktionen kleinerer Gruppen von Abschiebegefangenen bzw. einzelner Gefangener. So legten Flüchtlinge allein in Büren von Anfang 95 bis Ende März drei mal Feuer im Knast. Dieser Widerstand, insbesondere der Algerier, zwang das Innenministerium im Mai 94 dazu, sich bei den Ausländerämtern für einen Stopp der Inhaftierung von Algeriern einzusetzen: Die Entwicklung, daß renitente Algerier in Einzelhaft isoliert werden müssen und sich die übliche Belegung nicht aufrecht erhalten läßt oder Zellen nach Verwüstungen nicht länger zur Verfügung stehen, hat schon jetzt zu einer spürbaren Reduzierung der Haftplatzkapazitäten geführt. Dies behindert den Abschiebungsvollzug insgesamt in erheblichem Maße. Es kann deshalb nicht im Interesse des Innenministeriums liegen, die eigene Handlungsfähigkeit über den Personenkreis der Algerier hinaus einzuschränken. (Schreiben des IM an die Bezirksregierungen)

Nach dem Selbstmord von **E.T. Tout** in Herne und den folgenden Protesten und Zelleninbrandsetzungen war der Herner Abschiebeknast immerhin soweit zum Skandal geworden, daß der Justizminister Hafterleichterungen versprechen mußte: Fernseher und Reduzierung der Überbelegung, die übelsten Schließer wurden versetzt.

Wir glauben nicht, daß wir ohne Weiteres einen "gemeinsamen Widerstand" der UnterstützerInnen und Abschiebegefangenen entwickeln können. Der Widerstand in Abschiebeknästen ist oft spontan und das Risiko, das die Gefangenen dabei eingehen, für uns schwer vorstellbar. Trotzdem gibt es einen Zusammenhang zwischen Widerstand "drinnen" und Unterstützung von "draußen". Knast ist ein System der Demütigung und Demoralisierung in "kleinen Schritten". Es ist unmöglich, gegen jede kleine Schikane zu revoltieren und deshalb bleibt am Ende oft die Anpassung an das Knastregime und die Demoralisierung, was der Knastleitung gerade recht ist. Auch "nur moralische" Unterstützung von außen hat in dieser Situation eine große Bedeutung. Selbst kleine Knastkundgebungen in Herne hatten zum Teil die Wirkung, daß Gruppen von Gefangenen einen neuen Anlauf unternahmen, sich gegen ihre Inhaftierung zu wehren: Danach habe ich gehört, daß es draußen Leute gibt, die uns unterstützen. Und als ich ihre Kundgebung vor dem Knast gesehen habe, sagte ich mir, wenn es solche Leute gibt, muß man was tun, revoltieren. (Aus dem Interview).

An anderen Knaststandorten in der BRD hat es ebenfalls Aktivitäten gegen Abschiebeknäste gegeben. z.B. gab es den Versuch einer Besetzungsaktion in Glasmoor bei Hamburg und seit ein paar Wochen lang fanden dort "Sonntagsspaziergänge" statt. Näheres findet ihr in der OFF LIMITS.

Das "bürgerlich"-alternative Spektrum und die Kirchen haben sich zu den Abschiebeknästen deutlicher geäußert, als wir das sonst von ihnen kennen. Als Beispiele für Aktionen aus diesem Spektrum seien die symbolische Entzäunungsaktion in Worms, eine monatliche Mahnwache der Knastpfarrer vor dem NRW-Innenministerium und am 27.1.95 durchgeführte Mahnwachen vor den Abschiebeknästen genannt. Der **demokratische JuristInnenverband** will sich bundesweit mit den Sondergefängnissen beschäftigen und Teile der ev. Kirche haben sich ganz gegen Abschiebehaft ausgesprochen. Wir erwarten nicht, daß sich hieraus ein "Aktionsbündnis" ergibt, aber es sind schon mal Voraussetzungen für eine Öffentlichkeit zu den Knästen. In den Medien gab es noch vergleichsweise viele Berichte über Abschiebehaft und die damit verbundenen Skandale; die Abschiebeknäste sind nicht ganz so "totgeschwiegen" wie etwa die Lager.

Wie gesagt, wir stellen uns den "Schwerpunkt" als eine Reihe von Aktionen vor und hoffen darauf, daß sich möglichst viele Gruppen und Einzelpersonen mit eigenen Ideen daran beteiligen. Das Gefängnis im Bürener Wald ist der größte Abschiebeknast in der BRD und vermutlich in Europa. Daher fänden wir es gut, wenn Gruppen von "Außerhalb" Büren nicht gleich als "nordrheinwestfälisches Problem" abstempeln würden.

Was alles gegen Abschiebeknäste und speziell das Bürener Exemplar gemacht werden kann, wollen und können wir natürlich jetzt nicht festlegen. Für den Anfang nur ein paar Hinweise: Ihr könnt dafür sorgen, daß "Büren" in eurer Stadt bekannt gemacht wird und im Gespräch bleibt. Ihr könnt auf Flugblätter und Ähnliches achten und euch an Kundgebungen und Aktionen beteiligen. Am Besten wäre es, ihr denkt euch eine eigene Aktion aus: Was im Einzelnen "läuft" soll nicht zentral koordiniert oder bestimmt werden. (Wartet nicht darauf, daß Euch das Zentralkommitee anschreibt, es gibt keins!) Aktionen und Ereignisse in und um den Bürener Abschiebeknast wollen wir über Medien, Flugblätter und den regionalen Informationen öffentlich machen, damit der Bekanntheitsgrad von "Büren" steigt und hoffentlich etwas Schwung in die Aktionen und den sogenannten Schwerpunkt kommt. Wenn ihr euch etwas ausdenkt, sorgt dafür, daß andere es auch (vorher oder nachher) mitbekommen.

Antirassistische und Flüchtlings-UnterstützerInnen-Gruppen aus NRW

Einen besonders skandalösen rassistischen Polizeieinsatz leistete sich die Kölner Polizei am Gründonnerstag, dem 13.4.95. Etwa hundert Polizisten umstellten vier Flüchtlingsbaracken in Köln-Poll. Um 7 Uhr morgens stürmten sie die Heime, in denen etwa 200 bosnische Flüchtlinge, hauptsächlich Romafamilien leben. 40 Frauen im gebärfähigen Alter wurden aufs Polizeipräsidium gebracht.

Razzia gegen Roma in Köln

Anlaß für die vom Kölner Staatsanwalt Utermann angeordnete Aktion, war der Verdacht, daß die Mutter, eines ein paar Tage vorher ausgesetzten Babys, aus den Flüchtlingsheimen stammen würde. Das Baby wurde direkt nach der Geburt ausgesetzt und in einem Gebüsch in Köln-Poll gefunden. Die Staatsanwaltschaft begründete die Polizeiaktion mit zwei angeblich "konkreten Hinweisen". So habe ein Zeuge eine Frau aus den Flüchtlingsheimen mit Kinderwagen am Fundort beobachtet. Als weitere Begründung für die Razzia wurde auf die Aussage eines Arztes der Kölner Kinderklinik verwiesen. Dieser hätte an dem Findelkind auffällige Pigmentierungen erkannt, "die man verstärkt bei Sinti und Roma" finden würde. Diese aus dem Horrorkabinet von "Dr. Mengele" zu stammen scheinende Begründung der Razzia, wurde jedoch später von der Kinderklinik dementiert. Deren Leiter erklärte, er habe der Kriminalpolizei lediglich mitgeteilt, daß das Kind wahrscheinlich "mediterranen, oder anderen südländischen Volksgruppen zuzurechnen ist".

Gynäkologische Zwangsuntersuchungen

Allen 40 Frauen, die aufs Polizeipräsidium gebracht worden waren, wurden Blutproben entnommen. 4 Frauen, die der Zeuge als Verdächtige zu erkennen geglaubt hatte, wurden direkt zur Universitätsklinik gefahren und dort zwangsmäßig gynäkologisch untersucht. Unter den 4 Frauen, war auch ein 15 jähriges Mädchen, das noch nie gynäkologisch untersucht worden war. Alle Frauen mußten unterschreiben, daß die Untersuchungen völlig freiwillig geschehcn seien. Eine Frau, die dies nicht unterschrieb, erhielt einige Tage später eine Vorladung als Beschuldigte von der Kölner Mordkommision. Der Frau, die voll Panik auf dem Präsidium erschien, wurde dort der einzige Grund der Vorladung genannt. Sie sollte noch die Erklärung über die Freiwilligkeit der Untersuchung unterschreiben. In den folgenden Tagen betonten sowohl Staatsanwaltschaft wie auch Polizei immer wieder, die betroffenen Frauen hätten überwiegend Verständnis für die Aktion gezeigt und sich allen Untersuchungen freiwillig unterzogen. In der Realität wurden die meisten Frauen bei der Polizeiaktion jedoch abgeführt, ohne daß sie bis zum Schluß den Grund der Razzia verstanden. Die Familienanghörigen gerieten in Panik, weil sie dachten die Frauen würden festgenommen und nach Bosnien abgeschoben.

Reaktionen

Anstatt Empörung beherrschte in den folgenden Tagen viel Verständnis für die Razzia die Kölner Presse. Besonders der Kölner Stadtanzeiger, der in den letzten Jahren seine offene Romahetze etwas eingeschränkt hatte, wies jegliche Kritik an dem Einsatz zurück. In Kommentaren wurde die "Verhältnissmäßigkeit" angesichts des schwerwiegendes Deliktes der versuchten Kindestötung betont. Mit Rassismus hätte das Ganze nicht im geringsten zu tun. Auch die Kölner CDU stellte sich voll hinter die Polizeiaktion, da es *"in der Natur der Sache liegt, daß bei der Suche nach einem Täter immer Unschuldige ... befragt oder verdächtigt werden"*.

Proteste gab es jedoch vom Kölner Rom e.V., sowie anderen Flüchtlings- und Frauengruppen, die auf die wiederholten Übergriffe der Kölner Polizei auf Roma in den letzten Jahren hinwiesen. Vor einem dreiviertel Jahr noch hatte der Pressesprecher der Kölner Polizei, eine vor dem Präsidium gemalte Gedenkspur, zur Erinnerung an die nationalsozialistische Verfolgung der Roma, als "Mahnung für die Polizei" bezeichnet. Was für eine Heuchelei angesichts dieses Einsatzes, bei dem Staatsanwaltschaft, Polizei, Ärzte und Medien beispielhaft im rassistischen Konsens zusammenwirkten. Mehrere Gruppen riefen für den 22.4. zu einer Demonstration aus Solidarität mit den Roma-Frauen auf. Aus dem Aufruf: *"Massenhaft werden Frauen einer Minderheit zur polizeilichen Zwangsuntersuchung geführt - Frauen, die nicht einmal verstehen, was mit ihnen geschieht, Frauen, deren Eltern unter Umständen vor 50 Jahren schon einmal von der damaligen Staatsgewalt abgeführt wurden - in die Todeslager der Nazis. Können wir uns vorstellen, daß in gleicher Weise die Polizei in Köln einen ganzen Wohnblock umstellt und die weißen, deutschen Frauen morgens um 7.00 Uhr aus den Betten holt, um sie zur medizinischen Untersuchung ins Polizeipräsidium zu bringen?"*

Zu der Demonstration kamen etwa 300 Menschen und es fand in der Innenstadt eine Kundgebung statt, auf der eine betroffene Roma-Frau von der Razzia berichtete. Der Kölner Stadtanzeiger halbierte im darauffolgenden Bericht die Zahl der DemonstrantInnen und füllte seinen dünnen Bericht mit Zitaten von PassantInnen auf, die die Polizeiaktion als gerechtfertigt bezeichneten.



Demonstration vor dem Kölner Polizeipräsidium gegen die Razzia

Seit Mitte 91 entstanden im Umfeld der rechtsextremen Jungen Freiheit sogenannte Lesekreise. In diesen tummeln sich ganz nach örtlichen Gegebenheiten militante Neonazis aus FAP und NPD/JN bis hin zu Mitgliedern der CDU und Jungen Union. Vor kurzem hat der Verfassungsschutz NRW als erster die Überwachung der Lesekreise angeordnet.

JF-Lesekreise - Von Schwarz bis Braun

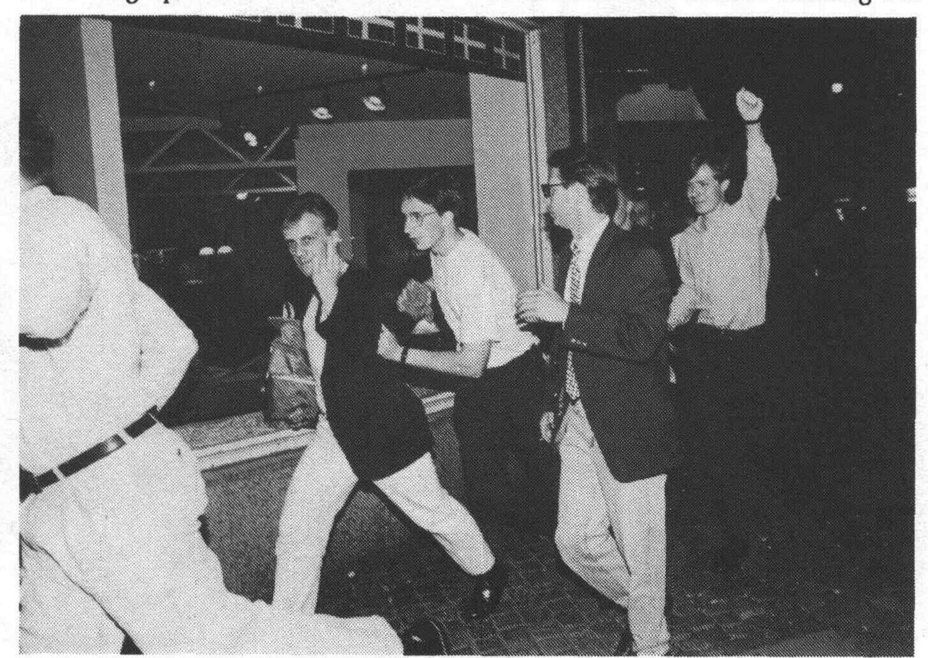
Enstehung und Funktion der Lesekreise

Die Idee solcher Lese- und Gesprächskreise ist keineswegs neu. Die durch die Autorenschaft eng mit der Jungen Freiheit verbundene Zeitschrift **Criticon** organisiert schon seit Jahren Lesekreise bei denen Redakteure als Referenten auftreten. Geschichtlich bezieht sich die Junge Freiheit auf die sogenannten **"Jungkonservativen Klubs"** der Weimarer Republik. Diese akademisch geprägten Zirkel dienten den Ideologen der Konservativen Revolution als Gedankenschmieden und waren wichtige Wegbereiter des Nationalsozialismus.

Die Namen, die sich die Lesekreise im Umfeld der Jungen Freiheit geben, sind von Ort zu Ort verschieden. Sie reichen von *Konservativer Gesprächkreis"* über *Kultureller* Arbeitskreis bis hin zum *Jungkonservativen Klub*. Zu Hochzeiten im Frühjahr 94 gab die JF die Anzahl der Lesekreise mit 46 an. Von diesen werden Vortragsveranstaltungen und Diskussionsrunden aber auch "kulturelle" Erlebnisse organisiert. Gezielt sollen mit den Lesekreisen Multiplikatoren aus den Bereichen Politik, Wirtschaft und Hochschule angesprochen werden. Von der Bildung solcher parteiunabhängiger informeller Strukturen versprechen sich die Ideologen der JF ein Einsickern ihres Gedankengut in breitere Schichten der Bevölkerung und damit eine maßgebliche Beeinflussung der gesellschaftlichen Diskussion. Zur bundesweiten Koordinierung und als Identifikationsangebot der Lese- und Gesprächskreise dienen die sogenannten JF-Sommeruniversitäten die 1993 und 94 stattfanden. Waren es 94 nur noch 50 TeilnehmerInnen und eine Referentengarde der zweiten Reihe, so hatte ein Jahr zuvor die JF-Sommeruni in Ravensburg noch ca. 70 SeminarteilnehmerInnen. Referenten von **Republikanern (Rolf Schlierer), Deutsche Liga** und **FPÖ (Andreas Mölzer)** traten dort ebenso wie Leiter und Delegierte der Lesekreise auf. (Aus NRW hielten u.a. Hans Wahls (Köln), Franz Uhle Wettler (Meckenheim) und Ulrich Mutz (Bonn) Referate.

Von Schwarz bis Braun

In den JF Lese- und Gesprächskreisen kennt man keine Berührungsängste. Die Abgrenzungsbeschlüsse der Republikaner oder gar der CDU gelten hier nicht. Der JF Mitherausgeber und Dauerreferent Hans Ulrich Kopp beschreibt dies in der JF-Ausgabe vom 1.7.94 so: Diese Lesekreise "seien so vielfältig wie



Köln, Mai '93: JF-Lesekreisteilnehmer auf der Flucht

JF-Lesekreise in NRW

Bonn
Lange Zeit scheint der Lesekreis in Bonn nicht bestanden zu haben. Zwar wurden seit 1993 per Anzeige Interessenten gesucht, aber erst im Mai 94 fand eine Veranstaltung unter dem Namen **Konservativer Gesprächskreis Bonn** statt. Referent war **Franz Uhle Wettler** (Generalleutnant a.D.) zum Thema "Gedanken zum deutschen Militarismus". Einlader für den Gesprächskreis war **Alexander Peterelt**, der über Kontakte zur **FAP** verfügt.

Südwestfalen/Bergisches Land
Bekannt wurden mehrere Treffen des **Ökologisch-konservativen Arbeitskreises Südwestfalens/ Bergisches Land**, die in Hagen stattfanden. Zu Themen aus dem ökologisch und religiösen Bereich kamen Anfang 93 ein bis zwei Dutzend TeilnehmerInnen. Den Vorsitz führte **Leif-Thorsten Kramps** aus Fröndenberg. Unter den TeilnehmerInnen, wo Jugendliche bis hin zu Rentnern das gesamte Altersspektrum vertreten waren, befanden sich auch Leute aus dem militanten Neonazilager. So war u.a. **Jirka Buder** (FAP-St.Augustin) und FAPler der "Kameradschaft Hagen" auf den Treffen anwesend.

Aachen
Dort wurde der **Konservative Gesprächskreis Aachen** am 3.6.94 gegründet. Den Gründungsaufruf hatte die Redaktion der JF selber an alle AbonnentInnen verschickt. Als erster Referent trat denn auch **Hans Ulrich Kopp** auf. Gesprächsleiter des GK waren **Wolf-Rüdiger Jörres** aus Aachen sowie **Reinhard Wolter**. Der mehrfach wegen Körperverletzung vorbestrafte Wolter ist ehemaliger FAP-Kreivorsitzender Aachens und jetzt bei der **NPD** aktiv. Auch die Referenten auf den monatlich stattfindenden Gesprächskreisen, Frühschoppen, und Liederabenden, zeigen in die militante Szene. So referierte neben **Manfred Rouhs** von der Kölner **Deutschen Liga** auch der NPD-Vorsitzender **Günther Deckert** und auf einem Liederabend spielte der Nazibarde **Frank Rennicke**. Anwesend waren neben dem örtlichen REP und Burschenschaftspektrum auch die gesamte militante Szene um die JNler **Sascha Wagner** und **Michael Prümmer**.

Ruhrgebiet
Verantwortlich für den Gesprächskreis Ruhr, der das Gebiet Bochum, Dortmund, Essen umfassen soll, ist

der Dortmunder Claus-Georg-Pleyer. Dieser inserierte schon 1991 für den Gesprächskreis. Im Dezember 91 erhielten InteressentInnen denn auch eine Einladung zum Gesprächskreis ins Dortmunder Kolpinghaus. Auch in der Folgezeit fällt Pleyer, der im Januar 1990 freier Mitarbeiter der nationalrevolutionären Zeitschrift "Wir selbst" war, durch Annoncen für den GK auf. Im Mai 93 wirbt er für diesen auf einer Burschenschaftsversammlung in Dortmund.

Münster
Für einen Leser- und Gesprächskreis Münster wird seit langem in der JF annonciert. Verantwortlich zeichneten hierfür Arnd von Rüden und Stefan Leschniok. Leschniok inseriert in der JF ebenfalls im Auftrag des CKDF-Beziksforum, um rechte CDU/JU Mitglieder zu gewinnen.

Köln
Für Köln war die Gründung eines JF-Lesekreises Köln per Kleinanzeige angekündigt worden. Bekannt geworden ist lediglich eine Veranstaltung am 11.5.93 im Kölner Kolpinghaus. Zu dieser hatten Sebastian Prinz (ehemals Deutschlandforum der CDU) und Heinz Schmolke (Kölner REP) ins Kölner Kolpinghaus eingeladen. Dieter Stein von der JF sollte persönlich erscheinen. Bei der Veranstaltung schien es sich um ein überregionales Koordinierungstreffen gehandelt zu haben, da neben den lokalen DLern, REPs und Leuten wie Hans Wahls aus Köln (Publizist und Geschichtsrevisionist vom ZFI) sowie Ulrich Mutz aus Bonn (ex-RFSler), auch der Leiter des Dortmunder Leskreises Claus-Georg-Pleyer, sowie die Leiter der Münsteraner Lesekreises Stefan Leschniopk und Arnd von Rüden, mit einem Holger Sitter aus Stuttgart anwesend waren. Das Treffen fand auf Grund einer Demonstration von Antifas nicht statt. Seitdem hielten sich die Kölner Lesekreisler öffentlich bedeckt.

Krefeld
Für Krefeld wurde eine Zeitlang für die Gründung eines konservativen Stammtisches geworben. Auch ein Krefelder Gesprächskreis Deutsche Politik, über die Kontaktadresse Gesamtdeuscher Studentenverband HGrKR, warb in der JF bis wann?

Bielefeld
Für die Gründung eines konservativen Gesprächkreises wurde monatelang per Kleinanzeige in der JF geworben. Kontaktadresse: **Kultureller AK Bielefeld** mit dem Postfach 101782, in 33517 Bielefeld.

es die bunten Alternativen von Rechts nun mal sind". Unter bunt versteht Kopp wohl das Farbspektrum von schwarz bis tiefbraun. Auch an den Lesekreisen in NRW zeigt sich dies deutlich (siehe nebenstehenden Kasten). Erwähnt sei hier zum einen der Konservative Gesprächskreis Aachen, der maßgeblich von Kadern der FAP, Wiking Jugend und der Jungen Nationaldemokraten geleitet wird. Als Lesekreisleiter fungiert hier der ehemalige FAP Kreisvorsitzende und notorische Gewalttäter Reinhard Wolter. Als Referenten traten hier nicht nur Kopp selber sondern auch der NPD Vorsitzende Günter Deckert, der über das Mannheimer Urteil berichtete, auf. Als kulturelles Ereignis wurde ein Konzert mit dem Wiking-Jugend Liedermacher Frank Rennicke organisiert. Beides sind Veranstaltungen der Art, wie sie noch vor einem Jahr im Raum Aachen von NPD und WJ organisiert wurden. Der Konservative Gesprächkreis Aachen scheint damit von Mitgliedern verbotener Organisationen (FAP,WJ) und vom Verbot bedrohter Organisationen (NPD, JN) genutzt zu werden, um die Verbote auf regionaler Ebene zu umgehen.

Als anderes Beispiel ist der Lese- und Gesprächskreis Münster zu nennen. Dieser wird u.a. von Stefan Leschniok organisiert, der ebenfalls für das Christlich Konservative Deutschlandforum der CDU aktiv ist.

Aber es verhält sich nicht nur so, daß in den jeweiligen Regionen einmal das militante Spektrum und ein andermal das konservativ-rechte Spektrum die Leserkreise für sich nutzt. Vielmehr ist der CDUler, der mit dem FAPler zusammen auf einem JF-Lesekreistreffen sitzt, nicht die Ausnahme sondern die Regel. Dies macht die ganze Bandbreite der in den JF Lesekreisen organisierten Personen und Gruppierungen deutlich.

Lesekreise konspirativ

Zunehmend setzen sich die Lesekreise immer konspirativer zusammen. Warben bis November 94 noch viele Lesekreise auf der Kleinanzeigenseite der JF um neue Teilnehmer, so verschwand die Kleinanzeigenseite der JF und somit auch die öffentliche Werbung für die Lesekreise danach völlig. Schrieb früher die Redaktion der JF persönlich ihre AbonnentInnen in den einzelnen Regionen an, um sie zur Teilnahme an den Lesekreisen zu bewegen, so werden mittlerweile selbst Anfragen für die Lesekreise nicht mehr beantwortet. Im Falle des Konservativen Gesprächskreis Aachen wurden die JF AbonnentInnen von der Chefredaktion angeschrieben und ihnen die Gründung des Lesekreis und die Anschrift des Lesekreisleiters mitgeteilt. Mittlerweile läuft die Werbung für die Leserkreise nur noch über persönliche Kontakte, was die angestrebte "Vielfalt" der Lesekreise sehr in Frage stellt.

Zu dieser Entwicklung hat neben vielen antifaschistischen Aktivitäten in den letzten Jahren, die sich gegen die JF und auch deren Lesekreise richteten, sicher auch der Umstand beigetragen, daß das militante Nazispektrum dort einen festen Platz gefunden zu haben scheint. Mittlerweile stehen die überparteilichen Kontakte von REPlern, DLern, Burschenschaftlern, CDUler und FAPlern auch im Blickpunkt des Verfassungsschutzes. In NRW verbreitet dieser seit neusten die tiefschürfende Erkenntniss, daß dort Zirkel entstanden sind, in denen der "diffus auftretenden neuen Rechten" eine Struktur verpaßt werden soll.



Arnd von Rüden (links) spielt Verstecken bei gescheitertem Kölner Treffen

Polizei und Staatsanwaltschaft im Anti-Antifa-Schulterschluß mit den REPs

Am 2. Oktober letzten Jahres wollten die Bochumer Republikaner eine Wahlkampfveranstaltung in der von ihnen häufig frequentierten Kneipe **Stiepeler Bauernstuben** abhalten. Zeitgleich mit den REPs traf aber eine Vielzahl von Antifas ein, die sich kurzerhand entschlossen, der Veranstaltung "beizuwohnen" und mit in den Tagungsraum gingen. Dem um das Ansehen seiner Gastronomie bemühten Wirt war dies zuviel und er schmiß kurzerhand alle raus. Die genervten REPs, unter ihnen **Uschi Winkelsett** vom Bundesvorstand, zogen daraufhin ab und hielten ihre Sitzung in trauter Runde am privatem Orte ab.

Soweit zur Vorgeschichte. Nun zum Eigentlichen:

Mit einer Anzeige wegen Störung einer Versammlung wendete sich der Kreisvorsitzende **Wilfried Maehler** an die Polizei und die Staatsanwaltschaft. Er gab dabei an, eine Grüne Lokalpolitikerin erkannt zu haben. Als Zeugen dienten ihm dabei sein Parteigenosse **Wolf-Dieter Varney** und ein gewisser **Heinrich Brinkmann**. In den darauffolgenden "Ermittlungen" versandte die Staatsanwaltschaft an die Lokalpolitikerin einen Strafbefehl über 600,- DM und die Abteilung polizeilicher Staatsschutz des Bochumer Polizeipräsidiums legte den REPs zweimal Lichtbildmappen vor, in denen 111 Männer und 31 Frauen der politischen Linken abgebildet waren. Für die REPs schien mit dem Einblick in die Polizeiunterlagen der Zweck ihrer Anzeige wohl erreicht worden zu sein. Sie zogen die Anzeige wegen Störung zurück.

Es stellt sich nun die Frage, ob es sich hier um eine bewußt politische Kumpanei seitens der Polizei mit den Rechtsextremen handelt oder um eine "normale" polizeiliche Maßnahme. Eine behördliche Maßnahme in der bundesdeutschen Normalität, in der allein Linke als politische Gefahr gelten und gegen diese auch jedes Mittel recht ist; selbst die Weitergabe von behördlichen Informationen an Rechtsextreme, die der Verfassungsschutz beobachtet.

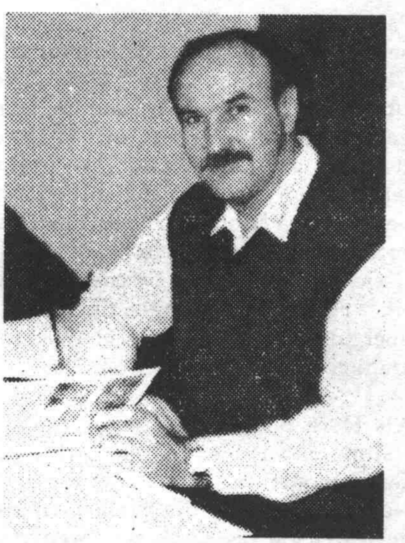
Sieht man sich hingegen die skandalös schlampigen Ermittlungen der Bochumer Polizei im Fall der Hattinger Brandanschläge am 5.6.`93 und den ungeklärten Brand an der Hernerstr. am 22.6.`94 in Bochum, bei dem der neunjährige Eisam erstickte, an, wird ersichtlich, welche Fandungsbemühungen rechtsradikalen Mordanschlägen gezollt werden.

Der Umgang mit polizeilichen Erkenntnissen und Lichtbildkarteien ist in Bochum und Umgebung nichts Neues. Als Ende der 80iger Jahre eine Schlägerei zwischen Antifas und FAPlern durch die Porzellanabteilung bei Horten in Witten fegte, legte die Polizei den FAPlern Lichtbildkarteien von Antifas vor. Diese beschuldigten auch nicht Anwesende der Beteiligung an der Schlägerei, worauf diese ein Ermittlungsverfahren bekamen und die Faschisten die Adressen der Antifas. Ein Verfahren wurde nie eröffnet. Vermutlich wurde auch hier später die Anzeige zurückgezogen und diente nur der Ermittlung von Namen von Antifas. Ein weiterer Fall ist der Überfall der FAP 1988 auf eine tamilische Flüchtlingsunterkunft in Witten. Hier legte die örtliche Polizei den Tamilen vierzig Fotos vor, von denen 37 Fotos AntifaschistInnen zeigten. In diesem Fall konnten die Tamilen beim besten Willen keine Faschisten identifizieren und den begangenen Straftaten zuordnen. Dies war auch scheints nicht das Anliegen der Polizei. Es genügte herauszubekommen, mit welchen Linken die Tamilen Kontakt pflegten.

Daß die REPs nun in ihren Anti-Antifa-Bemühungen mit dem durch die Polizei gegebenen Einblick etwas anzufangen wissen, liegt auf der Hand, war doch der "Kreiskameradschaftsführer" der Anti-Antifa-Gruppe **Volkswille** eifriger Besucher der REP-Stammtische in Bochum. Und das weiß auch die Abteilung polizeilicher Staatsschutz nur allzu genau.

Die Grünen gingen mittlerweile mit dieser Polizeipraxis an die Öffentlichkeit und werden auch im Landtag eine Anfrage dazu stellen.

Polizeisprecher **Eckart Reister** versucht, den Sachverhalt mit der Begründung, daß "wir Wahlkampf haben und jetzt eine Sache aus Oktober 1994 hochgekocht wird" herunterzuspielen und sieht keine Veranlassung zur Sorge (WAZ 4.4.`95). Der Herr Oberstaatsanwalt **Manfred Stahlschmidt**, Leiter der politischen Abteilung am Bochumer Gericht, weiß über gar nichts Bescheid. Vielleicht kann er sich wenigstens noch an sein Interview in der WAZ erinnern. Dort erwähnte er, daß er während seiner fünfjährigen Leitung der politischen Abteilung keine Person wegen linksextremistischer Handlungen zur Rechenschaft hätte ziehen müssen, die von rechts aber nicht mehr zählen könne. Vermutlich auch für Herrn Stahlschmidt kein Anlaß zur Sorge.



CDU-Mitglied und Staatsschutz-Chef Rolf Greulich beim Vorlegen von Lichtbildkarteien

Kleines Lehrstück zur Entpolitisierung rechter Straftaten

Als Herr B. am 28.1.1994 durch den Bochumer Hauptbahnhof ging, beobachtete er, wie eine sechsköpfige Gruppe junger Männer einen Einzelnen zusammenschlug. In Kampfsportmanier, mit Gegenständen und Gürteln schlugen sie auf den am Boden liegenden ein und schrieen: "Du linke Sau" und "Scheiß Autonomer". Bevor Herr B. die Gruppe erreichte, flüchtete diese aus den Bahnhof vor der anrückenden Polizei. Ein Zivilbeamter bestätigte Herrn B., daß es sich hier um einen Überfall von Rechten gehandelt hätte. Herr. B stellte sich den Beamten als Zeuge des Vorfalls zur Verfügung.

Einige Zeit später bekam Herr B. eine polizeiliche Vorladung, um seine Aussage im Polizeipräsidium zu Protokoll zu geben. Als Herr B. die Parolen der Schläger zu Protokoll geben wollte, staunte er nicht schlecht. Der Beamte sagte zu ihm, daß die gehörten Haßparolen seine rein subjektive Wahrnehmung seien und er ihn nur indoktrinieren wolle. Er würde sich weigern, diese Parolen ins Protokoll aufzunehmen.

Am 13. und 20.1.95 kam es dann zur Verhandlung am Bochumer Gericht. Angeklagt waren nun fünf der sechs Täter. Und dies nicht nur wegen der einen Schlägerei, die sie angezettelt hatten. In der besagten Nacht vom 28.1. sind die Täter mindestens dreimal über

Passanten in der Bochumer Innenstadt hergefallen und haben ihre Opfer aufs Übelste zusammengeschlagen. Zwei Überfälle standen zur Verhandlung. Vier der Überfallenen sagten jeweils ähnliches aus. Ohne Anlaß und Vorwarnung seien sie von den sechs angegriffen worden. Dem im Bahnhof Überfallenen versuchten sie, eine Gürtelschnalle durchs Gesicht zu ziehen und brachen ihm mit einer Flasche einen Finger. Er wurde so übel zugerichtet, daß er sechs Wochen krankgeschrieben werden mußte.

Als Herr B. seine Aussage machte, staunte er wieder nicht schlecht. Das Gericht unter dem Vorsitz der Richterin Noesselt ging über die Parolen der Angeklagten hinweg. Es befragte weder die Geschädigten, die Angeklagten noch den Polizeibeamten, der als erster am Bahnhof gewesen war und von einem Überfall von Rechten sprach, zu den Parolen. Es erfolgte ein sehr mildes Urteil zugunsten der Schläger, deren Reue sichtbar geheuchelt war. Obwohl das Gericht dem politischen Sachverhalt in keinster Weise nachging, schloß es in seiner Urteilsbegründung aus, daß die Angeklagten sich ihre Opfer am äußeren Erscheinungsbild ausgesucht hätten. Eine Farce. Gerade an der Kleidung und dem Verhalten der Opfer war zu erkennen, daß sie einer proletarischen, aber eher unpolitischen Subkultur angehörten. In Abwesenheit der Geschädigten schlug das Gericht fürsorglich den Anwälten der Schläger noch vor, ein kleines Schmerzensgeld für die Opfer springen zu lassen, bevor diese sich überlegen könnten, dieses juristisch einzuklagen.

Bei den Schlägern handelt es sich mit großer Wahrscheinlichkeit nicht um organisierte Rechte. Aber so alltäglich, wie diese sich die Opfer ihrer Männergewalt unter Minderheiten suchen, so normal ist die Verweigerung der Polizei und der Justiz, das als Motivation zur Kenntnis zu nehmen.

Rassistischer Gastwirt

Im März diesen Jahres kam es vor der 4. Strafkammer des Bochumer Landgerichts zu der Revisionsverhandlung eines Prozesses, dessen Anlaß ein Ereignis im Juli 1993 war.

In der Nacht vom 16. auf den 17. Juli 1993 wollte der Gastwirt **Gerd Hörmann**, der an der Castroper Straße die Stammkneipe des VFL Bochum **Haus Frein** betreibt, zusammen mit fünf anderen Gästen seines Lokals in die Innenstadt fahren. Deswegen bestellten sie zwei Taxen. Eine der Taxen wurde von einem türkischen Mann gefahren. Als Hörmann dies bemerkte, schmiß er dem Taxifahrer ein "Mit dir Kameltreiber fahren wir nicht" an den Kopf. Daraufhin stieg er mit drei anderen bei der deutschen Taxifahrerin ein. Dort hetzten er und seine Kollegen über AusländerInnen und meinte: "Alle Deutschen müßten sich Waffen anschaffen und Ausländer abknallen". Als die Taxifahrerin sich dererlei Äußerungen verbat, wurde sie von Hörmann als "Ausländerfickerin" betitelt. Kaum hatten die Taxis die Fahr"gäste" an der Discothek **New Orleans**, die Hörmanns Frau gehört, abgeliefert, kam es nach einer versehentlichen Doppelbezahlung zu erneuten Pöbeleien und Handgreiflichkeiten von Hörmann und seines Kollegen **Hartmann**. Die herbeigerufen Polizeibeamten verfrachteten Hörmann und Hartmann auf die nächste Wache. Beide hetzten weiter gegen AusländerInnen. Hörmann: "Ich habe eine Smith & Wesson, damit kann ich alle Türken Kreuzbergs abknallen." Für die Polizei hatten die beiden folgendes übrig: "Ihr seid Arschlöcher, glaubt einem Ausländer mehr als einem guten Deutschen", "Scheißbullen", "Kanackenfreunde", "Stasibullen" u.ä.. Auf der Wache tönte Hörmann, daß ihnen das noch leid tun würde. Sein Schwiegersohn sei Polizist und er hätte exzellente Beziehungen zum Polizeisportverein. All dies nutzte ihm nichts. Auch daß sich im ersten Prozeß ein Polizeihauptkommissar für ihn einsetzte, half nichts. Wegen Beleidigung, Aufforderung zur Gewalt, Störung des öffentlichen Friedens, Volksverhetzung und Körperverletzung wurden er und Hartmann am 18.8.1994 verurteilt. Zusätzlich sollte er der Taxifahrerin Schmerzensgeld zahlen. Das erschien dem 54jährigen Hörmann - als angesehener Kneipier und Bewirter der VFL-Mannschaft - nicht einsichtig. Das Landesgericht bestätigte aber das Urteil und da Hörmann allein schon ein monatlichen Verdienst von 6000 DM aufzuweisen hat, berechnen sich seine Tagessätze nun auf insgesamt 23400 DM.

FFD-Nachfolgeprozesse

Nach dem am 25. August 1993 das NRW-Innenministerium den **Freundeskreis "Freiheit für Deutschland"** (FFD) verboten hatte, fanden zahlreiche Hausdurchsuchungen bei dessen Funktionären statt. Auch die konspirativ gehandhabte und getarnte Geschäftsstelle in der Schürbankstr. 20 in Bochum wurde durchsucht. Dort stellte die Polizei eine Kartei mit über 1200 Namen und Adressen von Beziehern der FFD - Flugblätter sicher. Laut WAZ vom 30.7.`94 ging die Staatsanwaltschaft allen Namen nach und leitete rund 2000 Ermittlungsverfahren ein. Von drei Prozessen in Wetzlar, Magdeburg und Mannheim, die im Zusammenhang mit dem FFD stehen, hat die NRW-Zeitung bisher Kenntnis erhalten.

In Wetzlar mußten sich zwei Altnazis als Bezieher und Verteiler der FFD-Propaganda dem Amtsgericht stellen (WNZ 30.4.`94). Während der 67jährige gebürtige Sudetendeutsche aus Steindorf gegen Zahlung eines Geldbetrages um den öffentlichen Prozeß herumkam, erschien der 63jährige Büblinghausener **Friedrich Illian** zur Verhandlung. Wegen Verunglimpfung des Staates und Verstorbener und wegen Volksverhetzung wurde er zu 9 Monaten auf Bewährung verurteilt. Illian ist seit 1965 aktives Mitglied der NPD, Mitbegründer der HNG und zeitweise auch Schriftführer im Bundesvorstand der HNG gewesen.

In Magdeburg verwarf das Landgericht am 22. August `94 die Berufung eines in erster Instanz wegen Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhaß zu einer Bewährungs- und Geldstrafe verurteilten Mannes. Der 45jährige Rechtsextremist und Mitbegründer der Deutschen Liga verteilte zwischen 1991 und 1993 mehrere tausend FFD-Flugblätter in Magdeburg (FR 23.8.`94).

In Mannheim stand im letzten Oktober der 69jährige Oberstleutnant a.D. **Friedrich Hausen** wegen des Verdachts auf Volksverhetzung vor dem Landgericht. Es konnte ihm aber nicht nachgewiesen werden, ob er die bezogenen FFD-Flugblätter auch verteilt hatte. Auch, daß er im Oktober 1990 vor der NPD Rhein-Neckar auf Einladung **Günther Deckerts** einen Vortrag zur "Sicherheitspolitik nach der Wende" gehalten hatte, konnte nicht bewiesen werden. Die geladenen Zeugen des FFDs, **Demolsky, Fuchs, Bluschke** sowie die NPDler **Deininger** und Deckert trugen nichts Erhellendes bei. **Ekkehard Weil** erschien erst gar nicht. Hausen, der nach 26 Jahren Bundeswehrzugehörigkeit Vorträge vor Soldatenverbänden hält und Herausgeber eines Soldatenjahrbuchs ist, ließ sich von Rechtsanwalt **Thor von Waldstein** verteidigen. Der Prozeß endete mit einem Freispruch mangels Beweisen (MM 28.9. - 20.10.1994).

Wie wichtig der FFD und die dahinter stehenden **Unabhängigen Freundeskreise** (UFK) für die Organisation und die Propaganda der NS-Szene sind, wird

schon durch den Personenkreis der Angeklagten ersichtlich. Falls unsere LeserInnen über Informationen von FFD-Prozessen verfügen, bitten wir sie, diese der NRW-Zeitung zukommen zu lassen.

Hausdurchsuchungen wegen Unabhängigen Nachrichten

Am 31. Januar wurde der **Werner Symanek Verlag** in Bingen durchsucht. Der 30jährige **Symanek**, dessen "Verlag und Agentur" vormals seinen Sitz in Gladbeck hatte, druckt und verschickt die **Unabhängigen Nachrichten** der Unabhängigen Freundeskreise.

Auf Antrag der Staatsanwaltschaft Mainz wurde im Februar auch die Wohnung des **Volkswille-Chefs Marc Meier zu Hartum** in Bochum-Wattenscheid durchsucht. Es ging um die Herstellung und Verbreitung der UN. Nach fünf Tagen bekam der Anti-Antifa-Chef seinen beschlagnahmten PC wieder.

UAP - Parteitag

Der 17te Parteitag der **Unabhängige Arbeiter - Partei e.V.** fand am Anfang diesen Jahres in Bochum statt. Die UAP versteht sich als "einzige deutsche Arbeiterpartei im Sozialrevolutionären Geist Lasalles und im nationalrevolutionären Geist Strassers" und gibt seit ihrer Gründung am 21.1.1962 die Zeitung Reichs-Arbeiter Zeitung/sozialistisch-national heraus.

Ihre Anhängerschaft ist klein und kommt vor allem aus dem Ruhrgebiet. So hat das Zentralbüro in Essen seinen Sitz, und auch die auf diesem Parteitag gewählten Kandidaten kommen schwerpunktmäßig aus dem Ruhrgebiet, wie u.a. **Erhard Kliese** (Essen), **Ulrich Villmov** und **Heinz-Werner Walkenhorst** (beide Hattingen), **Franz Muhri** und **Heinz Bosbach** (beide Bochum) und **Rainer Weber** (Kaarst bei Düsseldorf).

Alle hier genannten sind seit mindestens 1987 Mitglied im Parteivorstand bzw. im Zentralbüro.

Das Bochumer Ehepaar Bosbach, das auch zum Kommunalwahlkampf antrat, betreibt das Kleintransportunternehmer Bosbach, dessen Fuhrpark sich auf der Josephstr. befindet. In der Eckkneipe derselben Straße feiern sie auch des öfteren unter aufgehängten Gewehren und Südstaatenflaggen in ihrem Country- und Westernclub.

In der Presse verkündet Norbert Weidner seinen Ausstieg

Unmittelbar nach dem Verbot der **FAP** verkündete der stellvertretende Landesvorsitzende Norbert Weidner seinen Ausstieg aus der Neonaziszene unter anderem im STERN. Er distanzierte sich aber nicht von seinem neonazistischen Gedankengut, sondern schilderte seinen Frust über die schlechten Führungsqualitäten der FAP Kader. Sein sogenannte Ausstieg wurde in der lokalen Neonaziszene mit gemischten Gefühlen aufgenommen. Zum einen bezweifelt man die Ernsthaftigkeit des Ausstieges und sieht darin eher einen taktischen Winkelzug gegenüber den Ermittlungsbehörden. Zum anderen wurde ihm angelastet sich in der letzten Zeit gegen die Ideale der rechten Szene zu verstoßen, so fährt Weidner regelmäßig auf Technopartys um sich dort zudröhnen zu lassen. So bleibt es letztendlich abzuwarten, ob Weidner nach einiger Zeit wieder als Organisator von rechten Fußtruppen in Erscheinung tritt, oder ob er vorher an Ecstasy zugrunde geht.

FAP Verbot, Szene dennoch weiter aktiv

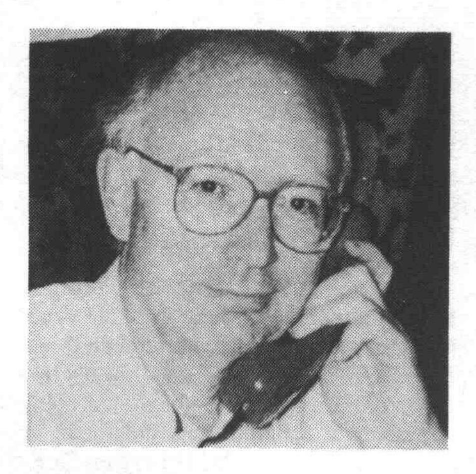
Am 24.2.95 erfolgte mit dem Verbot der FAP auch eine umfangreiche Haussuchungswelle bei den Bonner FAPlern. Brisantes Material konnte von den Beamten nicht gefunden werden. Dafür hatten die Kameraden auch schon frühzeitig gesorgt. Bereits vor einem Jahr hatte Weidner im Rahmen eines Prozesses einem Richter mitgeteilt, daß er als FAP Führer alle seine Unterlagen und Propagandamaterial abgebunkert habe, da er mit einem baldigen Verbot seiner Organisation rechne. Was Weidner recht war, wird seinen Kameraden nur billig gewesen sein und so ging die Polizei bei den fünf Haussuchungen in Bonn und im Rhein-Sieg-Kreis leer aus. In der Zeit nach dem Verbot hat es jedoch keinen Abbruch der FAP Aktivitäten gegeben, die Aktivisten sind weiterhin in ihren Kreisen aktiv. Im Bereich Lohmar tauchten Aufkleber einer **"Vereinigten Rechten Lohmar"** (VRL) auf, die in Zusammenhang mit einer Gruppierung aus Berlin, den **"Sozialrevolutionären Nationalisten"** steht. Einschätzend ist über den Zustand der militanten Neonazistruktur in Bonn und dem Rhein-Sieg-Kreis festzustellen, daß die Szene qualitativ und vor allem quantitativ unter den eigenen Versuchen der Umstrukturierung hin zu einer autonomen Zellenstruktur sowie den Verboten von FAP und WJ stark gelitten hat.

NPD kaum noch aktiv

Kaum besser als der militanten Szene ergeht es zur Zeit der NPD um den ehemaligen Leiter der **"Initiative Gesamtdeutschland" (IG), Hans-Peter Krieger.** Nach den verhaltenen Aktivitäten zur Kommunalwahl im Oktober 94 sind die Aktivitäten der von **Wolfgang Nahrath** unterstützten NPD-Gruppe in Bonn nun vollständig versandet.

Bendigung des Verfahrens Knütter gegen Stadtzeitung Schnüss

Anfang März kam es vor dem Bonner Amtsgericht zu einem Vergleich im Rechtsstreit zwischen dem C4 Professor **Hans-Helmut Knütter** und der Bonner **Stadtzeitung Schnüss.** Von dem getroffenen Vergleich bleiben die zentralen Vorwürfe des Stadtmagazins unberührt, in denen gesagt wurde, daß wo Knütter wirke, die Rechten nicht weit sind. Das dies auch heute noch zutreffend ist zeigen Knütters letzte Auftritte in rechter Gesellschaft. Zusammen mit über 200 anderen gehört er zu dem Aufruferkreis gegen die offiziellen Gedenkfeierlichkeiten zum 8. Mai unter der Federführung von **Rainer Zitelmann.** Sein krudes Geschichtsbild zum 8. Mai gab er dann auch noch in einem einseitigen Artikel in der **Jungen Freiheit** (v. 21.4.95) zum besten.



Hans-Helmut Knütter

Erfolg und Schlappe für Rep

Der Dortmunder Studienrat für das Fach Geschichte, Waldemar Stanko, wurde im Oktober 1994 wegen seiner Bundestagskandidatur für die Republikaner vom Schuldienst suspendiert. Nun hob der Regierungspräsident in Arnsberg diese Suspendierung auf. Stanko erhält seine Bezüge ab sofort wieder in voller Höhe. Er ist Kreisvorsitzender der Republikaner in Dortmund und Landtagskandidat der Rechtsradikalen für die Wahl in NRW am 14. Mai 1995. Einer Tätigkeit auf anderer Ebene wurde nun ein Riegel vorgeschoben. Als Vorstandsmitglied einer Siedlergemeinschaft strebte er bei den anstehenden Neuwahlen nun den Vorsitz an. Nachdem sein Antrag auf geheime Wahl mit 95% der Stimmen scheiterte, zog er enttäuscht seine Kandidatur zurück.

8. Mai und kein Ende

Aus der Geschichte lernen ... liest man im Vorwort des offiziellen Veranstaltungskalenders der Stadt Dortmund zum 50. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus. Neben einer Vielzahl von Veranstaltungen, die diesen Tag als Tag der Befreiung werten, findet sich aber auch eine Gedenkstunde des Kreisverbandes Dortmund des Bund der Vertriebenen. Unter dem eindeutigen Motto: "50 Jahre Vertreibung - Unrecht verjährt nicht" ist ein ökumenischer Gottesdienst im Fredenbaumpark geplant. Daß sich hiermit die Stadt Dortmund wissentlich an der Demontage des Gedenktages beteiligt, sollte den Verantwortlichen eigentlich klar sein. Wir hoffen, daß auch die Stadt Dortmund endlich aus der Geschichte lernt.

Universität Dortmund

Erneut sorgten die Aktivitäten der Jung-Republikaner und Junge-Freiheit-Sympathisanten für eine Erwähnung im Dortmunder Städtebericht. Zum Jahresbeginn 1995 veröffentlichten die bis dahin nicht bekannt gewordenen "Republikanischen Studenten Dortmunds" ein erstes Flugblatt, das sie über Nacht in die Briefkästen der StudentInnenwohnheime steckten. Hierin prangerten sie die Unterstützung des AStAs für die kostenlos erscheinende "Antifa Zeitung für's Ruhrgebiet Vamos" an. Im März 95 bekam dann der AStA Post aus Potsdam. Die dort sitzende Redaktion der "Jungen Freiheit" verschickte die Nr.11/95 mit dem Hinweis, daß die Seite 4 doch von großem Interesse sein könnte. Unter der Schlagzeile "Mißbrauch von Studentengeld" zeigte ein anonymer Schreiberling Insiderwissen und wiederholte die Vorwürfe des oben erwähnten Flugblattes. Wir hoffen, daß es uns bald gelingt, die anonym agierenden Personen aus dem Dunkeln zu zerren.

Repression gegen Antifaschisten

Weil ein Antifaschist öffentlich rassistische Polizeiübergriffe anprangerte, wurde ihm am 16.3. der Prozeß gemacht.

Hintergrund des Prozesses war ein Vorfall vom Mai 91. In der Herner Innenstadt war es damals an mehreren aufeinanderfolgenden Wochenenden zu rassistisch motivierten Ausschreitungen gekommen. Eine Gruppe von bis zu 100 neofaschistischen Skinheads und Hooligans machte wiederholt Jagd auf Ausländer oder alle, die sie dafür hielt.

Ähnlich auch am 21. Mai: Angehörige des Antifaschistischen Arbeitskreises Herne wurden, so ihre spätere Stellungnahme, abends darüber informiert, daß der rechte Mob wieder einmal zu Gange war. Als die Antifaschisten mit der Absicht, sich ein Bild von der Lage zu machen, in der City eintrafen, war allerdings schon alles vorbei. Sie stießen dort lediglich auf eine Gruppe von türkischen Jugendlichen, von denen die Rechtsextremisten bereits vertrieben worden waren. Bevor jedoch Freude über diese erfolgreiche Selbstverteidigung aufkommen konnte, geschah das unfaßbare: Ca. 20 mit Knüppeln bewaffnete Polizisten erschienen vor Ort und machten sofort ihrerseits Jagd auf die Türken. Vor den Augen der fassungslosen Antifaschisten wurden die Jugendlichen von den Beamten gewaltsam auseinandergetrieben, einige dann verprügelt und zusammengeschlagen. Währenddessen wurden Augenzeugen von Polizisten durch Drohgebärden eingeschüchtert und zum Gehen aufgefordert. Spätere Recherchen des Antifaschistischen Arbeitskreises ergaben, daß dieser Polizeieinsatz mehrere Verletzte gefordert hatte. Eines der Opfer mußte sogar stationär im Krankenhaus behandelt werden. Der Mann war mit blauen Flecken übersät, hatte eine durch Reizgas hervorgerufene Augenverletzung sowie Brandwunden (!) am Körper, die auf den Einsatz von elektrischen Schlagstöcken durch die Beamten schließen ließen.

Um die an diesem Übergriff beteiligten Polizisten wenigstens im nachhinein zur Rechenschaft zu ziehen, versuchten die Herner Antifaschisten den Vorfall publik zu machen. Unter anderem verfaßten sie dazu auch einen Brief an NRW-Innenminister **Schnoor (SPD)**. Sie forderten ihn darin auf, den Sachverhalt zu prüfen und die schuldigen Beamten zur Verantwortung zu ziehen. Die Antifas stellten sich dazu persönlich als Zeugen zur Verfügung.

Im Juni 91 nahm dann die Staatsanwaltschaft Dortmund tatsächlich die Ermittlungen auf. Allerdings nicht gegen die Beamten, sondern gegen einen der Zeugen des Antifaschistischen Arbeitskreises: Ein Polizeibeamter, der für die Ausrüstung der prügelnden Einheit zuständig gewesen war, hatte Strafanzeige gestellt. Er fühlte sich durch die im besagten Brief aufgestellte Vermutung, es seien (nicht verfassungsgemässe) Elektro-Schlagstöcke eingesetzt worden, beleidigt.

Nach fast vierjährigen (!) Ermittlungen wegen dem "Verdacht der falschen Verdächtigung" (so die Staatsanwaltschaft) wurde der angeklagte Antifaschist am 16.3. der üblen Nachrede für schuldig befunden und zu einer Geldstrafe verurteilt. Die Richterin und der Staatsanwalt versuchten im Prozeß, die politische Dimension des Ganzen auszublenden. Es ginge nicht darum, ob sich Polizeibeamte wie eine rassistische Schlägertruppe verhalten hätten oder nicht, belehrten sie den Angeklagten. Vielmehr ginge es darum, daß durch die nicht erwiesene Behauptung, es sei nicht mit Knüppeln, sondern mit E-Schlagstöcken zugeschlagen worden, die persönliche Ehre des Polizisten gekränkt worden sei.

Der Angeklagte konnte zwar dieses Detail nicht nachweisen. Er will allerdings gegen das Urteil in Berufung gehen und dabei noch einmal das Wesentliche -nämlich die grundlose Mißhandlung der türkischen Jugendlichen durch die Polizisten- in den Vordergrund stellen.

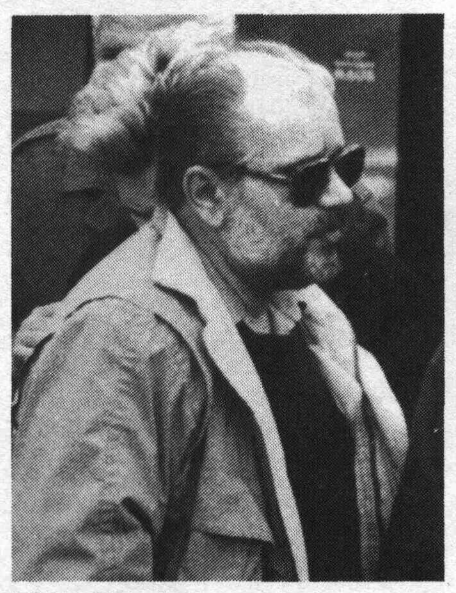
Von besonderem Interesse dürfte dabei der Umstand sein, daß eines der Opfer noch heute den Polizeieinsatz nicht verkraftet hat: Wie die Recherchen von Antifas ergaben, leidet der Mann so stark an psychischen Folgeschäden seiner Verletzungen, daß er, obwohl erst Mitte zwanzig, bereits Invalide ist.

Um die Prozeß- und Anwaltskosten tragen zu können, ist der angeklagte Antifaschist auf Unterstützung angewiesen. Spenden bitte an das Konto der Gefangeneninitiative, Kto. NR. 291012299 bei der Sparkasse Dortmund, BLZ 44050199, Stichwort "Stromschlag".

Stellvertretender Landesvorsitzender der REPs zurückgetreten

Der Düsseldorfer Kreisvorsitzende und stellvertretende Landesvorsitzende der "Republikaner", **Richard Staginus**, ist Anfang März 1995 von seinen Parteiämtern zurückgetreten. In einer Erklärung vom 27.03. teilte er außerdem mit, daß er mit sofortiger Wirkung auch aus der Partei austrete. "Schweren Herzens" habe er sich "entschlossen, eine Partei zu verlassen, die den sozialen Patriotismus auf ihre Fahnen geschrieben hatte." Als Begründung führt Staginus an, daß die Partei von einigen Spitzenfunktionären mißbraucht würde. "Der Agitation dieser machtgierigen Funktionäre" sei "eine hilflose Basis permanent ausgesetzt." Insbesondere die "verwerfliche Absetzung" von **Franz Schönhuber** scheint Staginus schwer getroffen zu haben.

Daß die eigene Existenzsicherung mit zu dieser Entscheidung beigetragen hat, kann nur vermutet werden. Der selbstständige Kaufmann Staginus hatte bisher seine Brötchen mit dem Betreiben einer Videothek in Düsseldorf-Gerresheim verdient, deren Hinterzimmer auch als Kreisparteizentrale dienten. Nach einer antifaschistischen Demonstration am 29.01.1994 mit Zwischenkundgebung vor eben dieser Videothek, ging es geschäftlich bergab. Viele DüsseldorferInnen, die vorher keine Kenntnis über die Zusammenhänge hatten, zogen es nun vor, ihre Videos in anderen Geschäften auszuleihen. Umsatzeinbußen und mehrmaliger Glasbruch führten dazu, daß die Videothek vorübergehend geschlossen, die Schaufensterscheiben mit Brettern vernagelt und letztendlich erneut geschlossen werden mußte. Anfang 1995 gab Staginus das Geschäft, in dem sich im übrigen bis zur NS-Zeit ein jüdisches Schuhgeschäft befand, auf.



Richard Staginus



Antifa-Demo gegen FAP und NIT in Düsseldorf, 12.8.94

Staatliche Anti-Antifa auf Konfrontationskurs

Mehrere Strafanzeigen wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz, insbesondere Vermummung und Rädelsführerschaft, erstattete der Polizeiliche Staatsschutz in Düsseldorf gegen vermeintliche TeilnehmerInnen an einer antifaschistischen Demonstration gegen die Düsseldorfer FAP und das **"Nationale Infotelefon Rheinland"** (NIT) am 12.08.1994. Darüber hinaus wird gegen den **"Koordinierungskreis antifaschistischer Gruppen aus Düsseldorf und dem Umland"(ANTIFA-KOK)** als Initiator und Organisator der nicht angemeldeten Demo ermittelt. Diese Ermittlungen gingen soweit, daß auch der AStA der FH Düsseldorf, der ebenso wie elf weitere Organisationen als Mitaufrufer in Erscheinung getreten war, in das Verfahren hineingezogen wurde. Nicht nur, daß der Staatsschutz im AStA-Büro und einem Fachschaftsbüro auftauchte und dort anwesende Menschen (vergeblich) bedrängte, Informationen über Personen, Antifa-Gruppen und Strukturen preiszugeben; mehrmals versuchte ein Staatsschützer telefonisch und ohne sich zu erkennen zu geben an persönliche Daten zu gelangen. Höhepunkt aber ist bislang die gerichtliche Zeugenvorladung des Antifa-Referenten des FH-AStA, der im Rahmen der Ermittlungen "Rädelsführer" und für die Demo verantwortliche Personen vom ANTIFA-KOK benennen sollte. Der unfreiwillige Zeuge machte von seinem Aussageverweigerungsrecht (Gefahr einer Selbstbelastung) Gebrauch. Währenddessen hat sich herauskristallisiert, daß Staatsanwaltschaft und Staatsschutz versuchen, ein Konstrukt aufzubauen, in dem der ANTIFA-KOK als Unterabteilung des Antifareferates gehandelt wird und damit den Antifareferenten als "Leiter" und damit Rädelsführer darstellt. Nach massiven Protesten von über 30 Organisationen, Parteien und Initiativen aus Düsseldorf und Umland, hat die Staatsanwaltschaft gegenüber der Presse jetzt eine Einstellung der Verfahren in Aussicht gestellt.

NIT Rheinland wieder in Betrieb

Das über einen Monat und bis zum 05.04.95 von den Betreibern stillgelegte "Nationale Infotelefon Rheinland" ist wieder in Betrieb. Das Verbot der **FAP** und die Durchsuchung von Wohnungen Düsseldorfer Aktivisten am 24.02.95 (darunter nach unbestätigten Meldungen auch die Wohnung des NIT-Betreibers **Udo Birr**) hatte es unbeschadet überstanden. Noch am Abend nach der Razzia berichtete es über das Verbot der FAP. Einige Tage später wurde dann angekündigt, man werde wegen "technischer Schwierigkeiten" eine kurze Pause machen, die sich dann bis in den April hinein verlängerte. Hinter dieser Pause dürften wohl weniger technische Schwierigkeiten, als der angebliche und öffentlich erklärte Ausstieg des Bonner FAP-Aktivisten **Norbert Weidner** aus der neofaschistischen Szene stecken, der eine Umorganisierung nötig machte. Weidner, der es wohl derzeitig aufgrund von Prozessen vorzieht, den Aussteiger zu spielen, war und ist (?) der Hauptdrahtzieher, der hinter dem NIT Rheinland steckt(e). Sein Bonner "Anti-Antifa"-Postfach diente als Postanschrift für das NIT Rheinland. Währenddessen gibt das NIT eine neue Postadresse an: Das Dürener Postfach des NRW-Landesverbandes der **"Jungen Nationaldemokraten"** (JN), in die viele FAP-Aktivisten gewechselt sind (so auch Udo Birr).

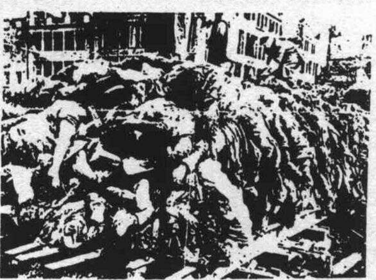
NPD Funktionär verurteilt

Wegen unerlaubten Waffenbesitz und Falschgeldherstellung ist der Eschweiler NPD Funktionär **Michael Schlee** zu einer Bewährungsstrafe verurteilt worden. Schlees Mitangeklagter **Eberhard Laddey** aus Kreuzau-Drowen (Kreis Düren) wurde zu 4 1/2 Jahren Haft verurteilt. In dem Besitz der Beiden befanden sich unter anderem zwei Schußwaffen. Schlee war jahrelang in der DVU aktiv und 1992 Vorsitzender des NPD Kreisverbandes Aachen/Aachen-Land. Inwiefern die Waffenfunde und die Geldfälschung mit terroristischen Aktivitäten der Neonazis im Grenzland zu tun haben wurde im Prozeß ausgeklammert. Bereits vor einigen Jahren war Schlee mit einer geringen Geldstrafe davongekommen als er versucht hatte ein Mitglied der Grünen mit einer Eisenstange zu überfallen.

Lesekreisleiter versucht sich als Anti-Antifa Fotograf

Während Demonstrationen in Aachen gibt es schon seid geraumer Zeit Ausspähversuche der örtlichen Anti-Antifa. So wurde bereits 1994 während eine Demonstration unter dem Motto "Freiheit für Kurdistan" eine Fotograf der Anti-Antifa von den DemonstrationsteilnehmerInnen vertrieben. Auf einer kürzlich stattgefundenen Demonstration gegen Abschiebungen fotografieren **Rainhard Wolter**, einer der drei LeiterInnen des **Junge Freiheit Lesekreis Aachen**, mehrfach die TeilnehmerInnen. Nachdem er bemerkt wurde flüchtete sich Wolter in die Obhut der Polizei, die ihm den Film abnahm und an Ort und Stelle belichtete. Wolter war bis Anfang der 90er FAP Kreisvorsitzender und ist als besonders brutaler Schläger bekannt.

DRESDEN 1945
13.-14. FEBRUAR
Alliierter Massenmord am deutschen Volk



"Nur die tägliche Erinnerung an die Verbrechen der Vergangenheit führt zur Versöhnung"
Immerwährende Mahnung der Staatslenker der BR Deutschland
v. Weizsäcker Süssmuth Kohl Bubis Herzog
UN-Kleinplakat 951 - Unabhängige Nachrichten, Postfach 400215, D-44736 Bochum
Info: *Junge Alternative*, Postfach 1233, 52146 Würselen

Plakat der "Jungen Alternative"

Rechtsextreme Schülerzeitung aufgetaucht.

Aktivisten der **Jungen Nationaldemokraten (JN)** haben die vom Kölner **Deutsche Liga Funktionär Manfred Rouhs** herausgegebene "Schülerzeitung" Hoppla verteilt. Dem Blatt, das unter anderem an einer Schule in Eschweiler verteilt wurde war ein Flugblatt der JN beigelegt. Die Verteilaktion stieß bei den SchülerInnen auf wenig Resonanz und nach dem es zu verbalen Auseinandersetzungen gekommen war suchten die Neonazis das Weite.

FAP wieder aktiv

Nach einer mehrjährigen Pause hat sich die Aachener FAP zurückgemeldet. Unter dem Namen **Junge Alternative** klebte sie Plakate der **Unabhängigen Nachrichten**, die auf den 50. Jahrestag der Bombardierung Dresdens Bezug nimmt. Als Kontaktanschrift wird das Postfach der FAP Kreisverbandes Aachen benutzt. Dieses Postfach wurde noch 1990 vom jetzigen Leiter des **Junge Freiheit Lesekreis Reinhard Wolter** in seiner Funktion als Kreisvorsitzender benutzt.

Schlierer spricht auf dem REP-Landesparteitag. Im Hintergrund der NRW-Landesvorstand

Republikaner Landesparteitag in Düren

Am 4.3.95 fand in der Gaststätte "Backe Matthes" in Düren-Niederau der Landesparteitag der Republikaner statt. Auf der Tagesordnung stand neben dem Bericht des neuen Bundesvorsitzenden **Rolf Schlierer** zur Situation der Partei, die Wahl der Landesreserveliste für die Landtagswahlen im Mai. Die Begrüßungsrede hielt in seiner Funktion als Bezirksvorsitzender der Kölner Republikanerfunktionär **Dr. Jürgen Heydrich**.

Obwohl das Treffen nur kurz vorher bekannt wurde, versammelten sich vor Ort ca. 120 AntifaschistInnen, um das Treffen zu verhindern. Als die ersten Republikaner dann den Veranstaltungsort erreichten räumte die Polizei den Bordstein vor der Gaststätte und drängte die DemonstrantInnen teilweise mit Knüppeleinsätzen hinter eine Absperrung zurück. Nach und nach trafen dann etwa 100-150 REPs ein und der Landesparteitag wurde unter Polizeischutz ungestört durchgeführt. Organisatorisch wurde der Parteitag von REPs aus dem nahen Euskirchen vorbereitet. Am Rande wurde über den Euskirchener Immobilienmakler **Thomas Friedrich**, der für den Listenplatz sieben kandidierte, bekannt, daß er sich in seiner Heimatstadt für einen Platz im Ausländerbeirat bewirbt.

Regionalismus als Aufhänger: Neues Zeitungsprojekt

Neben den Publikationen "Freiheit Wattenscheid" und "Junges Franken" gibt es jetzt aus Hagen ein weiteres Zeitungsprojekt, das sich dem Regionalismus verschrieben hat: Es heißt "Freies Wort Südwestfalen". Geworben wird für letztere Publikation u.a. über den Donner-Versand des ehemaligen NF-Kaders Harald Mehr und auch in der "Freiheit Wattenscheid" selber.

Eine Kostprobe: *„Liebe Kameraden, in der jetzigen Zeit; in der durch die Medien alle deutsche Werte und wir Deutschen als solche in den Dreck gezogen werden, haben sich junge nationale Aktivisten aus dem südwestfälischen Raum zusammengeschlossen, um durch die Herausgabe einer regionalen Zeitung eine „Gegenmeinung" zu schaffen. Denn - machen wir uns nichts vor - von den Systemmedien können wir keine prodeutsche Berichterstattung erwarten. Um so wichtiger sind heute lokale und regionale nationale Zeitungen, die durch den lokalen Bezug den Kontakt zum Volksgenossen halten und ihn durch wahrheitsgetreue Informationen aufklären."* Unterschrieben ist das Ganze mit. „Für die Sache des Volkes! Eure FW-Redaktion"

Damit hier keine Verwechselung entsteht. Die Kontaktadresse für die „Freiheit Wattenscheid" ist neben einem Wattenscheider Postfach, die NPD-Landeszentrale als Druck und Verlagsadresse. „Freies Wort Südwestfalen" hat eine c/o Adresse in Hagen: **Rüdiger Kahsner**, Postfach 1824, 58018 Hagen.



Freies Wort Südwestfalen

c/o Rüdiger Kahsner, Postfach 1824, 58018 Hagen

Freiheit Wattenscheid

Nr. 18/1994 Einzelpreis DM 3,75 Gilbhart/Nebelung/Julmond Oktober/November/Dezember

Wattenscheid wird Entsorgungsstelle für Bochum - MVA, Drogen, Seelenpflege, Geistigbehinderte

Kein Drogennest Eppendorf!

Inhalt

Das Selbstverständnis des "neuen Regionalismus" gibt FW-Herausgeber **Michael Frank** zum Besten: „... Auf regionaler Ebene heißt dies Herstellung von förderativen Länder-Strukturen auf der Basis stammesgeschichtlicher Zugehörigkeit, also Westfalen, Rheinland, Franken und anderer Länder ...". Und um zu zeigen, daß die FW mit ihrem Regionalismus nicht allein da steht, wird ein Interview mit dem Würzburger **Uwe Meenen, dem Macher** von "Junges Franken", nachgereicht, in dem dieser fordert: „Revision der verbrecherischen Gebietsrefom: Wir fordern Freiheit für Eichstätt und Ermershausen bei uns - genau wie Sie Freiheit für Wattenscheid bei Ihnen."



Michael Frank

Uwe Meenen

Rassistischer Überfall

In der Straßenbahnlinie 12 wurde Ende Januar ein 35 jähriger-Iraner von mehren Rechtsradikalen zusammengeschlagen. Zwischen zwei Stationen schlugen fünf bis sechs Deutsche auf den Iraner nach anfänglichen Beschimpfungen wie "Ausländer raus! Ihr nehmt uns das Geld und die Arbeit weg." mit Fäusten und einem Fahradkettenschloß ein. Zumindest ein paar Passagiere der vollbesetzten Bahn mischten sich verbal auf Seiten des Iraners ein.

Rouhs distanziert sich von den Domspitzen

Zu 2000 DM Geldstrafe wurde im Februar der DLer **Manfred Rouhs** wegen einer Veröffentlichung in der DL-Zeitschrift **Domspitzen**, deren presserechtlich Verantworliche er ist, verurteilt. In den Domspitzen war von der "Bananenrepublik Deutschland" die Rede. Gegen einen darauffolgenden Strafbescheid wegen Verunglimpfung des Staates legte Rouhs Widerspruch ein. Vor Gericht distanzierte er sich von der Ausgabe der Domspitzen, da diese angeblich hinter seinem Rücken gemacht worden sei. Er selber sei zu der Zeit in Belgien gewesen. Rouhs, der über beste Kontakte zum rechtsextremen belgischen **"Vlaams Block"** verfügt, hatte einen gewissen **Reuckers** aus Belgien als Zeugen angeführt. Auf Anraten seines Anwaltes **Lucke** aus Hürth zog Rouhs den Widerspruch jedoch zurück und muß nun die 2000 DM bezahlen.



Kölner FAPler: Michael Rockel (mitte) und Detlef Wölk (rechts)

DL und der 8.Mai

Nach ungefähr vier Monaten Funkstille meldete sich Mitte Februar die Deutsche Liga wieder einmal per Fax zu Wort. Sie beschwerte sich über das Verbot einer Veranstaltung, die sie zum Jahrestag der Bombadierung Dresdens in Köln-Dellbrück hatten abhalten wollen. Die Veranstaltung unter dem Motto: "8. Mai ein Grund zum Feiern?" war ein paar Stunden vor Beginn von der Kölner Polizei verboten worden. Die Polizei vermutete, daß auf der Veranstaltung in von der DL bekannter rechtsextremer Manier, u.a. auch die Ausschwitzlüge verbreitet werden würde. Auf der Veranstaltung sollte der angeblich für den bergischen Geschichtsverein tätige "Historiker" **Ferdinand Moog** referieren.

FAP-Durchsuchungen auch in Köln

Bei den Durchsuchungen anläßlich des Verbotes der **FAP** wurden auch in Köln drei Wohnungen durchsucht. Betroffen davon waren u.a. der FAP-Schläger **Michael Rockel** und der Kölner FAP-Chef **Detlef Wölk**.

Staatsbriefe und der 8.Mai

Am 2.April sollte ein Seminar der rechtsextremen **Staatsbriefe** in Köln stattfinden. Das Thema lautete "Der 8.Mai 1995 - 50 Jahre deutsche Kapitulation". Den TeilnehmerInnen, die sich per Rückmeldung für Kalbsfricasse mit Spargel, oder Schweinesteak "Förster-Art" entscheiden konnten, sollten auch zahlreiche Referate geboten werden. Als Referenten angekündigt waren u.a. **Josef Schüßlburner** (Bonn), Prof.Dr.**Hans-Joachim Arndt**, der Herausgeber der Staatsbriefe **Hans-Dietrich Sander**, sowie **Jochen Lober** aus Köln. Lober, der schon 1992 in den Staatsbriefen als jüngster Mitarbeiter erwähnt wird, verschickte auch die Einladungen zu dem Treffen. Ob dieses allerdings auch stattfand, oder auf Grund seiner Veröffentlichung in eingen Antifa-Zeitschriften verlegt wurde, ist unklar.

Rechte Tierschützer

Zur Landtagswahl in NRW tritt auch eine Partei mit dem Namen "Die **Tierschutzpartei**" an. Unter den Kölner KandidatInnen der "Tierschützer" befindet auch auch **Christel Gato** aus Köln-Mülheim. Diese hatte noch bei der Kommunalwahl im Oktober letzten Jahres auf einem Listenplatz für die Deutsche Liga kandidiert.

M'gladbach: AWB Veranstaltung gescheitert

Am Samstag dem 18.02.1995 wollte die AWB (**Afrikaner Widerstandsbewegung**) in Mönchengladbach-Wickrathberg eine Veranstaltung mit ca. 100 Personen durchführen. Dazu wurde eine Gaststätte durch **Harry Oellers** angemietet. Harry Oellers ist in Mönchengladbach kein Unbekannter: Er war früher in **FAP** und **Wiking Jugend** aktiv und führte Schulungen durch. 1992 gab er bekannt, daß er sich "aus der Politik und der Szene" verabschiedet habe und wechselte sein Outfit vom Skin zum eher unpolitischen Psychobilly. 1994 nahm er jedoch am **Rudolf Hess-Gedenkmarsch** in Luxemburg teil.

Die neofaschistische Afrikaner Widerstandsbewegung führt einen "Rassenkrieg" gegen das neue Südafrika. Dazu rekrutiert sie auch Faschisten aus Europa. So wurde **Chris Hani**, bis zu seiner Ermordung Generalsekretär der Kommunistischen Partei Südafrikas, von dem aus Polen stammenden AWB-Mitglied **Janusz Walus** erschossen. Die AWB betreibt in Mönchengladbach-Wickrathberg ein Kontakttelefon. Die Nummer (02166/56327) wurde über das Nationale Infotelefon bekanntgegeben. Kontakte mit der niederländischen **ANS** in Venlo scheint es ebenfalls zu geben. Ein Mitarbeiter der Abteilung Staatsschutz klärte den Gastwirt rechtzeitig über die AWB auf, dieser zog darauf seine Zusage zurück. Einige Tage vor dem betreffenden Samstag erhielt der Wirt einen anonymen Anruf, wobei der Anrufer drohte: "Wir kommen mit 30 Leuten vorbei und machen die Kneipe platt." Am Samstag traf der angekündigte Besuch jedoch nicht ein. Wahrscheinlich bemerkten die "anonymen" Anrufer rechtzeitig, daß die Gaststätte den ganzen Tag über von sehr couragierten Menschen besucht war, welche sie in jedem Fall an ihrem Vorhaben gehindert hätten. Jedenfalls wurden am 18.02. ziemlich viele Fahrzeuge mit niederländischem Kennzeichen in der Nähe der Gaststätte gesehen.

Duisburg: Veranstaltung

Am 21. Mai findet um 17 Uhr eine Veranstaltung über den **"Ruhrkampf 1920"** statt. Ausrichterin ist die Antifa Duisburg. Veranstaltungsort ist die Fabrik, Grabenstr. 20. Weitere Informationen können über das Antifa-Infotelefon 0203 / 36 24 16 Dienstags von 17 - 18 Uhr und Mittwochs von 19 - 20 Uhr abgerufen werden.

Voerden: Nazipropaganda mit "Faustrecht" gestoppt

Beim Europawahlkampf 1994 ließ es sich der NRW Landesgeschäftsführer der **Republikaner Robert Nagels** nicht nehmen, mit einem Wahlkampfbus durch einen Stadtteil in Voerden zu fahren. Dort, wo ein hoher Prozentsatz ausländischer Mitbürger lebt, hetzte er gegen Ausländer und Einwanderer beziehungsweise Flüchtlinge. Ein türkischer Jugendlicher, stoppte den Wagen, indem er die Zündschlüssel aus dem Schloß zog. Dann zog er den aus Krudenburg stammenden Nagels aus dem Wagen und stellte ihn zur Rede. In erster Instanz verurteilte ihn das Dinslakener Amtsgericht wegen Körperverletzung und Nötigung zu einer Geldstrafe von 450 Mark. Robert Nagels, der als Nebenkläger auftrat, forderte eine Verurteilung wegen Landfriedensbruch nach Erwachsenenrecht. Sogar der Staatsanwalt konnte dieser Argumentation nicht folgen. Der Verteidiger des Angeklagten legte Berufung gegen das Urteil ein, mehrere SPD Ortsverbände und Abgeordnete lehnten zwar körperliche Argumentationen ab, solidarisierten sich aber mit dem Angeklagten, da er Schlimmeres verhindern wollte. Daraufhin forderte der REP Pressesprecher **Adolf Frerk** in einem offenen Brief an Innenminister Schnoor, die sich mit dem Angeklagten solidarisierenden SPD-Abgeordneten vom Verfassungsschutz beobachten zu lassen. Grund für die Überwachung: Deutliche Verdachtsmomente für Linksextremismus und Schlimmeres."

Essen: Landesparteitag der NPD

Am 19.3.95 fand in Essen der Landesparteitag der **NPD** statt. Bereits zum sechsten Mal in Folge richtete der Essener Bezirksverband den jährlich stattfindenden Landesparteitag aus. Ca. 100 AntifaschistInnen versammelten sich in Essen-West zu einer spontanen Gegendemonstration. Leider hatten sie die falsche Information in Bezug auf den Tagungsort. Die Faschisten konnten sich ungestört in der Krayer Gaststätte **Freizeitheim** treffen. Angeblich wurden die Räume so kurzfristig angemietet, daß der Wirt nicht überprüfen konnte, wem er die Gaststätte zur Verfügung stellte. Und als es ihm klar wurde, sah er keine Veranlassung für eine Kündigung mehr, da sich seine Gäste laut seiner Aussage diszipliniert und ruhig verhalten hätten. Die katholische Siedlergemeinschaft, die Eigentümerin der Gaststätte Freizeitheim, will nun den Wirt zur Rede stellen.

Von ANS/NA bis BfB

Am 7.4.1995 veröffentlichte die FAZ unter dem Titel: „8.Mai - Gegen das Vergessen" eine Anzeige. Dem Text, in dem der NS-Terror durch den angeblich am 8.5.45 beginnenden „Vertreibungsterror" relativiert wird, folgten 300 UnterzeichnerInnen.

Aus Bielefeld sind 5 Personen unter den ErstunterzeichnerInnen, **Maja Oetker** schloß sich als 6. erst dem Aufruf an, als andere ihre Unterschrift schon zurückzogen. Härtester Brocken unter den Unterzeichnern ist sicherlich **Peter Fröhlich**. Er gehörte schon zur ANS/NA von Michael Kühnen und wurde 1984 wegen Verbreitung nationalsozialistischer Propaganda zu zwei Jahren Haft verurteilt. In dieser Zeit wurde er von der **Hilfsorganisation Nationaler Gefangener** (HNG) betreut. Am Kultdatum 20.4.89 feierte er im damaligen NF-Bundeszentrum an der Bleichstraße 134 seine Hochzeit. Aktiv ist er bis heute. Gesellschaftlich wichtiger sind für Bielefeld sind jedoch Maja Oetker und **Manfred Fröhlich**. Beide sind in der Führungsriege der rechten **„Bürgergemeinschaft für Bielefeld"**, welche durch einfache rechtspopulistische Parolen auf lokaler Ebene auffällt. Als Meinungsmacher ebenfals nicht ohne Bedeutung ist der der Unterzeichner **Carl-Wilhelm Busse**, seineszeichens Verleger des „Westfalenblattes", der drittgrößten regionalen Tageszeitung Ostwestfalens. Diese fällt immer wieder durch rechtslastige Komentare auf, so z.B. in der Asyldebatte. Der 6. im Bunde ist der Vorsitzende des **„Konservativen Büros" Dr. Werner Roth**. Der Träger dieses Büros, der Verein für konservative Kultur und Bildung, versucht eine Kontaktorganisation im rechtskonservativem bis neurechten Bereich zu sein. Beste Verbindungen bestehen zum Criticon Hrg. Caspar von Schrenck-Notzing, welcher auch im Kuratorium des Vereins sitz. Dafür tauch Werner Roth als Autor im Theorieblatt **Criticon** auf. Insgesammt eine brisante Mischung oder: Da kommt zusammen was zusammen gehört!

FBU-Gründung

Am 13.2.1995 wurde mit einer Pressekonferenz in der Gütersloher Nobelherberge „Parkhotel" die Gründung eines Landesverbandes der **„Freien Bürger-Union"** bekanntgegeben. In der bürgerlichen Presse wurde die 1990 in Bayern gegründete Freie Bürger Union als „rechts-liberal" präsentiert, dabei wies Ihr Programm, welches sich aus „wirksamer Kriminalitätsbekämpfung" und Geschichtsklitterung zusammensetzt deutlich nach rechts. So warnte der Vorsitzende **Ortin Lowak** vor einem „Mißbrauch der Geschichte": Die Verbrechen des Nationalsozialismus dürften nicht durch „das ständige Beschwören von Schuldgefühlen" im Sinne einer Kollektivschuld politisch instrumentalisiert werden. Auch die parteipolitischen Geschichten der AktivistInnen lassen keinen anderen Schluß zu, als daß es sich bei der FBU um eine neue Rechtspatei handelt. Ortin Lowack, der, nachdem er 1991 aus der CSU austrat, versuchte einen Posten beim rechten **Bund Freier Bürger** von **Manfred Brunner** zu bekommen, ist bei den Vertriebenenfunktionär und gehört zur Hardliner-Fraktion der **Schlesischen Landsmannschaft**. So gab er zur Gründung der FBU der rechten Vertriebenenzeitung „Der Schlesier" ein Interview, in dem er klarstellt, daß er die FBU unter anderem deshalb gegründet hat, um die Interessen der Vertriebenen, wie er sie sieht, nicht länger gegenüber Polen usw. verraten zu müssen. Seine Unterschrift steht unter dem am 7.4.95 in der FAZ veröffentlichten geschichtsrevisionistischen Aufruf „ 8. Mai - Gegen das Vergessen".

Viele FBUlerInnen kommen aus den Reihen der Republikaner, so z.B. der Landesvorsitzende NRW **Hartmut Janssen**. Dieser wurde, auch das macht sich nicht gut für eine Law-and-Order-Partei, schon zu einem Jahr Gefängniss verurteilt. Also alles keine unbescholtenen Bürger ...

Collegium Humanum

Die „Bildungsstätte" **Collegium Humanum** gilt gemeinhin und zurecht als wichtige Bildungs- und Koordinationsstätte im Netzwerk der „Neuen Rechte" bzw. der Ökofaschisten. Seit Mitte 1994 fungiert diese „Bildungsstätte" unter neuer Leitung. Der Duisburger Zahnmediziner Dr. **Hans Joachim Klose** und **Gisela van de Löcht** führen jedoch die „alte Tradition" des Hauses „mit neuem Geist" fort. Das bescheinigte in einem Brief an die „Lieben Freunde der Ökologiebewegung" auch der den **„Unabhängigen Ökologen Deutschlands"** zugehörige **Wolfram Bednarski**. Ein Blick auf das Seminarprogramm Januar bis Juni 1995 gibt ihm recht! Über die Idee des Reiches referierte passend zum 50.Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz der Schweizer **Bernhard Schaub**. Schaub, ehemaliger Lehrer an der Rudolf Steiner Schule Sihlau, CH-Adliswil, ist Revisionist und Verfechter der Auschwitzlüge. Aufgrund seines Buches „Adler und Rose", das die Ausschwitzlüge beinhaltet, war er für die Rudolf Steiner Schule offenbar nicht mehr tragbar. Nach der öffentlichen Bekanntwerdung dieses Buches erhielt er die fristlose Kündigung, nicht jedoch ohne die Bescheinigung, daß er vor der Veröffentlichung des Buches ein von „Schülern, Eltern und Lehrern sehr geschätzter Deutsch- und Geschichtslehrer" war. Über den Inhalt des von diesem Lehrer durchgeführtem Geschichtsunterrichtes wurde nichts bekannt!

Im März fand im Collegium Humanunm ein „Geopolitisches Symposion" mit internationaler Besetzung statt. Im Programm wurden als Referenten u.a. aufgeführt: **Tomislav Sunic**, kroatischer Kulturattache in Kopenhagen, Autor in **Criticon, Europa Vorn** und **Junge Freiheit; Andreas Renatus Hartmann**, Referent für Mittel- und Osteuropa der EVP-Fraktion im Europaparlament; **Manfred Lauermann**, Dozent an der Uni Bielefeld, Autor in Criticon.

Auch die esoterischen Lehren kommen unter der neuen Leitung nicht zu kurz. Über „Die Seele des Ortes - Orte der Kraft, die Bovis-Methode-Messung geomantischer Strukturen. Messung der Chakra-Qualitäten. Messung der Qualität der Nahrung" referiert **Blanche Merz** (CH) im Mai. Die Leitung „Mythos, Leib und Schwert", ein Übungsseminar zur inneren Symbolik des Schwertes, hat der neue Leiter des Hauses selbst inne. Desgleichen ein Meditationsseminar über die Mystik Meister Eckharts und Graf Dürckheims. Angeboten werden auch zwei Seminare über „Aktivierung und Lenkung körpereigener Energien mit Hilfe spezieller Techniken aus der asiatischen Kampfkunst" mit Kyrill Kokine, Rußland. Ob es sich hierbei schlicht um eine Trainingseinheit für die kämpfende Truppe der Neofaschisten handelt, dürfte nur die Teilnehmerliste zeigen.

Das AKE-Bildungswerk Vlotho und die Antifa Vlotho rufen zu einer überregionalen Demonstration am 27.05.1995 „Gemeinsam gegen das Collegium Humanum: keine rechtsextreme Bildungsstätte in Vlotho und anderswo" auf. Treffpunkt 10.30 Uhr Bahnhof Vlotho.

Antimilitaristische Aktion

In der Nacht zum 30.1.95 „köpfte" die Antifaschistische Einheit Eberhard Arnold, passend zum Tag der Machtübertragung auf A. Hitler, ein Soldatendenkmal auf dem Bielefelder Johannisberg. In Ihrer mit der Überschrift „Deutsche Soldaten sind Täter" versehenen Erklärung weisen Sie auf den umsichgreifenden Geschichtsrevisionismus und die Rolle eines neuen Großdeutschlands hin.

Deutsche Liste im Kreis Recklinghausen

Wahlkampfniederlagen und Verbote haben dem rechten Lager in der letzten Zeit zu schaffen gemacht. Diese Entwicklung hat die immer vorhandene Tendenz zur "fraktionsübergreifenden" Zusammenarbeit gestärkt. Im folgenden dokumentieren wir am Beispiel der Deutschen Liste ein derartiges Projekt. Diese Gruppierung hat ihre Aktivitäten mittlerweile auf Berlin, Gelsenkirchen und Spreewald ausgedehnt.

Wir, die Mitglieder des Hertener Aktionsbündnisses gegen Neofaschismus, sind angesichts aktueller Tendenzen in der neofaschistischen Szene im Kreis Recklinghausen in tiefer Sorge. Unser Aktionsbündnis setzt sich zusammen aus verschiedenen politischen Organisationen und Parteien sowie Einzelpersonen unterschiedlicher Nationalität. Das Aktionsbündnis hat sich unmittelbar nach den letzten Kommunalwahlen gebildet. Anlaß war die Tatsache, daß Mitglieder der **Deutschen Liste** mit unterschiedlichsten Mitteln gegen zahlreiche Antifaschisten, die sich gegen die ausländerfeindliche und menschenverachtende Propaganda der Deutschen Liste zur Wehr setzten, vorgegangen sind. Unser Ziel ist es daher, Solidarität für die Betroffenen zu organisieren und dafür Sorge zu tragen, daß der politische Spielraum für die Neofaschisten und die Wirkung ihrer Propaganda so weit wie möglich eingeschränkt wird. Unsere derzeitigen Kenntnisse über die Deutsche Liste in Herten und der **Unabhängigen Wählergruppe** im Kreis Recklinghausen haben uns zu der zwingenden Schlußfolgerung veranlaßt, 1. den Innenminister des Landes NRW, Herr Schnorr, aufzufordern, mit der Überprüfung der "Deutsche Liste - Herten - e.V. ein Verbot gegen diesen Verein einzuleiten und 2. den Wahlleiter des Kreises Recklinghausen, Herr Oberkreisdirektor Noetzlin, aufzufordern, Bewerbern bzw. Bewerberinnen der Deutschen Liste die Zulassung zur Landtagswahl am 14.5.1995 zu verweigern und dem Kreiswahlausschuß eine entsprechende Beschlußempfehlung zu unterbreiten. 3. eine gleichlautende Bürgeranregung an den Rat der Stadt Herten und der Stadt Recklinghausen zu richten, in der sie aufgefordert werden, a) beim Landesinnenminister ebenfalls die Überprüfung der Deutschen Liste mit dem Ziel eines Verbotes zu fordern b) beim Kreiswahlausschuß gegen eine Wahlzulassung von Bewerbern der Deutschen Liste zu intervenieren c) der Deutschen Liste eine Plakatierung auf öffentlichen Plakatwänden zu verwehren d) bei wild geklebten Plakaten und Aufklebern der Deutschen Liste Anzeige zu erstatten und die Plakate und Aufkleber entfernen zu lassen sowie die Stadtwerke oder andere Eigentümer verschandelter Flächen aufzufordern, das gleiche zu tun.

Im Frühjahr 1994 gründete sich die sogenannte unabhängige Wählergruppe "Deutsche Liste - Herten -". Seit dem 12. Dezember 1994 ist sie unter der Vereinsregister-Nummer 1858 beim Amtsgericht Recklinghausen als Verein eingetragen. Die Deutsche Liste sieht sich laut ihrer Satzung (sieheAnlage "als Zusammenschluß aller nationalen Kräfte auf kommunaler Ebene". Mitglieder der Deutschen Liste haben am 16.10.1994 für die Deutsche Liste zu den Kommunalwahlen in Herten und für die "Unabhängige Wählergruppe" zum Recklinghäuser Kreistag kandidiert. Sie haben nunmehr die Absicht, zu den Landtagswahlen am 14. 5 . 1995 mit **Andreas Jerosch** im Wahlkreis 81 (Herten, Marl-Polsum, Dorsten-Süd) und mit **Mario Gerth** im Wahlkreis 85 (Recklinghausen) zu kandidieren. Die Mitglieder der Deutschen Liste und der Unabhängigen Wählergruppe setzen sich vorwiegend aus neofaschistischen Skinheads und einigen ehemaligen Mitgliedern bzw. Kandidaten der **Republikaner** zusammen. Die Zahl der Mitglieder und Aktivisten der Deutschen Liste in Herten dürfte bei etwa 50 liegen. Aufgrund ihrer Mitgliedschaft, ihrer KandidatInnen, ihrer Satzung, ihres Grundsatzprogrammes und ihrer Publikationen kann die "Deutsche Liste - Herten - e.V. als ausländerfeindlich, nationalistisch, neofaschistisch und militant charakterisiert werden. Vieles spricht dafür, daß sie sogar als kriminelle Vereinigung einzustufen ist.

In dem Wust der allgemeinen Forderungen des Grundsatzprogramm versteckt die Deutsche Liste ihre ausländerfeindliche, nationalistische Haltung. In ihrem Wahlkampf hingegen hat die Deutsche Liste darauf ihren inhaltlichen Schwerpunkt gelegt. Von öffentlich finanzierten Plakatwänden prangte die Losung der Deutschen Liste und der Unabhängigen Wählergruppe "Asylbetrug stoppen!". Mit Tausenden Aufklebern auf Stromkästen, Laternenmasten usw. wurde Stimmung gegen Ausländer gemacht: So zeichnete der "Ortsleiter" der Deutschen Liste Herten, **Frank Reber**, für den Text verantwortlich: "Bei ihnen leben zu viele Ausländer, sagen 50 % der Briten, 52 % der Franzosen und 55 % der Deutschen " Auf weiteren Aufklebern war zu lesen "Kein Wahlrecht für Ausländer!", "Asylbetrug stoppen!", "Gegen Multikulti!" und "Hertener wählen deutsch!".

Ein **Horst Lemke** aus Lübbenau zeichnete für mehrere Flugblätter der Deutschen Liste verantwortlich, in denen dem Bürger suggeriert wird, daß die Ausländer an allen Problemen schuld sind und das der Bürger vor ihnen Angst haben muß.

Mitglieder bzw. KandidatInnen der Deutschen Liste und der unabhängigen Wählergruppe haben ihre Gewaltbereitschaft gegen Ausländer und Andersdenkende wiederholt unter Beweis gestellt: **Hartmut Grudke** bekundete 1988 in einem Leserbrief seine Sympathie mit der **NPD** und hatte auch als Mitglied der Republikaner keine Probleme, in deren Kreisvorstand mit Mitgliedern der NPD zusammenzuarbeiten. 1990 bezeichnete ihn die Recklinghauser Zeitung (RZ) als in Marl "stadtbekannter Scharfmacher der Republikaner". Selbst Mitglieder des Kreisvorstandes der Republikaner versuchten 1990 ein Ausschlußverfahren gegen ihn durchzusetzen, weil er zu rechtsextrem sei. Am Volkstrauertag 1991 legte er am "Mahnmal für die Opfer des Nationalsozialismus und der Gewaltherrschaft" auf dem Creiler Platz in Marl Kränze mit den Aufschriften "Ehre dem gefallenen deutschen Soldaten", "Verachtung den deutschen Deserteuren" und "Hartmut Grudke, unabhängiger Nationalist im Rat der Stadt Marl" nieder. Als Teilnehmer der Feier gegen diese ungeheuerliche Provokation einschreiten wollten, entstand ein "Handgemenge, bei dem schließlich auch die Fäuste flogen." (MZ 18.11.1991). Hartmut Grudke verlor schließlich einen Prozeß gegen den SPD-Fraktionsvorsitzenden Günter Cyrus, der ihn als "Neonazi" bezeichnet hatte. Heute ist Hartmut Grudke - Postbeamter in Herten - stellvertretender "Ortsleiter" der Deutschen Liste in Herten. Frank Reber war 1983/84 Aktivist der NPD, der inzwischen verbotenen **Wiking-Jugend** und laut Flaschenöffner 1/84 auch der inzwischen verbotenen **ANS/NA**. Am 13.7.1983 legte er in den Briefkasten des Hauses der jüdischen Kultusgemeinde in Recklinghausen ein Sprengstoffattrappe. Hierfür wurde er zu 1 1/2 Jahren auf Bewährung verurteilt. Schon 3 Wochen nach seiner Verurteilung war er mit Gesinnungsfreunden aus Bochum und Oer-Erkenschwick an einem Krawall in Dortmund beteiligt. 1986 war er mit 9 weiteren Neonazis angeklagt wegen öffentli-

chen Zeigens von Kennzeichen ehemaliger nationalsozialistischer Organisationen, singen des Horst-Wessel-Liedes und brüllen der Parole "Sieg Heil" sowie massiver Störung einer Veranstaltung von amnesty international. Immer wieder fiel Frank Reber in den letzten Jahren bei Skinhead-Aufmärschen in Recklinghausen und Umgebung auf. Am 17.6.19~6 gründete er u.a. mit dem NPD-Funktionär und späteren stellvertretenden Kreisvorsitzenden der Republikaner, **Peter-Adolf Weber**, den Verein **"Vestische Sportaktivisten e.V."** mit Sitz in Recklinghausen. Diesem Verein, der im letzten Jahr über 22 Mitglieder verfügte, wurde sogar die Gemeinnützigkeit anerkannt. Laut ANTIFAZ soll er unter Leitung des Kreisbeauftragten der inzwischen verbotenen **FAP**, **Dieter Riefling**, den Aufbau der Anti-Antifa für das nördliche Ruhrgebiet zusammen mit dem Funktionär der inzwischen verbotenen Nationalen Offensive, **R. Langnickel**, betreiben. Heute ist Frank Reber "Ortsleiter der Deutschen Liste Herten. **Melanie Haupt** war am 30.11.1990 als Fahrerin an dem Brandanschlag auf das Asylheim in der Langenbochumer Straße 371 in Herten beteiligt. Dafür wurde sie zu 18 Monate auf Bewährung und 150 Sozialstunden verurteilt. Am 1.10.1994 hat sie für die Deutsche Liste zu den Kommunalwahlen kandidiert. **Jürgen Riefling** war 1992 mit seinem Bruder, Dieter Riefling, für die ebenfalls inzwischen verbotene Nationale Front und die **Nationale Offensive** tätig. Mit seinem Bruder war er an zahlreichen Aktionen der FAP und Übergriffen von Skinheads gegen türkische Mitbürger in Oer-Erkenschwick beteiligt. Am 16.10.1994 kandidierte er für die Unabhängige Wählergruppe im Kreiswahlbezirk 31. **Markus Kriedel** wurde erst jüngst wegen eines brutalen Überfalls auf Jugendliche, die ein von ihm geklebtes Plakat der NPD entfernen wollten, zu 6 Monaten auf Bewährung mit Geld- und Sozialdienstauflagen verurteilt. Als stellvertretender Vorsitzender der Unabhängigen Wählergruppe kandidierte er am 16.10.1994 im Kreiswahlbezirk 4.

Die Gründung der Deutschen Liste ist ein Beleg für die im Dezember 1992 getroffene Einschätzung des Verfassungsschutzes, wonach sich die zunächst in "äußerst strukturarm ausgestalteten Personenkreisen zusammengeschlossenen militanten Rechtsextremen organisierte Ansätze in der gewaltbereiten rechtsextremen Szene schaffen (siehe RZ vom 15.12.1992). Im gleichen Verhältnis wie die Republikaner im Kreis Recklinghausen und in Herten von der Bildfläche verschwanden und an Gewicht verloren, wuchs das öffentliche Auftreten und der Einfluß der militanten Rechten. Eine Schlüsselrolle nimmt in diesem Prozeß die Deutsche Liste - Herten - e.V. und ihr "Ortsleiter" Frank Reber ein. Insoweit war die Kandidatur der Deutschen Liste und der Unabhängigen Wählergruppe für die militanten Neonazis in Herten und im Kreis Recklinghausen ein Testfall. Diese Kandidatur, die damit zusammenhängende Propaganda, die Hertener Wahlergebnisse von 1 % für die Deutsche Liste und 2,7 % für die Unabhängige Wählergruppe ermutigen sie zu weitergehenden Aktivitäten. Eine Kandidatur und der Einzug in Parlamente ist zudem mit einer staatlichen Förderung ihrer Propaganda und dem Erhalt öffentlicher Gelder verbunden. Die Ängste und Sorgen von Hertener Bürgern und Bürgerinnen wachsen. Mitglieder der Deutschen Liste fahren Streife und spielen sich als Hilfssheriffs und als Hüter von Recht und Ordnung auf. Dabei schrecken sie selbst vor Nötigung nicht zurück. Offen oder verdeckt nehmen sie an Veranstaltungen und Aktionen linker Parteien, ausländischer Organisationen und antifaschistischer Bündnisse in Herten teil, voraussichtlich mit dem Ziel? sich ein Bild von den Teilnehmern zu machen, Daten von ihnen zu sammeln oder zu vervollständigen und sie einzuschüchtern. So ist es nicht verwunderlich, daß an zwei Tagen 212 Hertener Bürger(innen) mit ihrer Unterschrift ein Verbot der militanten Deutschen Liste gefordert haben. Eine Überprüfung der Deutschen Liste mit dem Ziel ihres Verbotes scheint uns dringend geboten. Hierbei sind in die Prüfung miteinzubeziehen: 1. Verbindungen von Mitgliedern der Deutschen Liste zu inzwischen verbotenen und noch bestehenden neofaschistischen Parteien und Organisationen, 2. die Rolle des Verantwortlichen für zahlreiche Publikationen der Deutschen Liste, Horst Lemke, in Lübbenau, 3. die Nutzung eines mobilen D I -Funktelefons, das auf den stellvertretenden "Ortsleiter" der Deutschen Liste, **Dominic Kujawa**, in Herten angemeldet ist und 4. die Bedeutung des "Vestische Sportaktivisten e.V.", dem bei Auflösung der Deutschen Liste Herten deren Vermögen zufallt. Vorsitzender dieses Vereins, der seinen Sitz in Recklinghausen hat, ist der "Ortsleiter" der Deutschen Liste, Frank Reber. Stellvertretende Vorsitzende ist seine Mutter **Antonia Reber.**

Hertener Aktionsbündnis gegen Neofaschismus
c/o Detlef Beyer-Peters
Ostwall 19
45701 Herten

Razzia gegen FAP

Bei einer bundesweiten Razzia gegen die FAP wurden u.a. zahlreiche Objekte im Kreis Recklinghausen durchsucht. Die Razzia, die unter der Leitung der Staatsanwaltschaft Koblenz stattfand, stand im Zusammenhang mit dem Sonderparteitag der **FAP** vom 14. November in Friesenhagen (Westerwald). So wurden die Wohnungen von **Dieter Riefling** in Oer-Erkenschwick und **Melanie Dittmar** in Dorsten. Melanie Dittmar ist Mitglied der **Deutschen Nationalisten** und die Freundin von **Robert Langnickel** (Landesvorsitzender der DN). Weiterhin wurden Wohnungen in Castrop-Rauxel und Dortmund durchsucht. Hierbei wurden etliche Propagandamaterialien sichergestellt.



Die Ruhrfront aus Recklinghausen beim "Heß-Marsch" in Bayreuth 1991

Prozeß gegen Remscheider Antifaschisten

Am 27.12.1992 sollte ein Aufmarsch militanter Neonazis der Sauerländer Aktionsfront, die wenige Monate später im Zusammenhang mit mehreren Hausdurchsuchungen bei Neonazis in Arnsberg und Meschede verboten wurde, stattfinden. Wenige Monate zuvor war in Meschede bereits die Anti-Antifa aufmarschiert.

Eigentlich sollte die Demonstration eine Gegendemonstration zu einer von den etablierten Parteien organisierten Bündnisdemo „gegen Fremdenhaß" sein, wurde jedoch für diesen Tag verboten und fand deswegen einige Tage später am 27. Dezember statt. Kurzfristig mobilisierten autonome Antifas zu der Gegendemo, zu der dann etwa 150 Leute kamen. Die Gegendemo ging zunächst geschlossen durch die Innenstadt zu dem Parkplatz, der den Faschisten als Treffpunkt dienen sollte. Dort hatten sich auch schon etwa 50 Neonazis eingefunden. Aus der Gegendemo löste sich eine kleinere Gruppe, die auf die Faschisten zustürmte und diese massiv angriff; der Rest der Gegendemo folgte etwas gemäßigter. Die Neonazis reagierten zunächst ebenfalls aggressiv, traten jedoch bald unter Polizeischutz den Rückzug an und verschanzten sich vor der Wache. Von dort beschossen sie die AntifaschistInnen unbehelligt mit Leuchtspurmunition. Trotz des massiven Polizeiaufgebots gelang es den AntifaschistInnen, eine spontane und lautstarke Demonstration durch die Innenstadt durchzuführen. Nach Auflösung der Demonstration wurde ein Remscheider Antifaschist (ebenso wie vier weitere Männer aus Kassel) festgenommen, als er gerade in sein Auto steigen wollte. Er wurde etwa 8 Stunden in Polizeigewahrsam gehalten und erkennungsdienstlich mißhandelt. Ihm wurde vorgeworfen, bei dem Angriff auf die Neonazis Steine auf Faschos und Beamte geworfen zu haben, zunächst wurde ihm sogar ein 129a-Verfahren angedroht. Leider hat der Remscheider den Fehler begangen, nicht sofort konsequent von seinem Aussageverweigerungsrecht Gebrauch zu machen; glücklicherweise waren seine Aussagen jedoch so dürftig, daß sie im Verfahren nicht gegen ihn verwendet werden konnten.

Der Prozeß in der ersten Instanz

Am 4.7.94 fand schließlich der erste Prozeß gegen Dirk statt. Die Anklage Lautete auf Landfriedensbruch und Verstoß gegen das Vermummungsverbot. Vor Gericht waren zwei Polizisten als Zeugen geladen. Der erste war für die Festnahme des Remscheiders verantwortlich und behauptete, den Angeklagten während des gesamten Demoverlaufs beobachtet zu haben. Der aussagende Beamte verwickelte sich jedoch zunehmend in Widersprüche, seine Aussage stand nicht im Einklang mit seiner ersten Aussage bei der Vernehmung nach der Festnahme. Dementsprechend war seine Glaubwürdigkeit in Frage gestellt. Ebenso schien sein Sehvermögen gelitten zu haben, denn er behauptete, der Angeklagte sei ihm durch „außergewöhnliche" Vermummung aufgefallen (dunkle Jeanskleidung, Sturmhaube, Kapuzenpulli). Unwissentlich fiel ihm sein Kollege, der als neutraler Zeuge zum allgemeinen Demogeschehen geladen war, in den Rücken. Dieser zweite Zeuge verfügte anscheinend über gute Augen und stellte klar, daß ungefähr 80% der DemoteilnehmerInnen so gekleidet waren wie der Angeklagte. Der Landfriedensbruch konnte dem Remscheider also nicht nachgewiesen werden. Die Rechtsanwältin stellte noch einmal deutlich heraus, daß die mittlerweile verbotenen Sauerländer Aktionsfront ein Sammelbecken für militante Neonazis war und enge Kontakte zur Anti-Antifa hatte. Die Richterin erkannte dann auch die Notwendigkeit für den Angeklagten, sich vor den Kameras der Nazis zu schützen. Der Remscheider wurde freigesprochen, doch im gleichen Moment kündigte der Staatsanwalt bereits an, in Revision zu gehen.

Der Prozeß in der zweiten Instanz

Am 24.1.1995 fand der zweite Prozeß in diesem Verfahren vor dem Landgericht Arnsberg statt. Neben den schon im ersten Prozeß vorgebrachten Anklagepunkten sollte dem Remscheider jetzt auch noch der Angriff auf ein von FaschistInnen besetztes Auto am Rande der Demo angehängt werden. So kam es, daß neben den GenossInnen aus Remscheid auch die beiden Insassen des Autos, **Angelique Finger** und **Sandor Alfred Wiesniowski**, und sechs weitere Neonazis anwesend waren. Ziemlich heftig gings es dann auch direkt am Anfang zu: Einer der Neonazis schrieb während der gesamten Verhandlung eifrig mit und behauptete auf Nachfrage der Anwältin, er schriebe für eine überparteiliche Zeitschrift namens **Freie Stimme.** Der Richter, der sich auch im weiteren Verfahren als politisch wenig kompetent erwies, ließ dies ohne weiteres zu, obwohl es sicherlich keinen Zweifel über die politische Couleur von Freie Stimme gibt. So kamen die Neonazis unter den Augen der Justiz zu interessanten Informationen über den Angeklagten, da der Richter sich auch nicht scheute, diese öffentlich zu verlesen.

Die Geschichte mit dem Auto war ziemlich schnell erledigt, da Angelique Finger und Sandor Wiesniowski einhellig aussagten, daß der Remscheider nicht derjenige sei, den sie bei dem Angriff auf ihr Auto erkannt hätten. Auch der Landfriedensbruch konnte dem Angeklagten erneut nicht nachgewiesen werden, obwohl diesmal einer der beiden Polizeizeugen versuchte, seine Aussage möglichst negativ für den Angeklagten zu gestalten.

Bei dem Anklagepunkt „Verstoß gegen das Vermummungsverbot" war der Arnsberger Richter diesmal anderer Ansicht als zuvor die Mescheder Richterin. Bei der Zeugenvernehmung stellte der Richter seine politische Versiertheit eindrucksvoll unter Beweis („Anti-Antifa? Was ist das?...Wie hieß diese Zeitschrift noch mal? Einblick? Nie gehört...). Leider versäumte es die Anwältin, hier noch einmal nachdrücklich einzuhaken.

Der Richter sah für den Angeklagten keine Notwendigkeit, sein Gesicht zu vermummen und verurteilte ihn zu 30 Tagessätzen à 50.-DM.

Zugegeben, der Prozeß in der zweiten Instanz hätte von uns wesentlich geschickter geführt werden können; deswegen hoffen wir um so mehr, daß der Revisionsantrag, den die Anwältin noch am gleichen Tag gestellt hat, durchkommt und der Prozeß in die dritte Instanz geht. Und wir sind fest entschlossen, erst mit einem Freispruch aus dem Verfahren 'rauszugehen.

Was noch interessant war: Die beiden Polizeizeugen haben sich während der Verhandlungspause sehr angeregt mit den Neonazis unterhalten, auch die Begrüßung mit Handschlag blieb nicht aus. Puh, haben wir ein Glück, daß unsere Polizei nicht rechtslastig ist, sonst könnte man bei so einem Anblick auf echt komische Gedanken kommen...

Solingen: Ernst-Moritz-Arndt-Büste eingeweiht

Ernst Moritz Arndt (1769 - 1860) ist wieder einmal in die Schlagzeilen geraten. Auf Schloß-Burg wurde am 29.1.95 im Glockenturm der Gedenkstätte des deutschen Ostens, eine EMA-Büste feierlich enthüllt. Für die EnthüllerInnen ist er „ein großer Patriot".

Draußen protestierten die Grüne Jugend Remscheid gegen Arndts Antisemitismus. Sie hängten ein Transparent mit einem Zitat aus seinem Werk auf: „Man sollte die Einfuhr der Juden mit ihrem Schmutz und ihrer Pest verbieten". Die anwesenden TeilnehmerInnen an der Enthüllung gingen umgehend mit körperlicher Gewalt gegen die vier Jugendlichen vor. Sie entrissen ihnen beriet nach wenigen Sekunden das Transparent und zerrissen es. Ein Polizist erteilte ihnen umgehend Platzverbot und führt sie aus der Burg.

Die Einweihung der EMA-Büste lockte im übrigen einige bekannte Mitglieder der rechten Bergischen Szene zusammen. Neben Staatssekretär **Bernd Wilz** (CDU) zeigte sich der bekannte Solinger Altnazi **Kissel**, und der **Bund für Gesamtdeutschland** verteilte unbehelligt seine rechte Propaganda.

Schade, daß so wenig Menschen an der Aktion der Grünen Jugend teilgenommen haben. Die Figur Ernst Moritz Arndts mit ihrem Antisemitismus und ihrem deutschen Großmachtsdenken ist nämlich eine der historischen Identifikationspunkte des rechten Randes, wie die BesucherInnen der Veranstaltung beweisen.

(Nachdruck aus: Remscheider Antifa News, 3/95)

Das ganze Deutschland soll es sein!
Ernst Moritz Arndt

Also auch Ostdeutschland:
Danzig, Westpreußen
Ostpreußen mit dem Memelland,
Pommern,
Ostbrandenburg,
Niederschlesien,
Oberschlesien,
Sudetenland.

Wir treten dafür ein. Helfen Sie uns dabei!

Bund für Gesamtdeutschland BGD
Ostdeutsche, Mittel- und Westdeutsche Wählergemeinschaft
DIE NEUE DEUTSCHE MITTE

Vom BGD in Solingen verteiltes Flugblatt

Nazi-Treffen in Sprockhövel

Am 22.01.95 fand in einer Sprockhöveler Gaststätte eine fraktionsübergreifende Großveranstaltung der extremen Rechten mit etwa 150 Teilnehmenden statt. Anlaß war das 30jährige Bestehen des NRW-Landesverbandes der NPD. Neben Mitgliedern der ausrichtenden NPD waren **FAP, DVU** und **Republikaner** vertreten. Aus den Niederlanden war sogar eine Abordnung der **CP86** angereist.

Die Anwesenden mußten dann die auf derartigen Veranstaltungen übliche Mischung aus Politik und „Kultur" über sich ergehen lassen, inklusive einer Totenehrung, die vom ehemaligen Bundesführer der Wiking-Jugend **Wolfgang Nahrath** höchstpersönlich gehalten wurde. Der „Kulturteil" bestand aus dem Auftritt des nationalen Liedermachers **Rene Heizer**. Referate gab es u.a. zu der sich jährenden Reichsgründung.

Originalton des Nationalen Info-Telefons Rheinland zu der Feier: „Der NPD-Landesvorstand (...) kommentierte die Veranstaltung mit den Worten, daß sich die NPD in Nordrhein-Westfalen nun zu einer dynamischen Angriffspartei entwickele."

Antifaschistische Gegenaktionen waren nicht zu vermelden, die Polizei erhöhte lediglich ihre Präsenz im Umfeld der Veranstaltung.



Einladung zum Treffen in Sprockhövel

Witten: Schmieraktion aufgeklärt

Die antisemitische und faschistischen Schmierereien vom Buß- und Bettag 1994 (siehe Antifa NRW Zeitung Nr. 7) sind aufgeklärt. Damals wurden unter anderem der jüdische Friedhof, das Autonome Frauenzentrum und mehrere Mahnmale beschmiert. Die geständigen TäterInnen, es handelt sich um einen 14jährigen Jungen, eine 18jährige Frau und zwei Männern im Alter von 20 und 23 Jahren, gaben an, sich vor ihrer Schmieraktion in einer Kneipe in Witten-Herbede getroffen zu haben, um dann gemeinsam loszuziehen. An den Kameradschaftsabenden in dieser Kneipe, welche schon lange als Nazitreff bekannt ist, nahmen auch regelmäßig Mitglieder der verbotenen **"Nationalen Offensive"** sowie der ebenfalls verbotenen Gruppierung **"Volkswille"** aus Bochum-Wattenscheid teil (siehe Volkswille Prozeßbericht).

Witten: BGH hebt Urteil auf

Der Prozeß gegen die Wittener **"Nationale Offensive"**, vom Frühjahr '94, muß neu aufgerollt werden. Der Bundesgerichtshof gab damit der Revision der Dortmunder Staatsanwaltschaft statt. Bei dem damaligen Urteilsspruch konnte die Strafkammer unter dem Vorsitz von Richter **Reichel** keine kriminelle Vereinigung sehen (ähnlich wie im jetzt ebenfalls unter Reichels Vorsitz zu Ende gegangenen Prozeß gegen die Vereinigung **"Volkswille"**) und sprach damit die Mitglieder der "Nationalen Offensive" so wie ihren Rädelsführer **Christian Sennlaub** von dem Vorwurf der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung (§ 129 StGB) frei. Der neue Prozeß wird im Januar oder Februar 1996 vor einer anderen Kammer neu aufgerollt werden.

Nazi-Mord in Velbert

In der Nacht vom 04.02. auf den 05.02.1995 wurde der Obdachlose Horst Pulter im Herminghauspark in Velbert-Mitte von einer siebenköpfigen Gruppe jugendlicher Rechtsradikaler zunächst brutal zusammengeschlagen und kurz darauf von einem der Beteiligten mit einem Messer erstochen.

Bei den Tätern handelt es sich um: **Remo Schonsky, Rolf Leimhaus, Peter Drucks, Andreas Brandt, Dennis Pahl,** einer Person mit Spitznamen „Pansen" und einem Unbekannten. Die Jugendlichen waren zunächst auf die Idee gekommen, Schwäne zu quälen und zu ermorden (wie dies im Herminghauspark schon öfters passiert war), überlegten es sich dann aber anders, wählten einen Obdachlosen als Opfer und machten sich auf die Suche. Sie fanden ihr Opfer schlafend auf einer überdachten Bank. Einer der Täter sprang auf den Schlafenden und dann begannen sie gemeinsam den Wehrlosen planmäßig zu quälen und mit gezielten Tritten zu traktieren. Die Gruppe ließ nach einiger Zeit von ihrem Opfer ab und verließ den Park. Zwei von ihnen, Peter Drucks und Rolf Leimhaus, blieben zurück. Die beiden kamen wenig später nach und machten nach Angaben der „Velberter Zeitung" vom 17.02. einen „fertigen Eindruck". Drucks soll gesagt haben: „Ich habe Scheiße gebaut. Ich hab dem noch einen reingedrückt."

Alle sieben Beteiligten befanden sich über einen längeren Zeitraum in Untersuchungshaft, sind mittlerweile aber zum Teil wieder auf freiem Fuß. In der Presse, wie auch in Teilen der Öffentlichkeit wurde das Problem des organisierten Neofaschismus in Velbert/Heiligenhaus mal wieder heruntergespielt bzw. geleugnet.

Die Velberter Neonazi-Szene rekrutiert sich zumeist aus der Hooligan- bzw. Skinhead-Szene, die den Fußballvereinen RW Essen und MSV Duisburg nahestehen. Zu ihrem Umfeld sind ca. 40 bis 50 Personen zu zählen. Der eigentliche Drahtzieher des organisierten Neofaschismus, **Remo Schonsky,** versucht seit geraumer Zeit die Hooligan-Szene zu politisieren. Unterstützt wird er dabei u.a. von **Björn Kleineickenscheidt** aus Velbert-Birth.

Schonsky, einer der Tatverdächtigen im Mordfall Horst Pulter, unterhielt bis vor kurzem gute Kontakte zur **FAP Essen,** deren Treffen in einer Kneipe am Essener Hauptbahnhof er regelmäßig besuchte. In Velbert organisierte er in Gaststätten wie z.B. dem **„Wicküler Krug",** Elsbeekerstr. 1 12, in Velbert-Neviges, Kameradschaftsabende, desweiteren organisierte er Zeltlager im Velberter Raum, bei denen er über Banküberfälle fabulierte.

Vor kurzem wurde bekannt, daß vor dem Landgericht Wuppertal ein Prozeß stattfand, in dem sechs Nazis aus Velbert und Heiligenhaus zu Geld- und Haftstrafen verurteilt wurden. Letztere wurden zum größten Teil zur Bewährung ausgesetzt.

Bei den Angeklagten handelt sich um **Michael Kittler, Klaus Rosenberger, Harald Naderhirn, Volker Schemeitat, Andrea Zerwinski** und wiederum **Remo Schonsky.** Remo Schonskys Verfahren wurde wegen des Mordfalles an Horst Pulter abgetrennt. Die verhandelte Straftat liegt 5 Jahre zurück.

Michael Kittler ist bekannt durch seine Mitgliedschaft in der **Deutschen Alternative** (Mitgliedsnummer 211). Er war bis vor kurzem inhaftiert in der JVA Iserlohn. Er wurde während dieser Haftzeit durch die HNG betreut und hatte darüber Kontakte zu dem HNG-Gebietsbeauftragten und ehemaligen FAP-Funktionär **Erhard Kemper.**

Klaus Rosenberger, Spitzname „Kilo", Mitglied der FAP, Ex-Mitglied der Naziskinhead-Combo „Groilemeiers", war an der Besetzung eines leerstehenden Hauses in Velbert-Tönisheide im März 1991 durch Naziskins beteiligt. Die Besetzung wurde kurzfristig sogar von Seiten der Stadt geduldet.

Harald Naderhirn (Ex-FAP Mitglied) nahm zusammen mit Klaus Rosenberger 1989 am „Rudolf-Heß-Gedenkmarsch" in Wunsiedel teil.

Volker Schemeitat und Andrea Zerwinski, genannt „Zivi", gehören seit dem Skinhead- und Hooligan-Umfeld in Velbert an. Sie waren auch bei der Hausbesetzung im März 1991 dabei.

Antifa Velbert/Heiligenhaus



Rechte Hausbesetzer: Schemaitat (links), Schonsky (oben), Rosenberger (vorne)

Stille Hilfe plant Umzug nach Wuppertal

Die Meldung, daß die NS-Verbrecher Hilfsorganisation ihren Vereinssitz nach Wuppertal verlegen will, erregte einige Aufmerksamkeit. Dort lebt der jetzige Vorsitzende der Stillen Hilfe, Horst Janzen. Einer Anfrage des SPD-Landtagsabgeordneten Reinhard Grätz an den nordrhein-westfälischen Innenminister Schnoor zu Folge, hat dieser Umzug aber bisher nicht stattgefunden und bisher sei auch noch keine Vereinszulassung in Wuppertal beantragt worden. Eine Mitgliederversammlung im November diesen Jahres werde über diesen Schritt entscheiden.

In Niedersachsen war der **Stillen Hilfe für Kriegsgefangene und Internierte e.V.** die Gemeinnützigkeit aberkannt worden, was insbesondere bedeutet, daß Spenden nicht mehr steuerlich absetzbar sind. Die Organisation, die in den letzten Jahren sechsstellige Summen gesammelt hat, befürchtet einen Spendenrückgang. Gegen diesen Bescheid will die Stille Hilfe mit Hilfe von Rechtsanwalt **Goebel** gerichtlich vorgehen, der auch schon den österreichischen Neonazi **Gerd Honsik** verteidigt hat.

Die Stille Hilfe hat es sich zur Aufgabe gemacht, NS-Verbrechern und ihren Familien finanzielle und logistische Unterstützung zukommen zu lassen. Nach eigenen Angaben betreut die Stille Hilfe 110 verurteilte NS-Verbrecher und weitere 54 Einzelpersonen. Sie besorgt Rechtsanwälte, setzt sich für Haftverschonungen und Begnadigungen ein und unterstützt auch die Familienangehörigen.

In die Gunst einer Betreuung durch die Stille Hilfe kamen unter anderem **Joseph Mengele, Klaus Barbie,** der Gestapochef von Lyon und **Joseph Schwammberger.** Der SS-Verbrecher konnte erst spät in Argentinien aufgespürt werden und stand 1992 vor dem Stuttgarter Landgericht. Angeklagt wurde Schwammberger wegen Mord und Beihilfe zum Mord. In ihren Rundbriefen berichtet die Stille Hilfe regelmäßig über den „Greis, der bestimmt niemandem antun würde".

Auch **Rudolf Heß** als „Gefangener des Friedens" fand in den Rundbriefen häufiger Erwähnung.

Neben der logistischen Betreuung der NS-Verbrecher hat die Organisation aber eigentlich ihre gesellschaftliche Rehabilitierung zum Ziel. In einer beispiellosen Kampagne, die von der Gründerin **Prinzessin Isenburg** und dem langjährigen Vorsitzenden, Rechtsanwalt **Rudolf Aschenauer** initiiert worden ist, wurden die Kriegsverbrechen verharmlost und „Vergebung" für die NS-Verbrecher eingefordert. Die konkreten Taten der Angeklagten finden kaum Erwähnung. In ihren Publikationen und in den zahlreichen Briefen an Politiker und andere einflußreiche Sponsoren wird nur von „Kriegsverurteilten" gesprochen - eine Wortwahl, die **Alfred Dregger** dankbar aufnahm. 1989 schreibt er an die Stille Hilfe: „Sie haben mich in der Vergangenheit um Unterstützung der Bemühungen zur Freilassung der beiden letzten deutschen Kriegsverurteilten in Breda (Niederlande) gebeten. ...Die Freilassung war eine Entscheidung, die bei vielen Niederländern Emotionen auslöste. Alles, was auch nur den Anschein von Druck von unserer Seite erwecken und damit nach Einmischung in die Niederländischen Angelegenheiten aussehen konnte, wäre für unsere Bemühungen kontraproduktiv gewesen. (...)"

Die Revisionismuskampagne, die seit Jahren unter anderem von den NS-Kreisen um **Thies Christophersen** voran getrieben wird, findet ihren Ausdruck auch in den Berichten über die sogenannte „Auschwitzlüge" in den Rundbriefen der Stillen Hilfe („....läßt auch den Bereich unserer Hilfsbemühungen nicht unberührt").

Anfang der 90er Jahre beklagte sich die Stille Hilfe darüber, daß der Bundespräsident auf seinen Auslandsreisen die „deutsche Verbrechens- und Kriegsschuld festschreibt". Diese Kampagne wird im neofaschistischen Lager geschätzt und in den Publikationen der **HIAG** und der **Bürger- und Bauerninitiative** Thies Christophersens entsprechend gewürdigt.

Aber auch in der „gesellschaftlichen Mitte" wirkte die Stille Hilfe ausgesprochen erfolgreich. Im Präsidium der Organisation arbeiteten einflußreiche Leute vor allem aus dem kirchlichen Bereich mit, so z.B. der Domkapitular Weihbischof **Cleven,** der Kirchenpräsident **Hans Stempel,** der Weihbischof Dr. **Neuhäuser** und der württembergische Landesbischof **Theophil Wurm.**

So weit die legale Arbeit. Es gibt aber begründete Vermutungen, daß die Aktivitäten der Stillen Hilfe sich nicht auf diesen Bereich beschränken, sondern daß die Arbeit im Verborgenen auch die direkte Fluchthilfe für die Schützlinge mit einschließt.

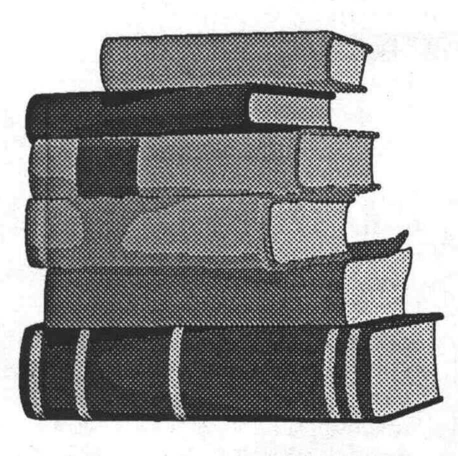
Auch die Flucht **Herbert Kapplers** und **Gottfried Weises** sieht nach professioneller Unterstützung aus.

Kappler, ehemals Gestapo-Chef von Rom, wurde von einem italienischen Militärgericht 1948 wegen fünf zuviel erschossener Geiseln bei einer Vergeltungsaktion gegen Partisanen zu lebenslanger Haft verurteilt. 1977 gelingt Kappler, angeblich nur mit Hilfe seiner Frau **Anneliese Wenger-Kappler,** die Flucht in die BRD. Die Bundesrepublik liefert Kappler nicht an die italienischen Behörden aus. Kappler hatte Kontakt zu Prinzessin Isenburg und Aschenauer.

Auch Gottfried Weises Verschwinden läßt die Vermutung nach stiller Hilfe aufkommen. Der KZ-Wärter Weise stand wegen Mordes in mehreren Fällen vor Gericht. Obwohl er von verschiedenen Zeugen schwer belastet wurde und sich gegen Mitte des Verfahrens eine Verurteilung abzeichnete, brauchte Weise nicht in Untersuchungshaft. Selbst nach der erstinstanzlichen Verurteilung blieb Weise bis zum Abschluß des Revisionsverfahren ein freier Mann; der zuständige 3. Strafsenat hatte eine Flucht ausgeschlossen, eine unglaubliche Einschätzung. Als die Beamten Weise dann zum Haftantritt zu Hause abholen wollten, weilte er bereits unter dem Namen Gerhard Sieber in der Schweiz. Auf die 300 000.-DM Kaution, die er angeblich als Hypothek auf sein Solinger Haus bekommen hat, konnte er wohl verzichten...

Erst 1990, als Weise in Haft sitzt, gibt die Stille Hilfe Kontakte zu Weise zu. Weises wehleidige Briefe ohne Einsicht und Reue, die in dem Rundbrief veröffentlicht werden, liegen genau auf Linie dieses Vereins: „Zahlreiche Gutachten sagen aus, daß eine Haftdauer von 15 Jahren und mehr die Zerstörung eines Menschen bedeuten kann. „Im Dickicht der Vergangenheitsbewältigung" aber wird unaufhörlich weiter verfolgt."

In Niedersachsen hat erfolgreiche Antifa-Arbeit bewirkt, daß der Stillen Hilfe teilweise die Grundlagen ihrer Arbeit entzogen worden sind. Sorgen wir dafür, daß sie in Nordrhein-Westfalen auch kein Bein auf den Boden kriegen.



Großdeutsche Ambitionen

sind das Thema einer 60seitigen Broschüre, die die britische antifaschistische Monatszeitschrift **Searchlight** in Zusammenarbeit mit dem **Antifa-Info-Blatt** aus Berlin veröffentlicht hat. Thematisiert werden Entwicklungen, die in Deutschland seit der Wiedervereinigung stattgefunden haben. Schwerpunkt ist dabei nicht die rassistische Gewaltwelle der wiedererstarkten nationalsozialistischen Organisationen und ihres Umfeldes, sondern die Diskussionen und Ziele der deutschen „Elite", der herrschenden Kreise.

Unter die Lupe genommen werden vor allem Bundeswehr und deutsche Außenpolitik, aber auch die veränderte Ausländer- und Asylpolitik kommt zur Sprache. Unter dem Strich entsteht ein beängstigendes Bild: Wichtige Teile der herrschenden Kreise forcieren eine Politik, die nach Innen und Außen auf die Ausdehnung des deutschen Einfluß- und Machtbereichs zielen. Sie bedienen sich dabei alter Traditionen wie des Nationalismus und des Militarismus und schaffen Schritt für Schritt die Voraussetzungen für eine auch militärisch aktive Großmacht Deutschland. Diese auf den ersten Blick gewagten Thesen werden detailliert an Zitaten, Fakten und Diskussionen nachgewiesen. Als wichtige Etappen dieser Entwicklung werden die Anerkennung und Unterstützung Kroatiens unter dem Anti-Semiten Tudjman, die Deutschland gegen die USA und seine skeptischen EG-Partner durchsetzte, die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes, daß deutsche Truppen auch außerhalb des NATO-Gebietes eingesetzt werden dürfen und die deutsche (Wirtschafts-) Politik gegenüber den Staaten des zerfallenen Warschauer Paktes genannt. Bei der Frage der ehemaligen deutschen Ostgebiete kommt es gar zu eine Interessens- und Handlungsbündnis zwischen offizieller Politik und Neonazis, die beide durch massive Aktivitäten und erheblichen finanziellen Einsatz versuchen, deutsche Werte und Identität in diesen Gebieten zu fördern, um so die Voraussetzungen für eine spätere Eingliederung ins „Reich" zu schaffen.

Alles in allem eine lesenswerte Dokumentation, die belegt, daß die Gefahr des Faschismus nicht allein aus der äußersten rechten Ecke kommt. Bestellt werden kann die Broschüre für 10 DM bei folgende Adresse:

Antifa-Versand
Gneisenaustr.2 A
10961 Berlin

Einblick-Broschüre

In zweiter Auflage liegt nun die Broschüre "Die Anti-Antifa und der Einblick" vor, die um zahlreiche neue Details und Erkenntnisse ergänzt wurde. Herausgeber ist das Bildungs- und Solidaritätswerk Anna Seghers aus Wiesbaden. Ein Exemplar kostet 4 DM plus 2 DM Porto, ab 20 Stück kann für 3,50 DM und ab 50 Stück für 3 DM bestellt werden.

Von derselben Institution wird das Buch "Eh' die Sonne lacht" herausgegeben. Autor ist Hans Eiden, Kommunist und Lagerältester im KZ Buchenwald. Das Buch kostet 24,80 DM plus 2 DM Porto.

Bestelladresse für beide Veröffentlichungen ist:

Bildungswerk Anna Seghers e.V.
Werderstr.8
65195 Wiesbaden

Das Kapital, der Staat, die Faschisten come together im: "Verein für das Deutschtum im Ausland (VDA)"

Eine Rezension des 1994 im Dietz Verlag Berlin erschienenden Buches "Deutschtum erwache!" der Autoren Walter von Goldendach und Hans-Rüdiger Minow

Der Bewertung dieses Buches sei ein Zitat aus ihm vorangestellt. Dieses Zitat beinhaltet ein Fernschreiben aus dem Jahre 1992, das die Moskauer Botschaft der BRD an das Büro des parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesinnenministerium und Aussiedlerbeauftragten der Bundesregierung Horst Waffenschmidt sandte: "die uralregion ist ein wirtschaftsraum, von aehnlicher bedeutung wie bei uns lange zeit das ruhrgebiet, wir sollten ihm in zukunft verstaerke aufmerksamkeit zuwenden (...) die region ist reich an bodenschaetzen und das russische zentrum der schwerindustrie mit hochentwickeltem arbeitskraeftepotential(!). ferner ist hier ein grosser teil der einheimischen ruestungsindustrie angesiedelt, im 'gebiet' tscheljabinsk vor allem die nuklearwaffenproduktion (!) (...) im gebiet tscheljabinsk leben 40 000 deutsche, im gebiet omsk 134 000 (...) beide gebiete sind siedlungsschwerpunkte der deutschen minderheit (...) es soll im gebiet 101 doerfer mit mehr als 50prozentiger deutscher bevoelkerung geben. wir haben den nationalen rayon in begleitung seines vorsitzenden (...) besucht (...) er (...) bat im die entsendung eines aus deutschland stammenden vda-mannes. er bat ferner dringend um den versprochenen besuch des psts waffenschmidt."

"Verinselung des Auslandsdeutschtums", Förderung bzw. Initiierung von Autonomiebestrebungen dieser "Inseln des Auslandsdeutschtums" bis hin zur engen Verpflechtung derselbigen mit "Kerndeutschland" sind weitere Stichwörter, die erahnen lassen worum es in diesem Buch geht.

Der Verein für das Deutschtum im Ausland, seine Geschichte und die ihn bestimmende völkisch, großgermanische Ideologie stehen im Mittelpunkt der Betrachtungen der Autoren. Wer aber glaubt, daß damit die Historie eines kleinen privaten Vereins beleuchte wird, irrt. Beim VDA handelt es sich vielmehr um einen Vorposten der deutschen Außenpolitik. Eine Funktion, die der Verein nicht erst heute wahrnimmt, sondern seit über 100 Jahren für die jeweiligen deutschen Regierungen erfüllt. Die Jahre des NS-Faschismus stellten einen Höhepunkt in den Aktivitäten des VDA dar. Insbesondere seine subversiven, terroristischen Aktivitäten in der CSR im Vorfeld des Münchener Abkommens von 1938 stehen in einer Kontinuität zum heutigen Vorgehen des VDA in der Region Kaliningrad und Leningrad. Hier wie damals dort arbeitet der VDA mit "Neo"-Faschisten und ihren Strukturen zusammen, um seinen großgermanischen Zielen den nötigen Nachdruck zu verleihen. Weiß man, was den Autoren schlüssig zu beweisen gelingt, daß der VDA eine quasi-Staatsagentur der deutschen Außenpolitik ist, dessen Führung personell identisch mit Teilen der Ministerialbürokratie des Innenministeriums und des Auswärtigen Amtes ist, dann erkennt man mit Erschrecken, daß es eine Komplizenschaft zwischen den Spitzen der Bonner Ministerialbürokratie, einigen bundesdeutschen Großkonzernen und maßgeblichen Teilen des europäischen "Neo"-Faschismus gibt. Auch dies eine Kontinuitätslinie, die sich in der Geschichte des VDA spiegelt.

Selbstverständlich ergibt sich diese Kontinuität nicht zufällig, sondern ist insb. drei Faktoren geschuldet. Zum einen der Funktion, die dieser Verein für die deutsche Außenpolitik übernimmt, d.h. daß er dort, wo die offiziellen Organe des deutschen Staates wegen der Gefährdung internationaler Beziehungen nicht aktiv werden können, in aggressiver Manier die großgermanischen Ziele Deutschlands vertritt. Zum zweiten der personellen Kontiuität in diesem Verein. Jene, die ihn in den 50er Jahren, wieder aufbauten, hatten ihre Schulung und ihre ersten Einsätze in der Zeit des NS-Faschismus absolviert. Sie brachten ihr Wissen, ihre Verbindugen und ihre Zielvorstellungen ungebrochen in den VDA ein. Und so firmieren die alten großgermanischen Träume heute unter den wohlklingenden Bezeichnungen "Pan-Europa", "Mitteleuropa" oder einfach "Europa". Der Vorstellung eines von einem Großdeutschland beherrschten und zur Supermacht aufsteigend Europas mit einem von ihm abhängigen östlichen Hinterland tun die verschiedenen Bezeichnungen keinen Abbruch. Zum dritten ist der Umstand, daß der VDA eng an das Bonner Innenministerium, an das Auswärtige Amt und an die Interessen der deutschen Großkonzerne gebunden ist, ausschlaggebend für die Wahrung dieser Kontinuität.

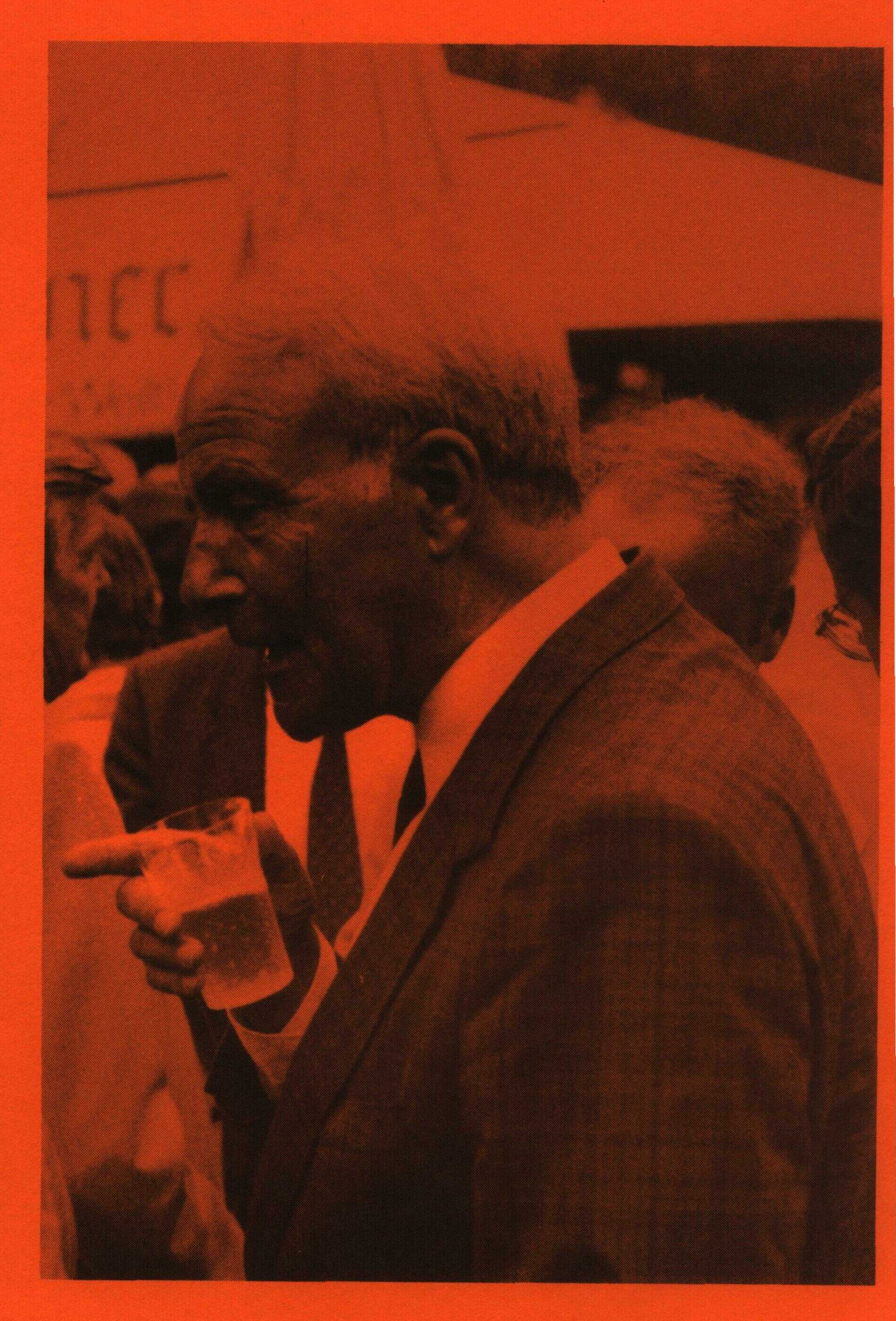
Dieses Buch zeichnet die Leitlinien der deutschen Außenpolitik nach. Es zeigt auf, was sie bestimmt: Noch immer das alte, völkische auf ein Großgermanien gerichtete Streben nach Weltgeltung. Noch immer jene Zielsetzung, die die Alliierten am 10. Oktober 1945 dazu veranlaßte, eine Liste von 62 Organisationen zu veröffentlichen, deren Amtsträger als Kriegsverbrecher zu verhaften seien und deren "reforming (...) whether under the same or different name is forbidden." Auf Platz 5 dieser Liste stand der VDA, seine Amtsträger wurden als Kriegsverbrecher gesucht. Man konnte sie wiederfinden im 1955 erneut gegründeten VDA oder in den Führungsetagen der Bonner Ministerien.

Auf 543 Seiten zeichnen die Autoren ein Bild der deutschen Außen- und "Volkstums"-politik, das eigentlich alle Alarmglocken leuten lassen müßte, doch fand das Buch bislang in den Medien der BRD nicht die Beachtung, die ihm gebührt, auch dies ein Umstand, der neben der üppigen Finanzausstattung des "privaten" Vereins von über 100 Millionen DM zeigt, unter wessen Protektion der VDA steht.

Die Autoren greifen bei ihrer Darstellung zum Teil auf Hintergrundwissen zurück, daß der Öffentlichkeit vorenthalten wurde. Sie können dies, da sich hinter dem Decknamen des einen Autors "Walter von Goldendach" ein im Umfeld des Auswärtigen Amtes tätiger Beamter verbirgt. In Zusammenarbeit mit dem bislang hauptsächlich als Fernsehdokumentarfilmer bekannten Hans-Rüdiger Minow ist so ein Hintergrundbuch aller erster Güte entstanden, das die personellen und organisatorischen Strukturen, in denen "Deutschtumspolitik" betrieben wird, detailiert offengelegt. Ein lesenswertes und trotz seines Umfanges nie langatmiges Buch. Was in ihm fehlt ist die nähere Beleuchtung der Funktion der Vertriebenenverbände in diesem Sumpf der subversiven Bestrebungen der deutschen Außenpolitik. Aber dieses Thema bedürfte eines eigenen Buches.

Weiter ist zu dieser Thematik vom Berliner Verein Die Lupe e.V. das Buch "Verein für das Deutschtum im Ausland - Organisationsprofil" erschienen. Es ist eine sinnvolle Ergänzung zum Werk von Minow und Goldendach, denn es bietet eine schnelle, weil gut sortierte Übersicht zu den Personen, die sich im und um den VDA bewegen und den Strukturen, in denen sich dieser Verein bewegt.

Während "Deutschtum erwache!" über den normalen Buchhandel zum Preis von 49,-DM zu beziehen ist, muß das Buch der Lupe direkt bei ihr (Lupe e.V., Postfach 360 123, 10971 Berlin) gegen Verrechnungsscheck oder Vorüberweisung auf das Konto: Lupe e.V., Kto.-Nr. 484 793 - 108 BLZ 100 100 10 bestellt werden. Als Papierexemplar kostet es 20,-DM zzgl. Porto, will man es auf Diskette beziehen, muß man mit 40,-DM doppelt so tief in die Tasche greifen.



8\. MAI 1995

Tag der Revisionisten?